

38. Jahrgang · Nummer 2/3 · 12. Juni 1997 · DM 5,-

# Arbeiterpolitik

INFORMATIONSBRIEFE DER GRUPPE ARBEITERPOLITIK

**... nur *einen* Tag, nur *einen*, frei zu sein!**



◆ Bergbau ◆ Stahl: Krupp/Hoesch & Thyssen ◆ Druckerstreik Barleben ◆ GEW Bremen ◆ Streik: Zivilbeschäftigte ◆ Hafenkrankehaus HH

testierende Bergleute durchbrechen die Abspernungen im Bonner Regierungsviertel

## Sie wagten es erst einen Tag...

»Das Eindringen der Bergleute in den Bannmeilenbezirk des Bonner Regierungsviertels kennzeichnet einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland.« Dies schreibt ein bürgerlicher Beobachter. »Zwar war der Bundestag auch früher schon blockiert ... Der Gesetzesbruch der Kumpel von der Ruhr aber ist von neuer Qualität. Erstmals in Bonn nahmen Demonstranten direkt Einfluß auf die Politik. Auf vielfältige Weise dokumentierten sie die eingeschränkten Handlungsmöglichkeiten der Bundesregierung und Parteien.« (SZ vom 12.3.1997)

Auch wenn man sich streiten kann, ob die Demonstrationen, die Bonn zum Beispiel gegen die Nachrüstung gesehen hat, nicht auch »direkt Einfluß auf die Politik« genommen haben, so trifft die zitierte Anmerkung doch den einen wesentlichen Aspekt der Demonstration der Bergleute in Bonn. Die Kumpel haben die Grenzen bisherigen gewerkschaftlichen Handelns überschritten, indem sie die Bonner Regierung unmittelbar unter Druck gesetzt und damit das Tabu des politischen Streiks zumindest ansatzweise in Frage gestellt haben.

Dieser wichtige Fortschritt im Denken und Handeln, und das ist der zweite wesentliche Punkt, markiert erst einmal vor allem den Wunsch, die traditionellen sozialpartnerschaftlichen Formen des Sozialabbaus gegen Versuche eines radikaleren Vorgehens seitens der Regierung und der Unternehmer zu verteidigen. Wie auch schon bei der Auseinandersetzung um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, um die drohende Übernahme von Thyssen durch Krupp-Hoesch, ja selbst beim Streik der Zivilbediensteten der US-Stationierungstreitkräfte war die große Masse der Beschäftigten damit zufrieden, den von ihnen im großen und ganzen als notwendig akzeptierten Abbau »sozialverträglich zu gestalten«. Gekämpft wurde in allen drei Fällen weniger gegen die Kürzungen als solche, sondern eher gegen Versuche, sie ohne die üblichen sozialpartnerschaftlichen Kompromisse durchzuziehen. Die Bereitschaft, durch eigene Rationalisierungskonzepte zur Konkurrenzfähigkeit beizutragen, war bei den

Kumpels ebenso vorhanden wie bei den Arbeitern und Angestellten von Krupp-Hoesch und Thyssen. Was sie in Wut versetzt hat, war die Kündigung bisheriger (vielfach informeller) sozialpartnerschaftlicher Absprachen, wie sie die Regierung im Falle der Kohlesubventionen und Krupp-Hoesch-Chef Cromme durch seinen Versuch einer »feindlichen Übernahme« praktiziert haben. Die Beschäftigten kämpften also für die Beibehaltung sozialpartnerschaftlicher Formen des Sozialabbaus und nicht gegen den Abbau als solchen. Das markiert die Grenze ihres Denkens und Handelns. Andererseits sind sie im Unterschied zu früher aber gezwungen, dafür zu kämpfen. Das macht das Neue der Situation aus und schafft Anknüpfungspunkte für uns.

### Regierung und Volksparteien unter Handlungszwang

Die Gesetze der Kapitalakkumulation verlangen, daß die Ware Arbeitskraft billiger wird. Gemäß diesen Anforderungen müssen die Defizite der öffentlichen Haushalte und Sozialkassen durch Abwälzung der Lasten auf die breiten (Arbeiter-)Massen bzw. Leistungskürzungen saniert und die Unternehmen zugleich steuerlich entlastet werden.

Auf drei Ebenen versucht die Bundesregierung zur Zeit den Unternehmerforderungen gerecht zu werden:

- ◆ Die Unternehmer verlangen von der Regierung eine massive Reduzierung ihrer Steuerlasten. Allein 30 Mrd. DM sollen nach vorsichtigen Schätzungen auf die breiten Massen umverteilt werden. Besonders die Besteuerung der Nacht- und Feiertagszuschläge, die kräftige Beschneidung der Kilometerpauschale und die Erhöhung der Mehrwertsteuer werden im Falle ihrer Realisierung zu erheblichen Einkommenskürzungen führen.
- ◆ Die dritte Stufe der »Gesundheitsreform« macht den Versuch, die gesetzliche Krankenversicherung weiter zu demonstrieren und das Krankheitsrisiko zu privatisieren. Während Ausgabenbegrenzungen für Ärzte und Pharmaindustrie

»Frisch auf, mein Volk, mit Trommelschlag  
Im Zorneswetterschein!  
O wag es doch, nur einen Tag,  
Nur einen, frei zu sein!«

So fängt ein Gedicht von Georg Herwegh (1817 bis 1875) an, das als Lied in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingegangen ist – 1845 entstanden als Aufruf in Vorahnung der Revolution von 1848.

**Die »Informationsbriefe« und weitere Broschüren und Bücher der GFSa e.V. werden in folgenden Buchhandlungen angeboten:**

- **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14-16 ● **Berlin-West:** »Schwarze Risse«, Gneisenaustraße 2a ● **Berlin-Ost:** »Der kleine Buchladen«, Weydinger Straße 14-16 ● **Bonn:** »Buchladen 46«, Kaiserstraße 46 ● **Bremen:** »Buchladen in der Neustadt«, Lahnstraße 65b ● **Essen:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Viehofer Platz 8 ● **Frankfurt/Main:** »Haus der Bücher« Peter Naacher, Ziegelhüttenweg 27 / »Uni-Buch«, Studentenhaus, Jügelstraße 1 ● **Göttingen:** Buchhandlung »Rote Straße«, Rote Straße 10 ● **Halle:** Infoladen »Verein Kellnerstraße e.V.«, Kellnerstraße 10a ● **Hamburg:** »Heinrich-Heine-Buchhandlung«, Schlüterstraße 1 / »Schwarzmarkt«, Kleiner Schäferkamp 46 / Buchhandlung »Nautilus«, Bahrenfelder Straße / Buchhandlung »Osterstraße«, Osterstraße ● **Hanau:** »Buchladen am Freiheitsplatz«, Am Freiheitsplatz 6 ● **Hannover:** »Internationalismus-Buchladen«, Engelbosteler Damm 10 ● **Kassel:** »Gestochen scharf« Elfbuchenstraße 18 ● **Kiel:** »Zapata« Buchladen, Jungfernstieg 27 ● **Lüneburg:** »F. Delbanco«, Bessemerstraße 3 ● **Mönchengladbach:** »prolibri« Buchladen, Regentenstraße 120 ● **Siegen:** Buchhandlung »Bücherkiste«, Bismarckstraße 3

<b>INHALT</b>	
Selbst für »sozialverträgliche Lösungen«	
müssen die Beschäftigten inzwischen kämpfen . . . . .	2
Protest der Bergleute . . . . .	4
Stahlfusion: Streik bei Krupp-Hoesch und Thyssen . . . .	13
Zum Hintergrund der Fusionspläne . . . . .	21
Zur Politökonomie des Stahlsektors . . . . .	24
<b>Korrespondenzen:</b>	
Aktionswochen der IG Bau in Berlin . . . . .	25
Vier Wochen Streik bei der Magdeburger Volksstimme . .	29
Tarifabschluß bei den Stationierungstreitkräften . . . . .	33
Sparpolitik und GEW an den Bremer Schulen . . . . .	36
Landesversammlung der PDS in Hamburg . . . . .	41
Schließung des Hafenkrankehauses in Hamburg . . . . .	43
Hafenkrankehaus bleibt! . . . . .	49
US-Dokument: »ITF betrügt Liverpooler Docker« . . . . .	50

## Arbeiterpolitik

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: F. Lübbecke  
Herstellung und Vertrieb: GFSa – Gesellschaft zur Förderung des Studiums der Geschichte der Arbeiterbewegung e.V.  
Alle Zuschriften nur an diese Adresse:  
**GFSa e.V. · Postbox 106426 · D - 20043 Hamburg**



**BERLIN: BAUARBEITER AN DER INFO-BOX AUF DER BAUSTELLE IM ZENTRUM**

zurückgenommen wurden, werden die Patienten, die schon heute mit fast zwanzig Mrd. DM zusätzlich zu den Beiträgen belastet sind, weiter geschröpft. Denn: Wenn Kassen künftig ihre Beiträge erhöhen, dann sollen ihre Mitglieder noch mehr für Medikamente bezahlen oder die Kasse wechseln. Nur die jungen und gesunden Mitglieder können das Kassen-Hopping mitmachen. Was wird aus den chronisch Kranken? Als Alternative zu diesen Daumenschrauben hatte Minister Seehofer den Kassen die Einfrierung der Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung empfohlen. Obwohl dieser Vorschlag erst einmal am massiven Widerstand, nicht zuletzt auch aus den Reihen der Regierungskoalition, gescheitert ist, war es ein erster Versuch, wie der gesundheitspolitische Sprecher der FDP, Möllemann, richtig feststellte, »hundert Jahre Sozialversicherungsstruktur« zu überwinden.

◆ Nachhaltig verändert wird das politische Kampffeld aber vor allem durch die »Rentenreform«. Denn hier werden auch große Teile der Basis der Volkspartei CDU/CSU angegriffen. Ihre breite Verankerung in der Bevölkerung, ihren Charakter als Volkspartei hat diese Partei nicht zuletzt mit vielen Wohltaten gegenüber Rentnern und Pensionären erworben – seit Adenauers Zeiten. Und die Rentner ( jeder vierte Wähler ist über 60 Jahre alt) haben sich im allgemeinen mit dem Kreuz bei der CDU/CSU bedankt.

Jetzt hat die Regierung eine Vorlage beschlossen, die Eckrente (d.h.: 45 Versicherungsjahre mit Durchschnittsverdienst) von 70 auf 64 Prozent zu kürzen. Schon mit der jüngsten Frührentenreform erreichen Durchschnittsverdiener,

die mit 60 in Rente gehen, künftig nur noch 57 Prozent des Nettogehalts. Statt mit 2100 müßten sich die Pensionäre dann mit gut 1700 Mark zufriedengeben. Wird nun auch noch das allgemeine Rentenniveau gesenkt, sinken die monatlichen Überweisungen auf rund 1470 DM, nicht einmal 300 DM über dem heutigen Sozialhilfesatz. Dies unter der Annahme 45-jähriger regulärer Beschäftigung.

Doch ein Drittel der Beschäftigten arbeitet heute in Teilzeit, ist nur befristet angestellt oder schafft in 610-DM-Jobs. Und dieser Trend hält an. Wer aber 45 Jahre mit Jobs an der Sozialversicherungsgrenze Beiträge eingezahlt hat, erwirbt einen Rentenanspruch von 512 DM. Und selbst diese Alterssicherung bleibt immer mehr Beschäftigten verwehrt. Mindestens drei Mio. arbeiten bereits heute in versicherungsfreien 610-DM-Jobs, wenigstens 600.000 schaffen als sogenannte Scheinselbständige in Supermärkten, Speditionen oder in den sogenannten Zukunftsbranchen.

Nicht die Entwicklung der Alterspyramide ist das Problem, sondern die zunehmende Auflösung der Normal-Arbeitsverhältnisse und die hohe Erwerbslosigkeit. Eine abnehmende Zahl von Norm-Beschäftigten soll Rentenansprüche aus den Boomjahren tragen. Alle Vorschläge der Politiker, die ins Rutschen gekommene Rentenfinanzierung auf der abschüssigen Bahn zu stoppen, werden binnen kurzem wieder Makulatur sein.

Damit aber wird sich der politische Zerfallsprozeß der zweiten großen Volkspartei CDU/CSU beschleunigen. Diese Entwicklung und ihre Dynamik verweisen darauf, wie Bundes- und Landesregierungen mit den Angriffen auf die soziale Existenz der breiten Bevölkerung ihre politische Basis in der Bevölkerung verlieren. Die Auseinandersetzung unter den Funktionären der Volkspartei CDU/CSU spiegelt die Nervosität wider. Da fordern die »jungen Wilden«, alles gestandene Landesfürsten der CDU, den Rücktritt von Finanzminister Waigel, Bundesarbeitsminister Blüm droht mit Rücktritt, wenn die Regierung die Vorstellungen der FDP oder Biedenkopfs zur Maxime der Rentensanierung nimmt, und der Sozialflügel der CDU läuft Sturm gegen die Vorschläge der Einfrierung der Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung als Abschied vom Solidar-system der Sozialversicherung.

Während der Beginn der Erosion der Volkspartei SPD schon lange zurückliegt und ihr ein neuer Spagat zwischen ihren Stamm(Arbeiter-)wählern und bürgerlich-kleinbürgerlichen Schichten einfach nicht recht gelingen will, wird jetzt die andere Volkspartei von ähnlicher Schwindsucht und Zersetzung befallen. Der Angriff auf die soziale Existenz der Bevölkerungsmehrheit ist eben auf Dauer nicht mehrheits- und konsensfähig und weckt auf Dauer Widerstand.

Wie die Stimmen der Ablehnung in der Bevölkerung verteilt sind, konnte man in der »FAZ« vom 12.3.1997 erfahren: »... kritisch ist der öffentliche Widerhall. Ob Steuer- oder Rentenreform, ob Gesundheitsreform oder andere sozialpolitische Korrekturen – das Verständnis für die Ziele ist gering, das Urteil negativ, die Hoffnung auf befriedigende Lösungen gering und das Gefühl weit verbreitet, daß die eigenen Interessen und Vorstellungen von Gerechtigkeit mißachtet werden. ... Angesichts der geringen Unterstützung für die einzelnen Reformvorschläge stellt sich die Frage der Legitimität von Reformen, die bei der Mehrheit keine Unterstützung finden. Darf eine demokratische Regierung Reformen durchsetzen, die von der Mehrheit abgelehnt werden?«

## **Der rein gewerkschaftliche Kampf weist keine Perspektiven**

Wir verfolgen die Veränderungen auf der politischen Ebene deshalb, weil wir wissen, daß nur der politische Kampf aus der Sackgasse des nur-gewerkschaftlichen Kampfes herausführen kann. Politischer Kampf bedeutet, über außerparlamentarische Massenaktionen, Streiks, Demonstrationen usw. Druck auf die Regierung und die politischen Institutionen auszuüben und schließlich den Kampf gegen das kapitalistische System selbst zu richten.

Wer will bestreiten, daß die wirtschaftlichen Kämpfe der Gewerkschaften unter dem Einfluß von fünf bis sieben Mio. Arbeitssuchenden und der wachsenden Kapitalmacht immer geringere Erfolgsaussichten haben? Der nur-gewerkschaftliche Kampf hat sich im Grundsatz den Gesetzen der Kapitalakkumulation, der Konkurrenz auf dem Weltmarkt unterzuordnen. Die Gewerkschaften geraten dementsprechend immer mehr in die Defensive. Bestimmend für diese Entwicklung ist dabei in *erster Linie* nicht das Versagen der mehrheitlich sozialdemokratisch besetzten Gewerkschaftsführungen, sondern die veränderten Bedingungen des Lohnkampfes.

Als Beispiele dafür mögen stehen die Niederlage der IG Medien beim Erhalt des arbeitsfreien Sonnabends in der Druckindustrie und die Erosion des Flächentarifs allgemein. Selbst im Musterlände, in Baden-Württemberg, sind nur noch 36 Prozent der Metallunternehmer an den Flächentarifvertrag gebunden, nur gut 60 Prozent der Beschäftigten stehen unter dem Schutz des Tarifvertrages. Die Belegschaften von Daimler Benz mußten erst kürzlich einschneidende Lohnkürzungen und den Abbau von betrieblichen Sozialleistungen hinnehmen. Es sind dieselben Belegschaften, die erst Wochen zuvor mit ihrem politischen Widerstand gegen die von der Regierung verordnete Lohnkürzung bei Krank-

heit den Beschäftigten in allen Branchen ein Beispiel gaben. Die Kette der Beispiele läßt sich problemlos fortsetzen: Auseinandersetzungen im Baugewerbe um Mindestlohn und Schlechtwettergeld, erzwungene Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst usw. Aktuell stehen Vorschläge von Riemer und Zwickel von der IG Metall und Mai von der ÖTV zur Diskussion. Die IG Metall plant, die Härtefallregelung in Ostdeutschland auf Westdeutschland auszudehnen. Sie hofft, durch dieses Zugeständnis an die Unternehmer den Flächentarifvertrag erhalten und notdürftig flicken zu können. ÖTV und IG Metall machen den Vorschlag, Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich zu vereinbaren, um den massiven Personalabbau zumindest teilweise abfangen zu können. Diese Zugeständnisse an die Unternehmer werden die weitere Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht aufhalten können, im Gegenteil, sie werden die Unternehmer ermuntern, künftig noch aggressiver aufzutreten. Aber deutlich zeigen sie, in welche gefährliche Sackgasse der nur-gewerkschaftliche Kampf geraten ist.

Im gewerkschaftlichen Kampf gegen die Angriffe der Unternehmer werden die Beschäftigten nur wieder Kraft gewinnen, sofern sie ihre wirtschaftlichen Kämpfe mit dem außerparlamentarischen Protest gegen den staatlichen Sozialabbau verbinden können, wo immer eine solche Verbindung ohne Krampf möglich ist. Heute erleben wir, wie die Unzufriedenheit über die staatlichen Angriffe unter der betroffenen Bevölkerungsmehrheit um sich greift. Allerdings, der Wille zum Widerstand findet sich erst vereinzelt. Mit allen Kollegen, die einen Weg aus der Sackgasse des nur-gewerkschaftlichen Kampfes suchen, müssen wir heute die Zusammenhänge diskutieren und uns darauf vorbereiten, praktische Auswege zu finden, damit »*der Einmarsch der Bergleute in Bonn*« (SZ vom 12.3.1997) nur ein Anfang gewesen ist. 31.5.1997 ■

## **Protest der Bergleute schiebt »betriebsbedingte Kündigungen« hinaus**

**Nach monatelangen Auseinandersetzungen, die in den ersten Märzwochen ihren Höhepunkt fanden, ist es den Bergleuten mittels heftiger Proteste gelungen, die Gefahr »betriebsbedingter Kündigungen« vorerst abzuwenden. Diese führt nicht zuletzt deshalb zu Unruhen, weil es im Ruhr- und Saarbergbau seit der Nachkriegszeit, auch in der Bergbaukrise 1967, zwar erheblichen Personalabbau, aber keine Massenentlassungen gegeben hat – aufgrund der Konjunktur und der Möglichkeit, nicht mehr benötigte Arbeitskräfte woanders unterzubringen. Der Preis, den die Bergleute für die Rücknahme der geplanten Kündigungen zahlen müssen, sind Lohnkürzungen bei gleichzeitiger Leistungsverdichtung. Zudem ist bereits abzusehen, daß auch dieser »Kompromiß« nicht bis zum Jahr 2005 Bestand haben kann.**

### **Die Führung der IG Bergbau bot im März 1996 sieben Zechen zur Schließung an**

Um die Reaktion der Bergleute, ihr Aufbegehren (wirklich) verstehen zu können, müssen wir uns vor Augen halten, wie provokativ das Verhalten der Bundesregierung war. Denn

bevor es überhaupt zu Verhandlungen gekommen war, hatte die IG Bergbau bereits vorweg längst die Hälfte der Arbeitsplätze im Bergbau zum Abschluß freigegeben. Statt daß die Bundesregierung diesen vorausseilenden Gehorsam honorierte, wie es die Gewerkschaftsführung erwartet hatte, legte sie am 6. März einen Plan für den Subventionsabbau vor, welcher als Sprengsatz wirkte, weil die Regierung darüber hinaus noch weitere tiefgreifendere Einschnitte forderte.

Im März 1996 war IGBE-Chef Hans Berger – gerade in einer Zeit, in der über das »Bündnis für Arbeit« heftig diskutiert wurde – mit einem eigenen Konzept zur »Rettung« des Steinkohlenbergbaus an die Öffentlichkeit getreten. Darin bot er sieben Zechen bis zum Jahr 2005 zur Schließung an. Nur noch 45.000 Bergbauarbeitsplätze sollten übrigbleiben. Daß (natürlich) damit zusätzlich viele zehntausend Arbeitsplätze in der Mantelindustrie über die Wupper gehen würden, war eigentlich auch klar. So etwas war jedoch damals für Berger kein Problem, auf das er allzuvielen Gedanken verschwendete. Für viele Kumpel kam der Vorschlag aus heiterem Himmel, ohne äußeren Druck und ohne ersichtliche Not-

Zeitpunkt sehr zurückhaltend. Diese Aktionen wurden in erster Linie von den betrieblichen Funktionären mit einem kleinen Kreis von Interessierten sowie den Rentnern der IG-Bergbau-Ortsgruppen durchgeführt.

### Menschenkette setzt ein Signal gegen den Arbeitsplatzabbau

Vorläufiger Höhepunkt war die Menschenkette am 14. Februar von der am weitesten im Westen gelegenen Ruhrgebietsstadt Neukirchen-Vluyn bis in den Osten nach Lünen. Eigentlich sollte die Kette alle Zechen symbolisch miteinander verbinden. Tatsächlich liegt jedoch die östlichste Zeche – in Ahlen –

rund 40 km vom gewählten Endpunkt Lünen entfernt. Aber wirklich bis dahin eine Kette zu organisieren, hätte sich selbst der größte Optimist nicht zugetraut. Viele, die schon 1986 bei der Menschenkette aus Anlaß des Kampfes in Rheinhausen dabei waren und sich der damaligen Schwierigkeiten erinnerten, in einer doch weitaus »kampfbereitern« Zeit eine Kette durchgehend von Duisburg nach Dortmund zu schließen, waren sehr skeptisch.

Selbst die Bergleute waren offensichtlich nur sehr schwer zu mobilisieren. Denn nicht nur sie hatten Schwierigkeiten einzusehen, welchen Zweck ausgerechnet solch eine symbolische Aktion haben sollte. Viele fragten sich auch: Sollen wir etwa für eine Forderung demonstrieren, die faktisch 45.000 Arbeitsplätze vernichtet? Die IGBE-Führung hatte ausgerechnet, sie bräuhete 100.000 Menschen, damit die Kette geschlossen werden konnte. Also mußte sie dafür sorgen, daß genügend kamen. Deswegen wurde besonders bei den Bergbaurentnern, aber auch bei den anderen Gewerkschaften die Trommel gerührt. Es kamen dann sogar über 200.000 Menschen.

Die Überraschung war um so größer, weil nicht einmal auf den Zechen die Arbeit völlig ruhte. Der RUHRKOHLE-Vorstand hatte nämlich die Parolen ausgegeben: »Jeder Mitarbeiter soll sich daran beteiligen«, aber auch: »Es darf nicht ein Gramm Kohle weniger herauskommen«. Die Betriebsräte regelten das zum Teil durch Ruhetagsverlegung, das heißt, es wurde dafür am Samstag gearbeitet (natürlich ohne Zuschläge). Das, was von der Gewerkschaftsführung als sozialpartnerschaftliche Aktion geplant worden war, hatte auf dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung jedoch einen ganz anderen Stellenwert bekommen.

Wenige Tage zuvor erreichte die offizielle Arbeitslosenstatistik ein seit dem Kriege nicht mehr verzeichnetes Rekordhoch. Die Perspektive wirkte um so düsterer, weil zeitgleich zahlreiche Firmen – wie Krupp-Hoesch, Thyssen, die Post und viele Mittelbetriebe – weitere Arbeitsplatzvernichtung in größerem Maße ankündigten. Gleichzeitig drohte dann auch noch die Regierung die Kürzung weiterer Sozialleistungen u.a. im Gesundheitsbereich sowie die Senkung des Rentenniveaus an.

wendigkeit. Der RUHRKOHLE-Vorstand hingegen (mit dem dieser Schritt selbstredend abgesprochen war) jubelte und sprach von Weitsicht. Um so größer war nun die Bestürzung. Nicht allein wegen der geringen Höhe der Subventionen wirkte der Plan der Regierung so beklemmend. Es war vor allem die Zeitplanung, die schockte. Die Vorlage war so angelegt, daß die Regierungsausgaben faktisch vor allem in den allernächsten Jahren sehr viel schneller als erwartet zurückgehen sollten. Damit wurde die Vorstellung von IG Bergbau und RUHRKOHLE-Vorstand, den Abbau »sozialverträglich« über die Bühne bringen zu können, endgültig und offensichtlich zur Farce.

Anlaß (aber nicht der Grund) für die Zuspitzung des Kohlekonfliktes ist das Verfassungsgerichtsurteil vom Oktober 1994, wodurch der Kohlepennig, mit dem die Stromverbraucher einen Teil der Bergbausubventionen aufgebracht hatten, abgeschafft wurde. Deshalb müssen inzwischen die Subventionen für den Bergbau weitgehend direkt aus dem Bundeshaushalt aufgebracht werden. Dem steht aber entgegen, daß die permanente Höherverschuldung des Bundes (Folge auch des Anschlusses und der Ausplünderung der ehemaligen DDR durch das Kapital – die Bundesregierung muß für die Folgen aufkommen und deren Finanzierung bei der Bevölkerung durchsetzen) bzw. der Zwang von Maastricht die Grenzen für eine traditionelle Subventionspolitik immer enger ziehen. Die sich auch in anderen Wirtschaftszweigen ausbreitende Krise und die zunehmende Staatsverschuldung veranlaßte die Regierung zur Kürzung von Subventionen, besonders für die Werften und im Bergbau. Seit dem Spätherbst 1996 liefen deswegen die Gespräche. Eine Entscheidung wurde jedoch wieder und wieder vertagt.

Ende letzten Jahres mobilisierte die IGBE die Mitglieder für erste Aufklärungsaktionen in der Bevölkerung. Flugblätter wurden in Hamburg, Bremen und Berlin sowie auf verschiedenen Flughäfen verteilt. In allen Ruhrgebietsstädten wurden Infostände aufgebaut. Dazu kamen Mahnwachen, Mahnfeuer auf den Halden, Mahngottesdienste, Kirchen»besetzungen«, Fackelumzüge, Lichterketten und erste kleinere Menschenkettens von Stadt zu Stadt. Die Beteiligung und die Unterstützung aus den Belegschaften war zu diesem

Deshalb wurde die Menschenkette der Bergleute zu einem Symbol des Aufbegehrens, zum Anziehungspunkt der Menschen des Reviers gegen die Politik der Bundesregierung und der Unternehmer. Sie wurde jetzt real zum »Band der Solidarität«. Es beteiligten sich Arbeitsloseninitiativen, Sportvereine und Schulklassen. Lehrer hatten den Politik-Unterricht kurzerhand aus den Klassenzimmern auf die Straße verlegt. Beschäftigte der Bergbauzuliefererfirmen waren ebenso anwesend wie zahlreiche Abordnungen aus den verschiedenartigsten Betrieben und Gewerkschaften, die mit ihren Fahnen weithin sichtbar waren. Zum Teil wurde dazu sogar, wie bei Hoesch-Profil in Dortmund, die Arbeit niedergelegt.

An diesem Tag hatten die Beteiligten ein Zeichen gesetzt. Doch danach ging jeder ziemlich ratlos wieder an seinen Arbeitsplatz zurück. War damit der Widerstand erledigt? Konnte man sich mit diesem einmaligen Aufbegehren zufrieden geben? Die Politiker in Bonn waren von der Menschenkette nicht sonderlich beeindruckt. Sie hielten es für angemessen, ein angesetztes Kohlegespräch mal eben wieder zu vertagen.

### Forderung nach »Auslaufbergbau« läßt den Unmut eskalieren

Während viele Politiker aus den Kreisen von FDP und CDU/CSU, besonders aus Bayern und Baden-Württemberg, nicht müde wurden, einen »Auslaufbergbau« bis zum Jahr 2005 zu fordern, beschloß der Aufsichtsrat der RUHRKOHLE AG am 4. März, bereits vorab 3600 Arbeitsplätze noch in diesem Jahr abzubauen. Das insbesondere dadurch, daß die gesamte Organisation und das Stollensystem der vergleichsweise nicht weit voneinander entfernten Zechen »Hugo« in Gelsenkirchen und »Ewald« in Herten zusammengeschlossen werden sollen. Allein das wird 2800 Arbeitsplätze kosten. Des weiteren war bereits seit längerer Zeit beschlossene Sache, die Zeche »Sophia Jacoba« in Hückelhoven (die letzte im Aachener Revier) zum 31. März stillzulegen. Das alles verlief ohne weithin wahrnehmbare Unruhe in den betroffenen Belegschaften.

Am 6. März hatte dann IGBE-Chef Hans Berger sein offizielles Gespräch mit Bundeskanzler Kohl. Dieser hatte nach all der Aufregung im Vorfeld die Kohlefrage zur »Chefsache« erklärt. Berger ging voller Optimismus in dieses Gespräch, hatte er sich doch aufgrund seiner »Vorleistung« nun auch Entgegenkommen der Bundesregierung ausgerechnet. Doch die Regierung blieb hart: Zurückfahren der Subventionen des Bundes von derzeit 8,9 Mrd. DM zunächst auf sieben Mrd. DM im Jahr 2000 und dann auf 3,8 Mrd. DM bis zum Jahr 2005. Nur sieben Mrd. DM bis zur Jahrtausendwende für die Verwendung von deutscher Steinkohle in der Verstromung, das hatte auch das sogenannte Artikelgesetz bereits vorgesehen. Diese Summe sollte also nicht gravierend geändert werden. Aber ab nun soll sie gleichzeitig mehreren Zwecken dienen: Außer der Verstromung soll aus dieser Kasse der Verhüttungszuschuß für die Stahlwerke bezahlt werden, damit denen nur Kosten in Höhe des Weltmarktpreises entstehen. Bis zum Jahr 2000 resultieren nur aus diesem Posten rund zwei Mrd. DM. Und schließlich müßten ab nun aus diesem Topf auch all die Zahlungen bezahlt werden, welche aufge-

wandt werden müssen, um die sieben Zechen stillzulegen. Die Basis ist also eine völlig andere. Deshalb tat sich für die Zeit bis zur Jahrtausendwende plötzlich ein völlig unvorhergesehenes riesiges finanzielles Loch auf. Was Kanzleramtsminister Friedrich Bohl als ein »großzügiges, faires Angebot« bezeichnete, konnten die Bergleute nicht anders denn als reinen Hohn empfinden. Ein völlig geknickter und enttäuschter Berger trat abends vor die Kameras und erklärte, daß er nun mit seinem Latein am Ende wäre. Dieses Angebot wäre ein Schritt in Richtung »Museumsbergbau«.

Sofort am nächsten Morgen wurde auf allen Zechen nach und nach die Förderung heruntergefahren und die Zechen wurden »besetzt«. Es wurde nicht mehr »gekohlt«, sondern



**BERGLEUTE  
AUF DEM  
KAMENER KREUZ**

an allen Zecheneingängen wurden Torwachen aufgestellt. Die ersten Stunden waren von einem Nebeneinander verschiedenartiger Entwicklungen geprägt: Die Taktik der IG Bergbau war nicht völlig eindeutig. In einem Gewerkschaftsflugblatt hieß es: »Wenn wir in der nächsten Woche nicht zu einer für uns erträglichen Lösung kommen, müssen sich die Menschen in den Revieren im Stich gelassen fühlen. Dann wird ein Proteststurm losbrechen, und die IGBE wird an der Spitze stehen«. Zu dieser Vertröstung auf die nächste Woche paßte es, daß auf einigen Zechen Gewerkschaftsfunktionäre dazu aufriefen, »ruhig zu bleiben«. Nach und nach kristallisierte sich jedoch eine Linie der Gewerkschaftsführung heraus, die darauf hinauslief, daß ab Freitagmittag erst einmal die Förderung steht. Letztlich sollte es jedoch bei einer symbolischen Aktion bleiben. Mancherorts wurde freilich den Betriebsräten, welche dazu aufforderten, ab der Mittagsschicht muß hier alles stehen, von Kollegen geantwortet: »Auch das ist doch nur eine symbolische Aktion. Wieso sollen wir denn dafür raus«. Auf anderen Zechen bekamen solche Betriebsräte dagegen zur Antwort: »Warum erst heute Mittag, sofort fahren wir raus«. Auf weiteren Zechen begann vor der Fröhschicht die Diskussion: »Jetzt müssen wir aber endgültig raus«. Ausgangspunkt der Unruhe war die Zeche »Hugo« in Gelsenkirchen, wo schon seit Tagen – natürlich wegen ihrer bedrohten Situation – von Streik die Rede war. Hier fuhr am Freitagmorgen keiner mehr ein.

Auch auf der Zeche »Niederberg« in Neukirchen-Vluyn begannen morgens schon vor der Frühschicht die Diskussionen. Bereits diese fuhr dann auch nicht mehr ein und eine kleine Gruppe organisierte sofort hernach die Blockade der A 40. Später besetzte sie bis zum anderen Morgen die Kreuzung vor dem Rathaus in Neukirchen-Vluyn. Auf »Haus Aden« in Bergkamen fuhr die Frühschicht noch ein, aber zumeist wurde die Arbeit bereits nicht mehr aufgenommen; gegen 11 Uhr fuhren alle wieder raus. In Duisburg auf der Zeche »Walsum« wurden die Kollegen frühmorgens vom Betriebsrat aufgefordert, erst einmal mit allen Aktionen abzuwarten. Der größte Teil der Kollegen fuhr dennoch nicht ein. Ähnlich verlief es auf der Zeche »Westerholt« in Gelsenkirchen-Herten: Der Betriebsrat erklärte: »Wer will, kann weiterarbeiten« und forderte damit indirekt zur Arbeitsaufnahme auf. Aber das wollte niemand. Auf »Prosper-Haniel« in Bottrop gab es schon vor der 12-Uhr-Schicht Diskussionen, ob man noch einfahren solle. Einige Betriebsräte forderten dies ausdrücklich, weswegen die Mehrheit der Kollegen dann auch einfuhr. Schon nach zwei Stunden kamen aber auch hier alle eingefahrenen Kumpel wieder rauf. Auf »Friedrich-Heinrich« in Kamp-Lintfort war wegen einer umfassenden Reparatur morgens sowieso nicht gearbeitet worden. Nachmittags gab es eine Vertrauensleutevollversammlung. Auch hier fuhr anschließend keiner mehr ein.

### Die Bergleute gehen auf die Straße

Die Aktionen bekamen solch eine Eigendynamik, daß weder die IGBE noch die betrieblichen Funktionäre immer die Kontrolle ausüben konnten, für welche die IG Bergbau berühmtberühmt ist. Mit 95 Prozent hat sie den höchsten Organisationsgrad unter den DGB-Gewerkschaften. Normalerweise funktioniert bei ihr alles auf Knopfdruck vom Vorstand. Dieses Mal nicht. Das »spontane« Element führte allerdings auch dazu, daß viele Kumpel von Aktionen nichts wußten, vielerorts ratlos an der Mahnwache herumstanden oder auch lieber gleich zu Hause blieben. Manches Mal wurde von den Funktionären in einer Art und Weise »spontanisiert«, daß man den Eindruck hatte, die wollen, daß die Kumpel einfach Dampf ablassen und dann ist Ruhe.

Immerhin, viele Kollegen wurden aktiv und kreativ: Gleich zu Beginn bildeten sich ohne Einfluß der IG Bergbau Motorradgruppen heraus, die nicht nur im Ruhrrevier ständig in kleineren Gruppen (600 bis 1000) den Kontakt unter den Mahnwachen an den einzelnen Zechen herstellten, sondern auch in Bonn mit insgesamt rund 8000 Motorrädern auftauchten. Ihnen stellte sich keiner in den Weg, niemand wagte es, diese endlos scheinenden Motorrad-Ketten aufzuhalten. Sie kamen, trotz vieler von den Bergleuten selbst verursachter Staus, überall durch. Straßenkreuzungen wurden besetzt, ebenso Autobahnen und Autobahnkreuze: Das Kamener Kreuz dichtzumachen, wird langsam zur Tradition bei Auseinandersetzungen im östlichen Ruhrgebiet.

Arbeitsämter wurden symbolisch »besetzt«. Die Rathäuser in Lünen, Bergkamen, Werne und in Gladbeck wurden »gestürmt«. Kurzzeitig wurden der Hauptbahnhof in Hamm – einer der zentralen Bahnknotenpunkte in NRW – und der Flughafen in Dortmund blockiert. Durch ein Stahlnetz wurde für einige Zeit der Datteln-Hamm-Kanal symbolisch gesperrt. Besetzt wurden die Schleuse des Rhein-Herne-Kanals in Meiderich und in Duisburg der Terminal für den Kohleumschlag im Hafen. Politikern, die sich gegen den Bergbau aus-

gesprochen hatten, wurde ein Besuch abgestattet. Ebenso den Parteizentralen von FDP und CDU im Ruhrgebiet. Dem nordrhein-westfälischen CDU-Chef, Helmut Linssen, wurde ein Lastwagen voller Kohle vor die Tür gekippt.

In der Bevölkerung stießen die Bergleute in der Regel auf große Sympathien und Unterstützung. Davon zeugten zum Beispiel die Essenspenden – von Brötchen bis Frikadellen und Schnitzeln. Davon zeugten auch die Gespräche an den Mahnwachen. Und davon zeugte vor allem die Gelassenheit, mit welcher der ganz überwiegende Teil der Bevölkerung (selbstverständlich gab es wie immer auch ein paar Durchgeknallte) die Verkehrsbehinderungen hinnahm: »Dann mußte man halt einen Umweg fahren« oder einen der sowieso üblichen Ruhrgebietsstaus »etwas länger ertragen« – »das ging schon in Ordnung«.

Endgültig ab Montag, dem 10. März, hatten sich dann auch die Bergbaukumpel an der Saar mit wirkungsvollen Aktionen eingeschaltet. Jetzt wuchs auch der Druck: »Wir müssen nach Bonn« – was die Führung der IG Bergbau gar nicht gern sah. Sie kam aber nicht umhin, etwas zu organisieren, wollte sie ihre ordnungsstiftende Funktion überhaupt noch bewahren. Zeitweise hielten sich 20.000 Bergleute in Bonn auf. Kumpel hatten sich vor der FDP-Parteizentrale angekettet und somit jeglichen Zutritt verhindert. Kurzfristig wurde sogar die Bannmeile durchbrochen – was zur ersten und einzigen Reiberei mit der Polizei führte, die sich ansonsten weitgehend zurückhielt.

Viele Bergleute erkannten die Notwendigkeit, die Bundesregierung vor Ort unter Druck setzen zu müssen. Das führte zunächst dazu, daß die Bundesregierung den für Dienstag, 11. März, um 13.30 Uhr angesetzten Gesprächstermin zwischen Bergbauunternehmen, der IGBE und Kohl kurzerhand drei Stunden zuvor absagte und auf Donnerstag verschob. Kanzleramtsminister Bohl: »Wir lassen uns nicht durch den Druck der Straße erpressen!«

In dieser Situation hatte es IGBE-Chef Berger mit seinem Stab von Gewerkschaftssekretären auf einer Kundgebung gegen 16 Uhr schwer, die Kumpel zum Abzug zu bewegen. Seine Aufforderung, doch nun bitte Bonn zu verlassen, um die letzte Verhandlungschance zu nutzen, wurde immer wieder von Rufen »Wir bleiben hier!« unterbrochen. Als dann jedoch die Abfahrtszeiten der Busse bekanntgegeben wurden, akzeptierten viele den Rückzug.

Angesichts des zweiseitigen Drucks von Bundesregierung und Gewerkschaftsführung verdichteten sich die Ängste gegenüber einer für die Bergleute völlig neuartigen Situation: Gewohnt, daß die Gewerkschaft alles bis ins kleinste perfekt organisiert und bezahlt, waren sie nun verunsichert, als es hieß: Die Busse fahren pünktlich ab. Symptomatisch war es, welche Bedeutung plötzlich die Fahrgeldfrage bekam. Die Busse waren immerhin doch bezahlt! Sind wir denn überhaupt in der Lage, etwas anderes zu organisieren, fragten sich viele. Hinzu kam: Die Schachtgewerkschaftsvorstände waren dazu verdonnert worden, jeden wieder mit aus Bonn herauszunehmen. Sie übten nun massiven moralischen Druck aus. Sie konnten dies, weil die Stimmung unter den Kollegen von Zweifeln geprägt war: Eigentlich müßte man ja dableiben. Aber wenn die Gewerkschaft schon sagt: »Zurück« – vielleicht sind die, die am Ende bleiben, ja wirklich nur ein kleines Häufchen Chaoten.

Eben weil es kaum Erfahrung gibt, eigenständig etwas auf die Beine zu stellen, bekam die Angst, isoliert zu werden,

eine riesige Bedeutung. Vielleicht wäre die Entscheidung anders ausgefallen oder richtiger: es wäre den Funktionären vielleicht nicht so leicht gefallen, alle wieder in die Busse zu bekommen, wenn da bereits klar gewesen wäre, die Saarkumpel halten sich doch an die ursprüngliche Planung vom Montag und kommen nach Bonn. Alle Erfahrung sprach aber nun mal dafür, wenn zugleich der Bundeskanzler und der Gewerkschaftsvorsitzende ein Machtwort sprechen, dann werden es die Saarkumpel doch nicht ausgerechnet jetzt noch wagen, nach Bonn zu kommen. All die, die ins Ruhrgebiet zurückfuhren, nahmen anderntags an Aktionen, Demonstrationen und Kundgebungen im Revier teil, zum Beispiel in Recklinghausen und Lünen/Werne mit je 10.000 Beteiligten.

Tatsächlich entschlossen sich just zur gleichen Zeit, als der größte Teil der Ruhrgebietler im Begriff war, sich nach Hause aufzumachen, rund 10.000 Saarkumpel, an der abgesprochenen Planung festzuhalten und sich auf den Weg nach Bonn zu machen. Typischerweise konnte das die IGBE-Führung ebensowenig verhindern wie vorher im Ruhrgebiet. Ein Teil von ihnen hatte sich bereits auf dem Weg befunden. Andere konnten in dem organisatorischen Tohuwabohu nicht mehr umdirigiert werden.

Wieder andere waren es schlicht leid: »Die von der Ruhr sind schon in Bonn und wir warten und warten«. In ihrer Mehrzahl trafen die Saar-Bergleute am frühen Mittwochmorgen in Bonn ein; viele Saarkumpel waren allerdings dort bereits am Dienstagabend eingelaufen. Angesichts der sich abzeichnenden Situation ließ sich die IGBE-Führung bereits am Dienstagnachmittag auf einen charakteristischen Kompromiß ein: Am Müngersdorfer Stadion in Köln wurde ein Zeltlager aufgezogen, in dem sich die nicht-rückkehrbereiten Kollegen sammelten. Um Ruhe 'reinzukriegen, versprach die IGBE-Führung, wenn am Donnerstag nichts Vernünftiges aus dem Gespräch herauskäme, könnten sie ja wieder schnell in Bonn zur Stelle sein. Weil jedoch offensichtlich die Betriebsräte und Funktionäre aus dem Bergbau nicht mehr das auf die Beine brachten, was die Gewerkschaftsführung von ihnen erwartete, wurden zusätzlich Chemie-Betriebsräte von Bayer und BASF mobilisiert. Deren Aufgabe war es, die nach Köln abgedrängten Kumpel zu bearbeiten, damit die nicht doch noch etwa ausrasteten.

### **Der Kompromiß, der keiner ist**

Seit dem 6. März hatten ununterbrochen Vertreter aus Ministerien des Bundes, der Länder NRW und Saar, der RUHRKOHLE AG und der SAARBERGWERKE getagt, um der Öffentlichkeit und den Bergbaukumpeln zumindest einen rechnerischen Kompromiß anzubieten. Gleich zu Anfang, als die Bundesregierung ihre Planung veröffentlichte, hatte die RUHRKOHLE signalisiert, daß sie im Notfall auch mit einer Aufstockung (über die Planvorgaben der Regierung hinaus) von nur 680 Mio. DM in den nächsten Jahren leben könnte. Das heißt, ziemlich gleich zu Beginn (man kann sogar vermuten: bereits vorher) war klar, rein rechnerisch waren die Unterschiede zwischen den beiden Positionen nicht allzu groß. Trotzdem stellte sich die Regierung erst einmal stur.

Und das sollte sich für sie auszahlen. Als Ergebnis der Kohlerunde soll die Förderung von derzeit 47 Mio. Tonnen auf 28,5 Mio. Tonnen im Jahre 2005 reduziert werden. Jedes Jahr soll eine Zeche von den insgesamt noch 14 bei der RUHRKOHLE vorhandenen stillgelegt werden. Bis zum Jahr 2000 soll die Mann- und Schicht-Leistung auf 6700 kg bei einem

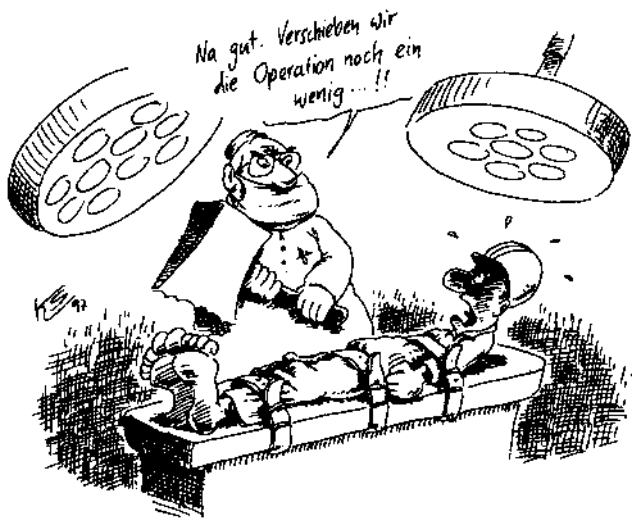
Tonnenpreis von 245 DM gesteigert werden, bis zum Jahr 2005 auf 8400 kg und 220 DM. Dieses führt zu einer enormen Leistungsverdichtung. Die Höhe der Subventionen, die der Bund schlußendlich im Jahr 2005 zahlen muß, entspricht dem, was die Regierung vorher anstrebte. Sie erhöht ihr Angebot allerdings für die ersten Jahre um 300 Mio. DM pro Jahr. Die Betonung muß natürlich auf »nur« 300 Mio liegen. Formal ist auch diese Zahlung zwar zusätzlich an die Bedingung geknüpft, daß die RUHRKOHLE auf jeden Fall die Bundesanteile der SAARBERGWERKE übernehmen wird – woran es allerdings keinen Zweifel gibt. Für deren Übernahme als solche gibt es dann noch einmal 200 Mio. DM.

Das ist der zweite Pferdefuß: Eine Fusion von SAARBERGWERKEN und RUHRKOHLE erspart maximal 40 Mio. DM jährlich; auf diese Weise stiehlt sich die Bundesregierung in Zukunft aus der weiteren Verantwortung. Der dritte Pferdefuß: Von Anfang an hatte eben die Bundesregierung darauf bestanden, daß alle Zahlungen in Zukunft als ein Paket aufgefaßt werden. Das hat sie durchgesetzt: Es gibt keinen Unterschied mehr zwischen Hilfen für die Stahlwerke, damit die den solcherart heruntersubventionierten Koks übernehmen, sowie Hilfen für Zechenschließungen bzw. den Arbeitsplatzabbau und schließlich Strukturhilfen für die Regionen. Würde der Weltmarktpreis für Kohle sinken, müßten die Subventionshilfen erhöht werden, wenn man will, daß die Stahlwerke auch weiterhin im bisherigen Umfang Koks der RUHRKOHLE abnehmen.

Dieses Geld fehlt bei einem Gesamtpaket dann aber, um einen sozialverträglichen Stellenabbau zu finanzieren. Daß es überhaupt zu einem Ergebnis gekommen ist, welches sich als Erfolg verkaufen läßt – es gibt keine betriebsbedingten Kündigungen –, ist darauf zurückzuführen, daß Nordrhein-Westfalen seine Zahlungen erhöht und daß die »weißen« Bereiche der RUHRKOHLE (Handel/Kraftwerke/Investitionen zum Beispiel in Zechen in Lateinamerika) aus ihren Gewinnen dem eigentlichen Bergbau Geld zuschießen. Im Gesamtergebnis sieht es so aus, daß der Bund am Ende zwar weiterhin der Hauptzahler ist, jedoch ca. 50 Prozent weniger zahlt als bisher und NRW ca. ein Drittel mehr. Letzteres ist zwar eine wesentlich kleinere Summe, aber das ist genau das Geld, welches gebraucht wurde, um auch kurzfristig einen sozialverträglichen Abbau zu ermöglichen. Für dieses Geld muß schließlich der Bergmann zum Teil selbst geradestehen: als nordrhein-westfälischer Steuerzahler und als Beschäftigter der RUHRKOHLE. Zwar erklärte der RUHRKOHLE-Vorstandsvorsitzende Gerhard Neipp, daß die RUHRKOHLE die Zuzahlungen aus dem »weißen« Bereich praktisch aus der Portokasse bezahlen könne, aber charakteristischerweise holte der Konzern sofort nach dem Kompromißvertrag einen Vorschlag aus der Schublade, welcher eine Vier-Tage-Woche ohne Lohnausgleich vorsieht. Eben dieses ist für den Bergmann nichts Neues: Seit der Kohlerunde im Jahr 1993 haben die Bergleute durch Lohnverzicht in Höhe von sechs Prozent (bisher abgedeckt durch Freizeitausgleich) zur Vermeidung von Entlassungen rund 600 Mio. DM für die Sozialplankosten selbst aufgebracht.

Dennoch sieht die Führung der IG Bergbau um Hans Berger sich nicht veranlaßt, die eigene Position der Anpassung zu hinterfragen. Sie sieht nur die »positiven« Seiten des Verhandlungsergebnisses und geht damit in die Offensive: »Museumsbergbau und Massenentlassungen verhindert«. Die Kumpel hingegen fühlten sich zwar nicht als Sieger, aber





die Erleichterung, erst einmal Entlassungen abgewendet zu haben, überwog bei vielen doch die Skepsis hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung. Am größten sind die Bedenken natürlich bei denjenigen, die besonders aktiv waren, bzw. bei den Beschäftigten der Zechen, die auf jeden Fall geschlossen werden. Auf der Zeche »Hugo«, traditionell ein Unruheherd, sieht sich deshalb der Betriebsrat dem ungebrochenen Unmut der Belegschaft gegenüber. Anders sieht das zum Teil bei den Saarbergleuten aus. Im Saarland sind die SAARBERGWERKE immer noch der größte Einzelarbeitgeber. Nach dem ursprünglichen Abbauplan hätten dort zwei von drei Zechen geschlossen werden müssen. Nun wird es erst einmal nur eine sein. Deshalb drehten sich am Freitag, dem 14. März, nach einer Woche Aktion auf allen Zechen wieder die Förderräder.

### Welche Perspektive ergibt sich daraus?

Die Auseinandersetzung im Bergbau wirft eine Reihe von Fragen auf. Zunächst einmal: Wie stellen wir uns zur Forderung der Bergleute nach Erhalt der Subventionen?

Bei der Beurteilung gilt es zu beachten, daß Vorstellungen, wie sie mancherorts vom montangeprägten Ruhrgebiet existieren, schlicht Nonsense sind. In NRW sind gerade noch fünf Prozent aller Beschäftigten im Stahl und Bergbau beschäftigt; im Ruhrgebiet selbst sind es auch nur noch 8,6 Prozent. Der Beschäftigungsrückgang hat quantitativ ähnliche Ausmaße wie in den Neuen Ländern. Die Arbeitslosigkeit in den Ruhrgebietsstädten gehört zu den höchsten der Republik: Bei Stahl beträgt der Abbau minus 74,8 Prozent, was exakt dem des Schiffbaus in Mecklenburg-Vorpommern entspricht. Im Steinkohlenbergbau minus 82,3 Prozent, was nur geringfügig niedriger ist als die 85,6 Prozent im ostdeutschen Braunkohlenbergbau. Qualitativ ist der Unterschied allerdings gravierend: Im Ruhrgebiet vollzog sich dieser Prozeß innerhalb von gut drei Jahrzehnten, in der Ex-DDR innerhalb eines halben Jahrzehnts.

Zum Teil sind die Zahlungen des Bundes für den Bergbau nur ein Mythos: Ein Beispiel von vielen ist hierfür die 1961 eingeführte Heizölsteuer. Sie war geschaffen worden »für Maßnahmen zur Anpassung des Steinkohlebergbaus«. Es flossen zwar von da an nicht geringe Summen in den Bergbau, aber ein mindestens ebenso großer Teil einfach gleich in den Bundesetat. 1969 nahm der Bund 947 Mio. DM aus dieser Steuer ein, aber gab nur 468 Mio. DM für den Bergbau aus. 1971 betrugen die Einnahmen 1,1 Mrd. DM, die Ausgaben jedoch nur 275 Mio. DM. Zudem gab es zwar seit den Zeiten

Ludwig Erhards ein Abkommen, daß bis zu zwei Drittel der Kohlelasten aus dem Staatshaushalt des Bundes finanziert werden, von Nordrhein-Westfalen ein Drittel, aber das galt halt nur für die Lasten. Von den Einnahmen der Heizölsteuer erhielt NRW direkt keinen Pfennig. 1989 wurde dann auch noch die Zweckbindung der Heizölsteuer aufgehoben. Zwischen 1966 und 1986 nahm der Bund aus der Heizölsteuer 18,5 Mrd. DM ein; die Ausgaben für die Bergbaureviere beliefen sich auf 27,5 Mrd. DM. Damit betrugen die Zahlungen des Bundes neun Mrd. DM, wohingegen NRW – das heißt die Steuerzahler dieses Bundeslandes – im gleichen Zeitraum 14 Mrd. DM aufbrachte.

Zum qualitativen Aspekt der Subventionen gehört es, daß sie nicht mit dem Ziel vergeben werden, Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten, sondern um die heimischen Industriebetriebe konkurrenzfähig zu halten, das heißt, ihren Eigentümern Mehrwert und Profite zu sichern. Nach dem Zweiten Weltkrieg war die billige deutsche Steinkohle nicht nur Energiemotor des deutschen Wirtschaftswunders. Der erste Schritt zur heutigen EU war der Montanvertrag, der garantierte, daß auch andere europäische Länder Zugriff auf die RUHRKOHLE hatten. In jenen Jahren wurde der Preis für die Kohle aus dem Revier aus politischen Gründen niedrig gehalten – sie wurde unter den Gestehungskosten abgesetzt. Spätere Zahlungen zu Lasten der Gesamtwirtschaft in Deutschland sind zum Teil also nur eine faktische Tilgung der Schulden, die ehemals aufgelaufen waren. Ab Mitte der 50er Jahre wurde klar, daß der weitere wirtschaftliche Aufstieg im Bergbau schnell an Grenzen stoßen könnte, weil die Wirtschaft auf eine Energieform umstieg, die auf dem Weltmarkt billiger angeboten wurde und sich weniger arbeitsintensiv nutzen ließ: das Öl.

### Zur Geschichte der RUHRKOHLE AG

Bekanntlich ging es mit dem deutschen Bergbau insbesondere in den sechziger Jahren drastisch abwärts. Innerhalb eines Jahrzehnts halbierten sich die Beschäftigtenzahlen von 490.000 auf 253.000. Am Ende jenes Jahrzehnts stand dann die Gründung der RUHRKOHLE. Bis dahin war die Ruhr-Wirtschaft zumeist so strukturiert, daß die sogenannten Montankonzerne entsprechend den Notwendigkeiten der Stahlproduktion häufig sowohl in Stahlwerke wie auch in Zechen investiert hatten. 59,74 Prozent der ursprünglichen RUHRKOHLE-Aktien waren 1969 in den Händen von Stahlunternehmen wie Thyssen, Klöckner, Krupp oder Hoesch. Daneben gab es Töchter von Energieunternehmen und einige wenige reine Bergwerksgesellschaften. Sie alle zusammen stimmten ihren Absatz im »RUHRKOHLE-Verkaufssyndikat« ab. Die RUHRKOHLE wurde als Einheitsgesellschaft zunächst aus 19 Altgesellschaften gegründet.

Bei nicht wenigen »Normalbürgern« scheint heute der Eindruck vorzuherrschen, die RUHRKOHLE sei ein Staatsunternehmen, tatsächlich ist sie jedoch ein ganz normales Privatunternehmen. Im Besitz der französischen »Société Nouvelle Sidéchar« befinden sich 8,25 Prozent. Von den Stahlkonzernen gehört heute – das heißt vor der neuerlichen Fusion – nur noch die Thyssen Stahl AG mit 12,7 Prozent unmittelbar zum Eigentümerkreis der RUHRKOHLE. An der »Montan-Verwaltungsgesellschaft«, die jedoch nur zehn Prozent an der RUHRKOHLE hält, hat Krupp-Hoesch einen Anteil von 79 Prozent. Ähnliches gilt für die luxemburgische ARBED, welche 65 Prozent der »Verwaltungsgesellschaft RUHRKOHLE-Beteili-

gung« besitzt. Letzterer gehören ebenfalls nur zehn Prozent der RUHRKOHLE-Aktien. Ihr größter Teil, nämlich 37,1 Prozent, befindet sich inzwischen in den Händen der VEBA. Diese besitzt auch noch 21 Prozent der bereits erwähnten »Montan-Verwaltungsgesellschaft«. 21,95 Prozent gehören der »BGE Beteiligungsgesellschaft für Energieunternehmen«, einer hundertprozentigen Tochter des Dortmunder Stromkonzerns VEW. Bei VEW und VEBA ist natürlich der staatliche bzw. kommunale Einfluß nicht gerade gering.

Die Basis für die Gründung der RUHRKOHLE bildete der modifizierte »Rheinstahlplan«. Dieser hatte seinen Namen vom Tagungsort der Initiatoren: einem Konferenzraum der Essener Rheinstahl AG. Zu den Urhebern gehörten neben den Vorstandsvorsitzenden von Klöckner, Günter Henle, und der August-Thyssen-Hütte, Hans-Günter Sohl, der damalige Aufsichtsratsvorsitzende der Deutschen Bank, Hermann Josef Abs, der Präsident des »Bundesverbandes der Deutschen Industrie«, Fritz Berg, sowie der Präsident des »Deutschen Industrie- und Handelstages«, Ernst Georg Schneider. Sie beriefen sich darauf, die Interessen von ca. 75 Prozent aller Zecheneigentümer zu vertreten.

Am 27. November 1968 wurde als Rumpfgesellschaft – ohne eigenes Bergwerksvermögen – die neue Zentralgesellschaft gegründet. Diese wurde mit einem Grundkapital in Höhe von rund 600 Mio. DM ausgestattet. Entsprechend ihrem Anteil an diesem Gesamtvermögen erhielten die Alteigentümer Aktien. Das eigentliche Gründungsdatum der heutigen RUHRKOHLE ist hingegen erst der 15. August 1969. Denn die Rumpfgesellschaft mußte zunächst erst einmal die eigentlichen Zechen von den Alteigentümern aufkaufen. Hernach gehörten zur RUHRKOHLE 59 Zechen, deren Förderkapazität in jener Zeit 93,5 Prozent der Kohleförderung im Ruhrgebiet entsprach. Kaufen durfte die neue Gesellschaft nur die eigentlichen Produktionsstätten, also die Schachtanlagen, Brikettfabriken, Kokereien sowie die Grundstücke, auf denen die Zechen errichtet worden waren.

Ausdrücklich ausgenommen war all das, was immer noch profitabel war, mithin vor allem die Großkraftwerksanlagen und der allergrößte Teil der Bergbau-Immobilien, also die Wohnungsbaugesellschaften sowie aller sonstiger Grundbesitz. Das war das erste Privileg der Alteigentümer. Die Kosten für das Aufkaufen der Zechenanlagen beliefen sich auf 5,1 Mrd. DM. Dazu gehörten auch Schächte im Wert von 1,1 Mrd. DM, von welchen bereits damals klar war, daß sie in den nächsten Jahren auf jeden Fall stillgelegt werden würden, aber die nun zunächst einmal aufgekauft werden mußten. Gleichzeitig wurden auch die meisten Schulden und sonstige Erblasten den Alteigentümern abgenommen.

Allein die Verbindlichkeiten ergaben eine Summe von 1,1 Mrd. DM. Die Alteigentümer erhielten dieses Geld nicht direkt ausbezahlt, sondern es war vertraglich festgelegt worden, daß die RUHRKOHLE es über einen Zeitraum von 20 Jahren zu tilgen und mit sechs Prozent zu verzinsen habe. Für die entsprechende Kredite übernahm der Staat eine Garantie. Zudem zahlte der Staat Prämien für die Stilllegung von 20 Mio. Tonnen Förderkapazitäten. Gleichzeitig durften die ertragsstärkeren Anlagen ihre Förderung um zehn Mio. Tonnen ausweiten. Und schließlich gewährte der Staat Finanzierungshilfen zur Strukturverbesserung.

Dies alles machte das zweite Privileg der Alteigentümer aus. Denn jene schlugen so zwei Fliegen mit einer Klappe: Wäre auf diese Weise die Sanierung des Bergbaus erfolgreich

verlaufen, wären sie als Aktienbesitzer der neuen Einheitsgesellschaft weiterhin Eigentümer der dann profitablen Zechen gewesen. Im anderen Fall aber trug der Staat das gesamte Risiko und alle Verluste. Denn wenn die RUHRKOHLE die notwendigen Gelder nicht einfahren konnte, um zum Beispiel die Zinsen und Tilgungen aufzubringen, mußte auf jeden Fall der Staat einspringen. Angesichts der ökonomischen Schwierigkeiten mußten die Alteigentümer hernach unter politischem Druck zwar einen Teil ihrer ursprünglichen Finanzforderungen vorübergehend stunden, was aber nichts daran änderte, daß es ihnen doch weitgehend gelungen ist, auf Staatskosten ihre maroden Zechen kostengünstig abzustößen.

Das dritte Privileg bestand darin, daß den Stahlunternehmen im »Hüttenvertrag« garantiert wurde, daß auch im neuen Rahmen faktisch die alten Bedingungen, wo Bergbau und Stahl häufig unter einem Konzerndach vereinigt gewesen waren, aufrecht erhalten wurden. Unter anderem war der RUHRKOHLE auferlegt worden, den Koks zu Weltmarktpreisen liefern zu müssen. Ein im Prinzip ähnlicher »Kraftwerksvertrag« wurde zugunsten der Großkraftanlagen der Alteigentümer abgeschlossen.

Zwischen 1970 und Mitte der achtziger Jahre verlief der Arbeitsplatzabbau deutlich geringer als in den sechziger Jahren. Auch das war nicht ein Geschenk an die Bergleute. In diesen Zeitraum fallen die zwei Ölkrisen und die Auseinandersetzung um die Kernenergie. Mit anderen Worten, als nicht klar war, ob nicht doch in Zukunft die Steinkohle in nennenswertem Maße als nationale Energiereserve gebraucht würde, wurde zwar rationalisiert, aber die Zechenstilllegungen hielten sich in Grenzen. Spätestens gegen Ende der achtziger Jahre, Anfang der neunziger war klar, daß eine solche Funktion nicht mehr aktuell war. Alle OPEC-Hoffnungen bezüglich eines Ölkartells wurden endgültig im zweitem Golfkrieg zu Grabe getragen. Und die Kohleländer in Osteuropa sind infolge der weltpolitischen Veränderungen nur allzu bereit, billigen Nachschub zu liefern. Seither stieg der Druck, Zechen zu schließen, wieder deutlich an.

## Schlußfolgerungen

Alle Auseinandersetzungen im Bergbau der letzten Jahre sind dadurch gekennzeichnet, daß die Bergleute sich nicht gegen »ihren« Unternehmer engagierten, sondern in erster Linie immer Forderungen an den Staat stellten. Aufgrund der objektiven Gegebenheiten war es IG Bergbau und RUHRKOHLE immer ein leichtes, die Ideologie, Arbeitnehmer und Arbeitgeber saßen in einem Boot, zu festigen. Es gibt wohl kaum einen anderen Wirtschaftszweig, wo der Unternehmer die Beschäftigten zu Arbeitskämpfen aufruft. Kennzeichnend war es, daß an dem Tag, als der Bundeskanzler brüsk das Kohle-Gespräch verschob, der RUHRKOHLE-Vorstand trotzdem schriftlich Verständnis für die Bonner Aktionen der Bergleute äußerte und sie faktisch zum Weitermachen ermunterte.

Spätestens in dem Augenblick, wo es nicht mehr gelingt, die Beschäftigten ruhig halten zu können, weil die Kosten »zu« groß werden, zeigt sich deutlich, welche Interessen sich jeweils aktuell hinter der Subventions-Forderung verbergen: Vom Profitstandpunkt aus gesehen wäre es effektiver, den Bergbau weiter 'runterzufahren. Das Fördern aus immer größerer Tiefe kann in Zukunft nur noch teurer werden als der Übertage-Abbau zum Beispiel in den USA und Austra-

lien, auch unter Berücksichtigung der Transportkosten. Wenn die Bergleute nun darauf pochen, nicht »ins Bergfreie« zu fallen, dann vertreten sie in der Praxis, auch wenn sie sich dessen noch nicht bewußt sind, Klasseninteressen. (Ein Interesse, das sich eben nicht darum schert, daß die andere Seite damit eventuell ein ökonomische Problemchen bekommt.) Sie fordern ihr Recht ein, mittels Arbeit sich einen auskömmlichen Lebensunterhalt zu verdienen, und akzeptieren nicht, daß optimale Kapitalverwertung Arbeitslosigkeit bedingt. Sie betteln also nicht um Subventionen, sondern kämpfen dafür, deshalb gehört ihnen unsere Solidarität.

Die Auseinandersetzung zeigt, wie angespannt die finanzielle und politische Lage des Bundes ist. »Hart bleiben und durchziehen«, wie es Bohl lauthals verkündete, oder Zugeständnisse machen? Vor dieser Frage stand die Regierung. Im Bergbau entschied sie sich zunächst dafür, hart zu bleiben. Es stellt sich die Frage, warum sie gerade jetzt den Konflikt um die Kürzungen im Bergbau riskierte, wo es doch schon an allen Ecken und Enden brennt: Da ist die Diskussion um den Euro, um die Renten-, Gesundheits- und Steuerreform, die Erhöhung der Mineralölsteuer usw. Alle diese »Reformen« belasten letzten Endes nur die Beschäftigten.

Im Kern muß die Antwort lauten: Die Regierung war nicht auf diese massive Reaktion der Bergleute vorbereitet. Sie hatte angesichts der Kompromißbereitschaft von IGBE und SPD damit gerechnet, ihren Beschluß ohne größeren Widerstand durchsetzen zu können. Diese Annahme erwies sich als falsch. Die Bundesregierung übte Druck auf die Positionen der SPD aus, besonders in NRW und im Saarland. Die SPD sollte und wollte nach bewährter Tradition die Unzufriedenheit der Bergbau-, Stahl- und Bauarbeiter auffangen, indem sie sich zu ihren Fürsprechern macht, um »an der Spitze« die Bewegung zu Die Bundesregierung erklärte sich schließlich zu einem Kompromiß mit den Bergleuten bereit, weil auch die Regierung von NRW erhebliche finanzielle Zugeständnisse machte. Ministerpräsident Rau hat ausdrücklich darauf hingewiesen, »finanzpolitisch« sei der Beitrag der NRW-Regierung überhaupt nicht zu vertreten; aber nur so sei eine »marktpolitische Katastrophe« vermeidbar. Nicht schwer zu begreifen, was er und seinesgleichen befürchten und welche »Lösung« und Aufgabe sie für sich sehen: Feuerlöscher zu sein, ist ihre historische Aufgabe! Das läuft – wie bei den Gewerkschaftsvorständen – unter dem Motto: »Den Sozialstaat retten«.

Bundesregierung, Koalitionsparteien und Volksparteien haben noch keine gemeinsame Orientierung für die Zukunft. Dasselbe gilt für die Gewerkschaften: »Beunruhigt ist Schulte auch über die sich im politischen Vakuum verschärfenden Tarifkonflikte. Daß ausgerechnet die staatstragenden Kumpel im Frühjahr kurz vor einem illegalen Einfall ins Bonner Regierungsviertel standen, hat den DGB-Vorsitzenden

erschrockt. Dann kam der drohende Marsch der Stahlarbeiter vor die Deutsche Bank und der Beinahe-Streik der Bauarbeiter, welcher der IG Bau leicht aus dem Ruder gelaufen wäre.

Seitdem diskutiert Schulte mit den Chefs der Einzelgewerkschaften in der Düsseldorfer Zentrale regelmäßig darüber, Wie wir denn weitermachen, wenn die Enttäuschungen anhalten«. Hauen wir denen den Krempel da einfach vor die Füße«, fragt Schulte, der wohl gerade als Kompromißler von neuen Konfliktformen nicht überrascht werden will. Eine neue Unberechenbarkeit, wohin er auch schaut.« (Frankfurter Rundschau, 28.5.1997).

Dieser Zwiespalt herrscht auch – wenn auch in anderer Form – innerhalb der Bundesregierung und der herrschenden Klasse. Innenminister Kanther wollte den Konflikt in Bonn durch den Aufmarsch des Bundesgrenzschutzes lösen (wie beim Castor-Transport), was von der Basis der Bergleute als Provokation aufgenommen wurde; andere Teile der Regierenden (u.a. Blüm) setzten ihre Hoffnungen auf den Einfluß der Gewerkschaften und der SPD. Nachdem sich zunächst die härtere Linie durchgesetzt hatte, mußten Regierungskoalition und Kapital wie schon bei der Lohnfortzahlung einen teilweisen Rückzug antreten. Der unerwartete Widerstand sorgte dafür, daß sich die immer noch auf eher sozialpartnerschaftliche Konfliktlösungen setzenden Kräfte innerhalb der Regierung letztlich durchsetzen können.

Die Aktionen der Bergarbeiter haben gezeigt, wie oberflächlich der Verweis auf angebliche »Ruhe in den Betrieben« ist. Bis vor wenigen Monaten noch wurden die Bergarbeiter, die jetzt die Straßen blockierten und nach Bonn zogen, als musterhaft für das Funktionieren der Sozialpartnerschaft angeführt. Gezeigt hat sich auch, daß viele Kollegen nicht mehr akzeptieren, wenn die Gewerkschaftsführung und auf deren Anweisungen wartende Betriebsräte sie auf traditionelles Demonstrationsgehabe festlegen wollen – mal eine Demo vor Ort, vielleicht mal eine »Latsch«-Demo am Wochenende nach Bonn. Ein Teil der Kollegen machte das von Anfang an klar, als die Betriebsräte sie am Freitagmorgen zu symbolischen Streiks und Mahnwachen herausholen wollten. Nicht wenige sagten nein dazu. Als ihnen aber klar wurde, was auf dem Spiel stand, fuhren viele auf und entwickelten Aktivitäten, die viele ihrer betrieblichen und gewerkschaftlichen Vertreter nicht erwartet hatten.

Daß ausgerechnet Hans Berger ausgepiffen würde, hätte der sich wohl kaum träumen lassen. Gegen die Politik der Gewerkschaftsführung erhebt sich allmählich Widerspruch an der Basis. Sie ist zwar politisch und organisatorisch noch ohne Orientierung, führt aber schon Aktionen durch, die außerhalb der von Regierungen und Volksparteien so hochgehaltenen bürgerlichen Legalität liegen. Blockaden gehören inzwischen zu etwas Selbstverständlichem. Unter diesen

# Nach Kohls Absage sehen die Kumpel schwarz

## Voll Wut verstärken die Bergleute ihre Bonner Proteste, nachdem der Kanzler die Kohlegesprache aussetzte

Von Helmut Löhthöfel und Richard Meng (Bonn)

Die Stimme von Hans Berger ist vom leisen Reden schon ganz heiser; jetzt überschlägt sie sich. Der kleine, aber mächtige Chef der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie spricht von einer »bitteren Stunde« und einer »schwierigen Klippe«. Und er leht die 20000 am Rande des Bonner Regierungsviertels versammelten Kollegen an: »Riskiert jetzt nicht, daß man uns zu Schuldigen macht«, wenn

»Ohrfeigen« auf die Kooperationsbereitschaft der Gewerkschaft, sagt Trittin. Einen Ausstieg aus dem Bergbau »in absehbarer Zeit« will auch Röstel, »aber nicht so radikal wie bei der Bundesregierung«. Trittin (»einem alten Straßenkämpfer wie mir lacht das Herz«) wundert sich darüber, wie Kanzleramt und sich »scheinbar auch die Gewerkschaftsführung« von dem Ausmaß der Straßenblockaden überrascht sein konnten.

Nachdem bekannt wird, daß die Gesprache von Kohl abgesetzt wurden, ste-

zum Weichen bewegen möchte, mit dem Sprecherchor: »Wir bleiben hier.«

Warum die Polizei sehr zum Ärger einiger Unionspolitiker nicht eingreift, sondern zuseht, ist leicht zu erklären. Erdem zuseht, ist leicht zu erklären. Erdem zuseht, ist leicht zu erklären. Erdem zuseht, ist leicht zu erklären. Erdem zuseht, ist leicht zu erklären. Erdem zuseht, ist leicht zu erklären. Erdem zuseht, ist leicht zu erklären. Erdem zuseht, ist leicht zu erklären. Erdem zuseht, ist leicht zu erklären. Erdem zuseht, ist leicht zu erklären.

und FDP bauen die Legende von Gewalttätern auf, die von der SPD unterstützt und geschützt werden. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Andreas Schmidt aus Mülheim an der Ruhr, erlebte eine gefährliche Radikalisierung« und gibt Sozialdemokraten wie dem nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister Wolfgang Clement die Schuld daran, »daß die Menschen so aufgewiegelt wurden«. Daß SPD-Bundesgeschäftsführer Franz Müntefering die Blockierer in seiner Parteizentrale übernachteten

Bedingungen schwinden auch bei den Beschäftigten die Grundlagen der Sozialpartnerschaft.

Die Aktionen der Bergleute haben weiter gezeigt, daß sich unter ihnen ein, wenn auch noch locker geknüpftes Netz von Kontakten entwickelt, das, durch die aktuellen Auseinandersetzungen verstärkt, erste Ansätze dafür bietet, selbstständig in Konflikte einzugreifen. Diese Kontakte weiterzuentwickeln und auszubauen, ist um so notwendiger, weil einer der Schwachpunkte aller Auseinandersetzungen während der letzten Wochen – nicht nur im Bergbau – war, daß zwar eine Menge an Aktionen lief, diese aber noch weitgehend unkoordiniert mit Aktionen von Kolleginnen und Kollegen in anderen Wirtschaftszweigen und Gewerkschaften waren. In Bonn demonstrierten beispielsweise fast zur gleichen Zeit, als die Bewohner des Ruhrgebiets mit einer Menschenkette gegen die Arbeitsplatzvernichtung im Bergbau protestierten, 20.000 Postler gegen weitere Filialschließungen; oder: Als bekannt geworden war, daß die RUHRKOHLE AG die Zechen „Ewald“ in Herten und »Hugo« in Gelsenkirchen zusammenlegen will und damit rund 2800 Arbeitsplätze in Gelsenkirchen wegfallen, demonstrieren 1500 Beschäftigte der Flachglaswerke ebenfalls gegen Arbeitsplatzverlust in dieser Stadt – aber nicht mit den Bergleuten zusammen.

Zaghafte Ansätze der Vernetzung zwischen den Bergleuten und den Stahlkochern gab es entweder durch persönlich gewachsene Kontakte oder durch Solidaritätsverträge, zum Beispiel zwischen der Zeche »Haus Aden« in Bergkamen und der Krupp-Hoesch-Belegschaft in Dortmund oder auch zwischen der Zeche »Heinrich Robert« in Hamm und der Opel-Belegschaft in Bochum. Die Stahlkollegen unterstützten die Kämpfe der Bergleute in der Regel mit Delegationen. Einmal wurde auch gemeinsam der Borsigplatz in Dortmund »besetzt« und in Duisburg kam es auf der »Brücke der Solidarität« zu einer Blockade zusammen mit Thyssen-Beschäftigten. Die Hoesch-Profil GmbH legte zweimal die Arbeit nieder und schloß sich Aktionen der Bergleute an. Sie ist durch ihre Produktion von Aufträgen aus dem Bergbau abhängig. Bei Opel in Bochum wurden einmal kurz – symbolisch – die Bänder angehalten – wobei einer der Vertrauensleute, die in Opposition zur sozialpartnerschaftlichen Betriebsratsführung stehen, anmerkte: *»Fünf Minuten. Das ist doch lächerlich. Das haben die doch bis zum Ende der Schicht wieder rausgeholt.«*

Unter den Aktivisten bei den Bergleuten ging die Stimmung in die Richtung: Es müssen mehr »Betriebsbesuche« organisiert werden – bei der einwöchigen Auseinandersetzung blieb es jedoch bei dem Wunsch. Immerhin fuhren unter anderem zwei Busse – einer von der Zeche »Blumenthal« in Recklinghausen und einer von der Zeche »Hugo« – dann doch aus eigener Initiative zu den Bauarbeiterdemonstrationen nach Berlin. Die Baukollegen hatten Ende Februar bereits mit 3000 in Dresden und dann in der Woche des Bergbaukampfes fünf Tage lang zu Zehntausenden in Berlin für die Wiedereinführung des Schlechtwettergeldes und für sichere Arbeitsplätze demonstriert. Die Bergleute wurden von ihnen jubelnd empfangen. Und es gab auch erste Absprachen, gemeinsam nach Bonn zu marschieren und den Protest dorthin zu verlagern. Das Ergebnis der Bonner Kohlerunde »kam dazwischen«.

Solange die Schranken bürgerlichen Denkens nicht überwunden sind, sind auch der Solidarität Schranken gesetzt.

Die Gewerkschaftsspitzen tun – auf dem Hintergrund dieser Tatsache – das ihre dazu, um eine Vernetzung zu verhindern und die Bindung an die über Jahrzehnte gewachsenen Strukturen zu erhalten. Die allgemeine Betroffenheit, das Leiden unter dem Druck drohenden Arbeitsplatzverlustes und fortschreitenden Lohnabbaus hat das Vertrauen in sozialpartnerschaftliche Lösungen zwar brüchig gemacht, aber noch wird das Zugeständnis der Bonner Regierung, auf betriebsbedingte Kündigungen zu verzichten, als Kompromiß akzeptiert und von vielen trotz aller Einbußen als Sieg gefeiert. Hans Berger wurde ausgepiffen, Oskar Lafontaine zugejubelt. Die Entscheidung, unter dem drohenden Einsatz von Einheiten des Bundesgrenzschutzes Bonn zu verlassen, kann ihnen angesichts der gewerkschaftlichen Ankündigung, die Busse pünktlich abfahren, das heißt sie im Stich zu lassen, nicht angelastet werden.

### **Die Zeche muß erneut der Kumpel zahlen**

Die Umsetzung des Kompromisses wird zu erneuten Konflikten führen. Wie der RUHRKOHLE-Vorstand bei einem Durchschnittsalter der Beschäftigten von 35 Jahren tatsächlich einen Abbau ohne betriebsbedingte Kündigungen durchführen will, ist bisher dessen Geheimnis. Zwar sollen Bereiche ausgegliedert werden, die nichts mit der Kohle zu tun haben, wie zum Beispiel die Werkstätten, sollen die Kumpel weiter für andere Berufe qualifiziert werden und rechnet man mit Eigenkündigungen bei geplanten Zechenstilllegungen. Aber dennoch bleibt nach internen RUHRKOHLE-Rechnungen bis 2004 ein »Personalüberhang« von 13.000 Beschäftigten. Die Frage der Entlassungen ist also nur wieder einmal hinausgeschoben worden. Die Zeche muß erneut der Kumpel zahlen: Lohnverlust als Folge einer 4-Tage-Woche ohne Lohnausgleich; Kürzungen beim Weihnachtsgeld; längere Fahrtwege bei Verlegungen, wenn die eigene Zeche stillgelegt wird. Anfahrtswege in Verbundzechen von bis zu 200 km sind keine Ausnahme mehr; Abstriche bei den Sozialplänen für die Kumpel, die noch in Frühverrentung gehen können; enorme Leistungsverdichtung und – wenn dieser Druck dann dazu führt, daß der Bergbaukollege sich schließlich nach einem anderen Job umtut – Arbeitssuche auf einem leergefegten Arbeitsmarkt.

Der Staat konnte perspektivisch sein Ziel des Subventionsabbaus durchsetzen und damit den Anforderungen von Maastricht nach Abbau der Staatsverschuldung ein Stück näher kommen. Die RUHRKOHLE AG gelang es zum wiederholten Male in Zusammenarbeit mit der IG Bergbau und Energie, die Belegschaften an Saar und Ruhr zur eigenen Subventionsabsicherung – wenn auch auf niedrigerem Niveau – für ihre Zwecke auszunutzen.

Die Erfahrungen aus den jüngsten Kämpfen werden den Bergleuten helfen, sich angesichts des unausweichlichen weiteren Abbaus mit der RUHRKOHLE AG auseinanderzusetzen. abgeschlossen 7.5.1997 ■

## Deutlicher Widerstand, aber die Ruhr brennt nicht

Daß der Widerstand gegen den Krupp-Thyssen-Deal zwar energisch, aber dennoch wahrscheinlich weniger mächtig ausfallen würde als andere frühere Auseinandersetzungen im Stahlbereich, deutete sich bereits anlässlich des Optimierungskonzepts von Krupp-Hoesch an. Im letzten November hatte der Vorstand der Krupp-Hoesch AG ein »Optimierungsmodell« angekündigt, das den Wegfall von 2200 Arbeitsplätzen und eine Investition von 660 Mio. DM vorsah. Dieses Vorstands-Modell wurde auf der Aufsichtsrats-sitzung am 5. Februar beschlossen.

Der kurzzeitig aufflackernde Widerstand der Belegschaft reichte nicht aus, um diese Unternehmensentscheidung zu Fall zu bringen. Die Forderung des Betriebsrates nach einem Stahlwerksneubau konnte sich nicht zu einer Kampfperspektive entwickeln. Der Grund hierfür liegt unter anderem auch in einer durch permanente Arbeitsplatzvernichtung deutlich verkleinerten Belegschaft. 1970 hatte allein Hoesch in Dortmund noch 38.000 Stahlarbeiter, heute sind es nur noch weniger als 7000. Bei Krupp in Bochum waren es damals noch 23.000, heute sind höchstens noch 3000 beschäftigt. Als vor vier Jahren der Krupp-Konzern Hoesch aufkaufte, waren es insgesamt noch 23.000 Beschäftigte – heute alles in allem unter 9800 (Thyssen-Stahl zählte Anfang dieses Jahres noch 13.800 Beschäftigte). In diesen »windschnittigeren« Belegschaften fehlen nicht nur häufig die Leute, die früher den Widerstand organisierten, oftmals trifft man gerade bei diesen »Übriggebliebenen« auch auf das Bewußtsein: »Wir haben das bisher überstanden, warum nicht auch in Zukunft«. Ebenso haben sich die politischen Rahmenbedingungen verändert: Wenn in der Vergangenheit die Hoesch-Belegschaft nur »hustete«, standen Stadtrat und Landesregierung schon parat. Die Belegschaft mußte nun erkennen, daß die ehemals neben dem Bergbau als wirtschaftlich bedeutend und durch die Haltungen der Belegschaften als kampfstark eingestufte Stahlindustrie heute nicht mehr so im Mittelpunkt der Auseinandersetzung steht und von der Politik daher nicht mehr als so wichtig angesehen wird. Die Wirtschaft des Ruhrgebiets ist in den letzten Jahren eben ein großes Stück weit von der Montanindustrie zu einer Technologie-, Dienstleistungs- und Weiterverarbeitungswirtschaft umstrukturiert worden.

### Dienstag, 18. März

Als die Pläne einer Übernahme des Thyssen-Konzerns durch Krupp-Hoesch bekannt wurden, war die Lage für den Widerstand natürlich besser, als sie es noch bei der Auseinandersetzung um das »Optimierungskonzept« gewesen war. Der Konflikt hatte nun eine Dimension, die überall sofort Aufmerksamkeit zeitigte. Montagnachmittags war durchgesickert, was Krupp-Hoesch plante. Viele Kollegen hörten es erst am Dienstagmorgen im Radio. Dennoch fuhren sofort an diesem Dienstagmorgen circa 2000 Aktive aus allen Krupp-Hoesch- und Thyssen-Betrieben zur Krupp-Konzernzentrale an der Altendorfer Straße in Essen, um auf einer Kundgebung gegen elf Uhr Cromme und Co. zur Rede zu stellen. Verschiedentlich fiel die Äußerung: »Wir müssen da weitermachen, wo die Bergleute aufgehört haben« oder: »Machen wir's den



Franzosen nach«. Stundenlang wurden die Demonstranten vertröstet. Als Cromme dann endlich zum Mikrofon griff, um die Pläne der Konzernspitze zu verteidigen, eskalierte die Situation. Die gläserne Eingangstür wurde mit Eiern verziert. »Laßt die Eier in den Taschen«, forderte der Betriebsratsvorsitzende der Krupp Hoesch Stahl AG, Werner Nass, zur Mäßigung auf. Crommes Rede ging in einem Pfeifkonzert unter. Als er seinen Versuch endgültig aufgab, wurde aus dem Pfeifen rhythmisches Rufen: Zunächst riefen einige: »Arbeitsplatzkiller«, dann hörte man: »Wir sind das Volk« und schließlich hieß es: »Stürmen, stürmen«. Als Teile der Demonstranten sich anschickten, tatsächlich ins Gebäude einzudringen, hatten sie hinter sich Betriebsräte, die abwiegelten, und vor sich (ganz anders als die Bergleute in Bonn) Polizisten in voller Kampfmontur.

THYSSEN-  
BESCHÄFTIGTE  
VOR DER  
DEUTSCHEN BANK  
IN FRANKFURT

Aus Protest gegen die Fusionspläne ruhte am Dienstag in den beiden Duisburger Stahlwerken in Bruckhausen und Hamborn/Beeckerwerth sowie in allen anderen Thyssen-Betrieben die Arbeit. Auch der Erzhafen in Duisburg wurde besetzt. In Bochum verhinderte der Krupp-Hoesch-Betriebsrat mit Mühe einen spontanen Streik.

### Mittwoch, 19. März

Am Mittwoch fand in Duisburg eine Thyssen-Betriebsversammlung statt, zu der circa 10.000 Kollegen kamen. Dort wurde dann offiziell bestätigt, was seit Dienstagnachmittag bereits die Runde machte: Es würde Gespräche zwischen Krupp und Thyssen geben, die eine Stahlzusammenarbeit, nicht aber die große Konzernfusion, zum Inhalt haben sollten. Nicht zuletzt, weil eine größere Delegation aus Dortmund angereist war, versicherte man sich der gegenseitigen Solidarität. Daß nur einzelne in den Belegschaften und in den Betriebsräten sich offen zugunsten der Standortlogik des »eigenen« Betriebes engagierten, war natürlich ein positives Zeichen. Zugleich war jedoch von Anfang an auffällig, wie oft Thyssen-Betriebsräte darauf hinwiesen, daß Cromme und Co. eigentlich Dortmund im Visier hatten. Auch wenn der



Großteil der Thyssen-Belegschaft sich nicht mit den Gesprächen der Konzernspitzen ohne weiteres zufrieden gab, ein Aufatmen war dennoch spürbar: In einem solchen Fall, davon gingen alle aus, würde Thyssen als größerer Partner wohl auch die Leitung und damit die Entscheidung über Anpassungen übernehmen. Der Gesamtbetriebsrat von Thyssen-Stahl wies ausdrücklich darauf hin, damit sei die »feindliche Übernahme« erst einmal vom Tisch. Im Augenblick gäbe es deshalb auch keinen Grund mehr für weitere Protestaktionen. Der Duisburger Betriebsratschef Dieter Kroll forderte deshalb die Kollegen dazu auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, was sie dann auch – allerdings nur »unter Vorbehalt« – taten.

In dem Augenblick, als sich die Diskussionen der Konzernspitzen auf die kleine Stahllösung verengten, eskalierte nun in Dortmund und Bochum der Konflikt. Am Dienstag, als in Duisburg die Arbeit ruhte, war hier zwar sehr erregt diskutiert, aber dennoch weiterhin produziert worden. Am Mittwoch war es genau umgekehrt.

#### Donnerstag, 20. März

Der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats von Krupp-Hoesch-Stahl, Werner Nass, erklärte bezogen auf den Standort Dortmund: »Falls wir in der heimlichen Hauptstadt der SPD das Bauernopfer werden sollen, wird es im östlichen Revier zu einer Katastrophe kommen«. Das Optimierungskonzept für Krupp-Hoesch-Stahl dürfe nicht unterlaufen werden. Der Gedanke, der hier bereits deutlich durchscheint, nämlich, daß sich wie eh und je in allen bisherigen Stahlkonflikten am Ende doch die Verschiedenheit der Standorte tatsächlich in unterschiedlichen Widerstandskonzepten ver-

ichten würde, bekam eine wachsende Bedeutung. Weil zu der Dortmunder Belegschaftsversammlung am Donnerstag neben Abordnungen aus dem Bergbau, dem Bremer Stahlwerk sowie dem Siegerland eine zwei- bis dreitausendköpfige Delegation aus Duisburg erschien, war es angesichts der allseits bekannten schlechteren Karten für den Dortmunder Standort zunächst ein leichtes, daß aus den Redebeiträgen der Krupp-Hoesch-Betriebsversammlung die Standortlogik und der »eigene« Konzern noch weiter als am Vortag bei Thyssen in Duisburg verbannt waren. Aber der Beschluß, den der Betriebsrat dann nach dem Ende der Versammlung faßte, nämlich, man müsse zunächst das Ergebnis der Gespräche der Konzernspitzen abwarten und deshalb die Produktion wieder aufnehmen, deutete bereits darauf hin, daß solche Argumente doch in den Hinterköpfen herumschwirrten. In den Diskussionen und Gesprächen in der Dortmunder Belegschaft – insbesondere natürlich unter den Aktivisten – wurde in den nächsten Tagen zwar immer wieder darauf verwiesen, egal was komme: die kleine Stahl-lösung oder die große Konzernfusion, das sei ein Unterschied wie zwischen Pest und Cholera. Aber tatsächlich wurde doch auch immer wieder eine ganz andere Grundstimmung deutlich, welcher der unterschiedlichen Interessenlage geschuldet war: Eine auf den Stahl beschränkte Lösung wäre für die Thyssen-Belegschaft zweifellos nicht gar so dramatisch. Der Standort Dort-

**EINE SYMPTOMATISCHE SITUATION FÜR DEN DERZEITIGEN SOZIALEN WIDERSTAND GEGEN DIE HERRSCHENDE POLITIK: IN DORTMUND DEMONSTRIERTEN IM HINTERGRUND 7000 JUGENDLICHE FÜR IHRE »ZUKUNFT«, IM VORDERGRUND STEHEN RUND 1000 BESCHÄFTIGTE DER BAVARIA-BRAUEREI AUS HAMBURG UND DES LEIPZIGER BRAUHAUSES. ZUSAMMEN KÖNNEN SIE NICHT KOMMEN....NOCH NICHT.**

mund hingegen würde langfristig auf der »großen Krupp-Schiene« vielleicht besser fahren als bei der »kleinen Lösung«. Bei letzterer säße halt Thyssen, vor allem mit Blick auf die Standortentscheidung, am längeren Hebel. Bei einer großen Lösung hatte man hingegen noch die Hoffnung, daß es im Gesamtkonzern zu einem mindestens bedingten Ausgleich verschiedenartiger Interessen kommen könnte. Wenn in Dortmund die Flüssigphase dichtgemacht würde, bliebe, hoffte man, auf jeden Fall zumindest erst einmal die Kokerei in Dortmund erhalten. Der neue Konzern würde sich doch sicherlich die 1,5 Mrd. für einen Neubau in Duisburg ersparen. Zudem gab es auch noch die zwar nicht laut geäußerte, aber doch vorhandene Hoffnung, ein Großkonzern Krupp-Thyssen habe eher das Geld, um die Weiterverarbeitung in Dortmund zu stärken. Die nur zu berechtigte Angst war also, daß bei der kleinen Stahlkooperation fast alle Pluspunkte in Duisburg lagen. Natürlich war jedem klar, solche Gedankengänge ähneln nur dem Pfeifen im dunkeln Wald, sie boten aber immerhin ein kleines bißchen Hoffnung, an die man sich klammern konnte. Aus dieser Grundhaltung heraus schaltete in Dortmund die Betriebsratsspitze die Aktionen einen Gang zurück, um nicht ungewollt die Spitze des Thyssen-Konzerns zu unterstützen.

### Montag, 24. März

Praktisch wurde diese Haltung bei der Banken-Demo in Frankfurt. Schon in der Vorwoche hatte es bei Thyssen die Überlegung gegeben, eigentlich müsse man doch jetzt in »Mainhattan« demonstrieren. Am Freitag, dem 21. März, war ein entsprechender Beschluß von 1200 Thyssen-Betriebsräten gefällt worden. Sie hatten dabei zunächst vor allem an eine Demonstration von Aktivisten gedacht. Die dann zum Wochenende verbreitete Vorabmeldung des »Spiegel«, Cromme und Co. hätten den Banken allein für das Übernahmegutachten 200 Mio. Mark gezahlt, heizte bei Thyssen die Stimmung endgültig bis zum Überkochen auf. Von Anfang an hielten sich jedoch Kruppianer und Hoeschianer auffällig zurück. Bei Thyssen hingegen hatte sich die Stimmung durchgesetzt, jetzt müssen wir gegen die Kruppschen Wildwestmethoden zusammenhalten. Als hätte es bei Thyssen nie Entlassungen gegeben, scharten sich alle um »ihren« Konzern. Bezeichnend für die Entwicklung war es, daß Angestellte der Düsseldorfer Thyssen Handels Union, die man sonst in Arbeitskonflikten höchst selten hat sehen können, auf der Bankenseite der Düsseldorfer Kö am Montag gegen das »Peanuts«-Denken der Deutschen Bank säckeweise Erdnüsse ausschütteten. Offensichtlich sahen Teile des Thyssen-Managements die Frankfurter Demo nicht ungerne – wenn auch die Konzernspitze wohl kaum eine Demonstration gegen die Banken anführen konnte.

### Dienstag, 25. März

Am Dienstag wurden dann in Duisburg für 24 Stunden die Anlagen »runtergefahren«. Statt der erwarteten 50.000 Teilnehmer kamen allerdings nur um die 20.000. Zuallermeist von Thyssen. Der Versuch, zumindest einige Busse auch in Dortmund für Frankfurt zu organisieren, war auf den hinhaltenden Widerstand der IGM-Bezirksleitung gestoßen. Die Stimmung unter den Demonstranten war durchmischt. Eine Menge demonstrierte hier in erster Linie nur für »ihren« Konzern. Nicht wenige jedoch sahen ihre Hauptanliegen vor allem darin, gegen die Bankenmacht zu demonstrieren:

*»Manager der Deutschen Bank versteckt Euch schnell im Panzerschrank«. »Aktien kann man nicht essen«. »Die Dealer von der Deutschen Bank machen die Gesellschaft krank«. Solche Losungen waren dafür bestimmend, daß sich eine ganze Reihe von Delegationen aus anderen Wirtschaftsbereichen hier aus Solidarität einfanden. »Euer Kampf ist unser Kampf«, hieß es auf einem Transparent von »VW-Kollegen aus Kassel«.*

In Dortmund waren die Anlagen an diesem Tag ebenfalls heruntergefahren worden. Zunächst nur, weil geplant worden war, daß einzelne Gruppen sich in die Innenstadt bzw. zu anderen Firmen aufmachen sollten, um dort um Solidarität zu werben. Am Montagabend hatte aber die Krupp-Konzernleitung – obwohl die Gespräche mit Thyssen ja noch nicht endgültig abgeschlossen waren – verkündet, der Plan einer großen Konzernfusion sei endgültig vom Tisch. Offensichtlich zielte dieser Vorstoß vor allem darauf, der Frankfurter Demo den Wind aus den Segeln zu nehmen. Weil aber eben klar war, was die kleine Lösung für Dortmund bedeuten würde, wurde damit die Situation in Dortmund sofort wieder verschärft. Was also als eintägige Arbeitsunterbrechung geplant war, wurde nun zu einem unbefristeten Streik. Der Dortmunder Betriebsrat Bernd Schimmeyer sprach von einer »Betriebsbesetzung«: *»So lange, bis wir wissen, was in Dortmund mit uns passiert«.* Der Betriebsratsvorsitzende Jürgen Hafner sekundierte: *»Nicht für eine Stunde und nicht für zwei Tage – wir streiken, bis feststeht, daß keiner, aber auch wirklich keiner, entlassen wird«.* Es werde so lange gestreikt, bis es einen schriftlichen Verzicht der Konzernleitungen auf betriebsbedingte Kündigungen gebe. Ausdrücklich sagte der Gesamtbetriebsratsvorsitzende Werner Nass: *»Wir sind gebrannte Kinder, wir wollen das schriftlich haben«.*

Am späten Dienstagabend, kurz nach halb elf, verkündete der Vorstandsvorsitzende der Krupp-Hoesch-Stahl, Hans-Wilhelm Graßhoff, den 6000 Versammelten, welche seit acht Uhr in der Halle C des »Phoenix«-Werkes auf ihn warteten, die Pläne der neuen Thyssen-Krupp-Stahl: *»Ab Mitte 1998 wird in Dortmund nur noch ein Hochofen gebraucht«. »Ab 2000 soll das Breitbandwalzen im wesentlichen bei Thyssen erfolgen«.* *»Wir ringen darum, daß wir die Warmbreitbandstraße zum Teil erhalten können«.* Den Dortmundern wurde klar, ihr Unternehmen würde zur reinen Filiale des Hauptsitzes am Rhein werden. Zwar versprach Graßhoff auch Ersatzarbeitsplätze.

Aber die typische Reaktion hierauf war: *»Ersatzarbeitsplätze? Da glauben wir nicht dran. Das hat Cromme in Rheinhessen doch auch versprochen. Wo sind die denn da?«.* Ein anderer Kollege erklärte: *»Vor sechs Wochen hat der uns doch noch die Modernisierung versprochen. Und nun?«* Natürlich war die Enttäuschung und Wut riesig. Helme wurden zu Boden gedonnert und der eine oder andere Kollege mußte von den Umstehenden handfest daran gehindert werden, damit er nicht einem der »Aktentaschenträger« an die Wäsche ging.

Immer wieder hieß es: *»Jetzt ab auf die B1«.* Aber schon an diesem Abend wurde deutlich, daß am Ende die Resignation überwiegen würde. Immerhin wurde am Donnerstag dann noch – ähnlich wie sonst zu den Meisterfeiern von Borussia – der Borsigplatz in unmittelbarer Nähe zur Westfalenhütte blockiert. Ziel: Der Vorstand muß eine Erklärung unterschreiben, daß es nicht zu betriebsbedingten Kündigungen kommt.

### Mittwoch, 26. März

Die Äußerungen Graßhoffs führten zur Eskalation an einem Standort, der in diesem Konflikt bisher kaum in Erscheinung getreten war. Graßhoff hatte darauf verwiesen, in Dortmund würde als Ausgleichsinvestition eine weitere, neue, Feuer- verzinkungsanlage gebaut. Darüber wurde am nächsten Morgen auf einer Betriebsversammlung im Siegerländer Kreuztal berichtet. Ein weiteres Gerücht, nämlich, daß Krupp seine gesamte Profilstahlsparte in Siegen und Hagen verkaufen wolle, dementierte ein Sprecher des Vorstandes. Es war aber zumindest völlig klar, daß die den Arbeitern im Siegerländer Werk in Eichen zugesagte Verzinkungsanlage höchstwahrscheinlich nun nicht gebaut werden würde. Der Betriebsratsvorsitzende Wolfgang Otto erklärte: »Für Dortmund bedeutet das hundert Ersatzarbeitsplätze, für uns ist das der Todesstoß«. Die 2500 Beschäftigten in den Krupp-Hoesch-Werken im Siegerland (im eigentlichen Stahlbereich sind es nur noch 1200) traten am Mittwoch in den Ausstand. »Wenn das alles wahr wird, dann ist hier Ende, Schluß, Aus«. Deswegen wurde am Vormittag die B 54 in Eichen blockiert, am Nachmittag – zur Rush-hour – die B508 in Ferndorf dichtgemacht.

### Donnerstag, 27. März

Nachdem endlich an diesem Tage für alle Betriebsteile des neuen Konzerns vertraglich festgehalten worden war, es werde in den nächsten Jahren keine betriebsbedingten Kündigungen geben, wurden Donnerstagnacht die Anlagen in allen Krupp-Hoesch-Betrieben wieder hochgefahren. Mit Beginn der Frühschicht wurde am Karfreitag, einen Tag später als bei Thyssen in Duisburg, die Produktion wieder aufgenommen. Die Thyssen-Betriebsräte hatten zwar ebenfalls auf die schriftliche Bestätigung des Verzichts auf betriebsbedingte Kündigungen bestanden, aber dem Vorstand dafür eine Erklärungsfrist bis zum 7. April eingeräumt. Deswegen war die Arbeit unter Vorbehalt bereits wiederaufgenommen worden – »weil die Kollegen das Geld brauchen«, wurde vom Betriebsrat erklärt.

### Warum kam es nicht zur Konzernverschmelzung?

Das am 26. März unterschriebene Stahl-Fusionsabkommen läßt einen Konzern entstehen, an dem Thyssen 60 Prozent und Krupp 40 Prozent der Anteile halten. Pro Jahr sollen 15

Mio. Tonnen Rohstahl produziert werden, was zur Zeit circa 40 Prozent der deutschen Produktion entspricht. Die seit längerem existierende Gemeinschaftshütte von Mannesmann und Krupp – in Zukunft also Thyssen-Krupp – bringt nur 4,2 Mio. Tonnen auf den Markt. Preussag-Salzgitter kommt auf 4,1 Mio. Tonnen, Arbed Sidmar in Bremen auf 2,9 Mio. Tonnen. Der Umsatz von Thyssen-Krupp wird auf 11 Mrd. DM veranschlagt. Im Bereich des Qualitätsflachstahls kann sich das Unternehmen mengenmäßig des ersten Platzes in Europa rühmen. Cromme erwartet, die neue Gesellschaft könne zudem zum Kostenführer in Europa aufsteigen. Daß es einen eindeutigen Verlierer gibt – nämlich die Arbeiter – ist klar; wer sich aber als der Sieger betrachten kann – Thyssen oder Krupp – darüber läßt sich trefflich streiten. Wir müssen zunächst einmal festhalten: Dem Krupp-Hoesch-Vorstand ist es nicht gelungen, die komplette Fusion der beiden Konzerne zu bewerkstelligen und in der neuen Stahltochter hat Thyssen das Sagen. Daß Cromme und Co. daran auf Dauer viel Freude haben werden, darf bezweifelt werden. Andererseits muß man jedoch sehr deutlich betonen: Obwohl Krupp-Hoesch zwar sein Maximalziel nicht erreicht hat, wurde in einem sonst schwerlich vorstellbaren Tempo die von Thyssen in den letzten Jahren mehrfach abgelehnte Stahlehe mit eben jenem Konzern erreicht. Zudem wird inzwischen mehr und mehr deutlich, daß sich im Laufe des Übernahmepokers für den Cromme-Vorstand und den hinter ihm stehenden Banken gezeigt hatte, daß die ökonomischen und vor allem die politischen Kosten, die eine große Lösung nach sich gezogen hätte, größer hätten ausfallen können, als es die betriebswirtschaftlichen Vorteile gewesen wären. Insofern wäre die kleine Lösung tatsächlich die optimale. Schon vier Tage vor Ablauf der Frist, die für die sogenannten Konsensgespräche veranschlagt worden war, gaben deshalb die Vorstandsvorsitzenden Gerhard Cromme und Dieter H. Vogel in einer gemeinsamen Erklärung am 24. März bekannt, Krupp-Hoesch verzichte auf eine feindliche Übernahme von Thyssen. Das Übernahmeangebot sei »gegenstandslos«. Der vom Krupp-Vorstand mit Unterstützung der Banken ausbaldowerte »Thor-und-Hammer«-Plan war offensichtlich darauf ausgerichtet gewesen, schon vor der öffentlichen Bekanntmachung ihrer Absichten wesentliche ökonomische Fakten gesetzt zu haben. Nicht nur, daß das durch eine Indiskretion





verhindert worden war, diese kam auch noch zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt – unmittelbar nach der vorläufigen Beendigung des Bergbaukonfliktes. Die Dimension des Deals sowie die spezifischen Verhältnisse in einer montanmitbestimmten Industrie führten dann dazu, daß die Hoffnung, die Fusion ließe sich allein unter ökonomischen Gesichtspunkten diskutieren, sofort begraben werden mußte. Cromme und Berthold Beitz, bis heute der eigentliche Chef der Konzern beherrschenden Krupp-Stiftung, hatten noch gehofft, durch ein kurzfristig organisiertes Gespräch, die SPD-Landesregierung zumindest neutralisieren zu können. Aber der war klar, all die bei den allernächsten Wahlen vielleicht entscheidenden Pluspunkte, die ihre Führungsgarnitur gerade bei den Bergleuten gewonnen hatte, wären sofort und nachhaltig verloren gewesen, wenn sie nicht wenigstens versucht hätte, einen Kompromiß auf den Weg zu bringen. Dem stand nicht entgegen, daß auch die Landesregierung die »Notwendigkeit« einer Verschlingung des Stahlbereiches – und damit eines größeren Arbeitsplatzabbaus – von vornherein akzeptierte.

Dafür, wie der Übernahmeversuch letztlich ausging, spielten die gleich noch aufzustellenden ökonomischen Faktoren sicherlich eine Rolle. Aber im Endeffekt ausschlaggebend dürften die politischen gewesen sein. Dieser politische Einfluß kam natürlich bereits im erwähnten Engagement der Landesregierung zum Ausdruck. Dann ist auch darauf zu verweisen, daß die Mitbestimmung zwar selbst in denjenigen Konzernen, die ihre Wurzeln in der Montanindustrie haben, kein wirklich entscheidendes Gewicht mehr hat, aber sie kann immerhin zum Hemmschuh werden. Bei einem risi-

koreichen Geschäft ist das im Zweifelsfall ein entscheidender Punkt. Ein weiteres politisches Moment ist darin zu sehen, daß den Konzernvorständen klar ist, daß sie es in dem Augenblick, wo sie es sich mit den Politikern verscherzten, rein betriebswirtschaftlich unter Umständen schwerer haben würden: Die Konzernvorstände brauchen die politische Rückendeckung aus Düsseldorf und Bonn, weil für den Stahlmarkt Brüsseler Vorgaben eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Nicht zuletzt sind sie gerade in der Umbauphase auf Beihilfen für Sozialpläne sowie zumindest indirekte Subventionen angewiesen. Zu diesen politischen Faktoren muß man vor allem jedoch zählen, daß die öffentliche Diskussion sich allzu deutlich auf die Rolle der Banken konzentrierte, so daß in bestimmten Bankenkreisen anscheinend nur noch im Rückwärtsgang eine Garantie dafür gesehen wurde, diese Diskussion einzugrenzen. Genau deshalb soll sich die Bayrische Hypobank bereits in einer frühen Phase der Gespräche ausdrücklich wieder aus dem Geschäft zurückgezogen haben. Von der Dresdner Bank sei ein deutliches Unbehagen am Ablauf des Deals formuliert worden. Und selbst bei der Deutschen Bank mehrte sich angeblich die Zahl der Bedenkensträger, wobei es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den traditionellen Bänkern und ihren Kollegen im neu-erworbenen Investmenthaus gekommen sein soll. All diese Momente zusammengenommen bedingten es, warum Cromme und Co. letztlich auf den politischen Druck so sensibel reagierten.

#### »Niederlage des Kapitalismus«?

Bestimmte Kreise der deutschen Wirtschaft begreifen diesen politischen Einfluß im Sinne einer Niederlage. Der Chef der Deutschen Bank, Hilmar Kopper, sieht nur einen Schuldigen: »Die Sache ist am Eingriff der Politik gescheitert«. Der eigentliche Sinn seiner Kritik lautet: »Unter dem Druck der Straße kam ein lukratives Geschäft nicht zustande«. Einen Tag, nachdem die Übernahme des Thyssen-Konzerns durch die Erklärung der Konzernvorstände am 24. März endgültig vom Tisch war, erschien die »Financial Times« (25.3.1997) mit einer Kolumne, welche Kopper aus dem Herzen sprechen mußte: »Gestern war ein unglücklicher Tag für den deutschen Kapitalismus«. Was mit »Unglück« gemeint ist, wird in einem der Hauptkommentare der gleichen Ausgabe festge-

halten: »Deutschland ist offenbar nicht zu einem konfrontativen Wandel bereit«. Man kann sich dennoch nicht des Eindrucks erwehren, daß von nicht wenigen Vertretern des hier herrschenden Wirtschaftssystems der Entwicklung durchaus auch positive Aspekte abgewonnen werden. Zwar nimmt die Zahl derjenigen, die eine härtere Linie fordern, offensichtlich zu, aber der Verlauf und das Endergebnis des Krupp-Thyssen-Deals ist nur ein zusätzliches Beispiel dafür, daß es im Augenblick gleichwohl im Lager der Bundesregierung, bei Teilen der Banken und auch in den Vorstandsetagen von Industriebetrieben immer noch genügend Kräfte gibt, welche die spezifische deutsche Sozialpartnerschaft nicht einfach nur als Kostenfaktor sehen, sondern sie als unverzichtbare Basis für ihre Gewinne begreifen. Im erwähnten Leitartikel der »Financial Times« heißt es



deshalb – wenn auch höchst widerwillig – weiter: »*Unter-schätze niemals die Macht der deutschen Konsensfähigkeit*«. Natürlich sind die nachfolgenden Aussagen von Thyssen-Chef Vogel, welche er in einem Gespräch mit der »Zeit« (18.4.97) machte, von den aktuellen Erfahrungen geprägt. Dennoch sind sie in ihrer Tendenz charakteristisch für einen nicht geringen Teil des deutschen Unternehmerlagers: »*Unser System steht vor einer großen Bewährungsprobe. Dabei sind insbesondere die Führungskräfte gefragt. Sie sind nicht selten mutlos, erfüllen ihre Pflicht nicht, liefern keine Orientierung. (...) Ich sehe gelegentlich bei Arbeitnehmervertretungen mehr unternehmerisches Denken als bei Managern. (...) Sie sind es leid, nur Entlassungen und Abfindungen zu verhandeln. Sie (...) fragen: Wie lange müssen wir noch zusehen, daß die anderen besser agieren als wir?*«

Auf den unterschwelligen Vorwurf, der »*eher konsensorientierte rheinische Kapitalismus*« gerade durch diese Haltung der Thyssen-Chefetege nur noch weiter gegenüber »*einem konfliktorientierten angelsächsischen*« Kapitalismus ins Hintertreffen, kontert Vogel: »*Meine Sympathie liegt deutlich bei einem aufgeklärten Kapitalismus, der berücksichtigt, daß wir es bei Unternehmen nicht nur mit Maschinen, Anlagen und Anteilscheinen zu tun haben, sondern auch mit Mitarbeitern. Es sind letztlich die Mitarbeiter, die den Wert eines Unternehmens ausmachen. Konsensorientierung ist für mich kein Schimpfwort (...) Wer versucht, Interessen im Rahmen der Sozialpartnerschaft auszugleichen, verzichtet deshalb ja nicht auf Ergebnisorientierung. Bei Thyssen zum Beispiel wurden die Entscheidungen zur Sicherung unserer Wettbewerbsfähigkeit einvernehmlich getroffen*«.

Der moralische Tonfall solcher Aussagen hat selbstredend nur Tageswert. Falls Vogel sich irgendwann einmal in der Position von Cromme wiederfinden sollte, würde er sicherlich anders reden. Worauf es ankommt, ist, daß er hier tatsächlich eine prinzipielle Interessenorientierung des Kapitalismus in Deutschland ausdrückt. Die mag sich in absehbarer Zukunft auflösen, aber zur Zeit hat sie noch Gültigkeit. Dabei geht es nicht allein um die betriebswirtschaftlichen Ziele im Sinne einer Mitarbeitermotivation, sondern darum, daß die deutsche Art der Sozialpartnerschaft einen sehr wesentlichen Faktor für die politische Stabilität des kapitalistischen Systems darstellt.

Wenn der Bundeskanzler im Zusammenhang mit dem Krupp-Thyssen-Deal die Wirtschaft daran gemahnte, sie solle sich »*ihrer Verantwortung bewußt*« sein, dann bringt er damit ja nur zum Ausdruck, daß angesichts der millionenfachen Arbeitslosigkeit zumindest potentiell leicht aus einem Funken ein Flächenbrand werden könnte. All das zusammengekommen verweist darauf, daß der deutsche Kapitalismus mit seinen spezifischen Traditionen durchaus in der Lage ist, die auch aus seiner Sicht notwendigen tiefgreifenden Veränderungen voran zu bringen. Dabei wird nicht nur die Sozialpartnerschaft über Bord geworfen, sondern diese wird sogar als Faustpfand verwendet, mit der sich wuchern läßt.

Zu Recht wird deshalb im Kommentar der »*Financial Times*« darauf verwiesen: »*Es wäre jedoch falsch, (...) den Schluß zu ziehen, daß Deutschland im Angesicht der Herausforderung der Globalisierung unbeweglich bliebe. In beiden Beispielen, Stahl und Kohle, ist der Wechsel auf dem Weg – unerbittlich, wenn auch langsamer und weniger entschieden, als sich die Reformer das wünschen würden*«.

## Ökonomische Hindernisse?

Den damit angesprochenen Kompromiß zu akzeptieren, war für Cromme und Co. um so leichter, weil bestimmte ökonomische Momente in diese Richtung drängten. Die Verhandlungen zwischen Thyssen und Krupp waren zum einen dadurch geprägt, daß Thyssen gleich zu Beginn signalisierte, der bisherige, lange durchgehaltene, Widerstand gegen eine Stahlkooperation mit Krupp werde sofort aufgegeben. Zum anderen aber auch dadurch, daß Thyssen darauf hinzielte, die Übernahmekosten in die Höhe zu treiben. Die Verschuldung des neuen Großkonzerns wäre somit höher ausgefallen, als Krupp offiziell ursprünglich erwartet hatte. Da wurde zunächst einmal von Thyssen nachdrücklich in Frage gestellt, ob ein unter Zeitdruck getätigter Verkauf lukrativer Thyssen-Sparten (zum Beispiel den immer wieder genannten E-Plus-Bereich) tatsächlich die Ergebnisse zeitigen würde, welche von Krupp-Hoesch veranschlagt worden waren. In dem Augenblick, wo durch einen entsprechenden Verkauf aber kein Ausgleich erzielt werden konnte, wäre die Zinsbelastung in kritische Höhen gestiegen. Es wurde deutlich, daß die fälligen jährlichen Zinszahlungen mehr verschlingen würden als zum Beispiel die Vorjahresgewinne beider Konzerne zusammen.

Als nächstes Gegenargument brachte die Thyssen-Seite vor, die Thyssen-Aktie sei real mehr wert als die 435 DM, die Krupp den Aktionären anbot. Von einem »inneren Wert« in Höhe von 500 DM war die Rede. Hiermit erreichte es der Thyssen-Vorstand, daß er auf eine Sperrminorität in Höhe von gut einem Viertel der Aktien verweisen konnte, deren Besitzer auf keinen Fall bereit wären, ein »niedrigeres« Krupp-Angebot anzunehmen.

Als dritten Pluspunkt konnte Thyssen ins Feld führen, daß kurz zuvor von der Thyssen-Hauptversammlung eine Kapitalerhöhung von 500 Mio. DM genehmigt worden sei, die nur noch vom Aufsichtsrat abgezeichnet werden mußte. Dies hätte den Übernahmepreis um zweieinhalb bis viereinhalb Mrd. DM hochgetrieben. So plausibel solche ökonomischen Einwände auf den ersten Blick gleichwohl erscheinen mögen, ist es dennoch sehr schwer abzuschätzen, was an ihnen real dran ist. Denn eigentlich sollte man ja erwarten, daß den Krupp-Strategen – um nur dieses eine Beispiel aufzugreifen – lange vorher bekannt war, daß Thyssen eine Kapitalerhöhung plante, die man also auch hätte einkalkulieren müssen. Tatsächlich kann man deshalb vermuten (was durch neuere Berichte auch bestätigt wird), all die konkreten »Verteuerungen«, die nach den Verhandlungen aufgelistet wurden, sollen eigentlich nur das zentrale ökonomische Problem bemängeln: Nämlich, daß Krupp ähnlich wie damals bei Hoesch einen klammheimlichen Aufkauf durchexerzieren wollte, und weil das nicht möglich war, stiegen dann plötzlich die Kosten. Nur allein deswegen ist es auch nicht ganz von der Hand zu weisen, wenn der Vorstandsvorsitzende von Thyssen, Dieter Vogel, selbst als die kleine Stahllösung vertraglich bereits abgehakt war, auf einer Pressekonferenz am Donnerstag, dem 27. März, seine Kritik am Cromme-Konzept betonte: »*Hätte Krupp den gesamten Thyssen-Konzern übernommen, wäre ein Unternehmen entstanden, das von seiner Schuldenlast erdrückt und deshalb nicht lebensfähig gewesen wäre*«. Krupp sei ein Konkurrent »*mit Sanierungsbedarf*«, der mittels der feindlichen Übernahme versucht habe, »*sich auf Kosten eines gesunden Konzerns zu sanieren*«. Auf's Ganze gesehen dürfte (nach all dem oben

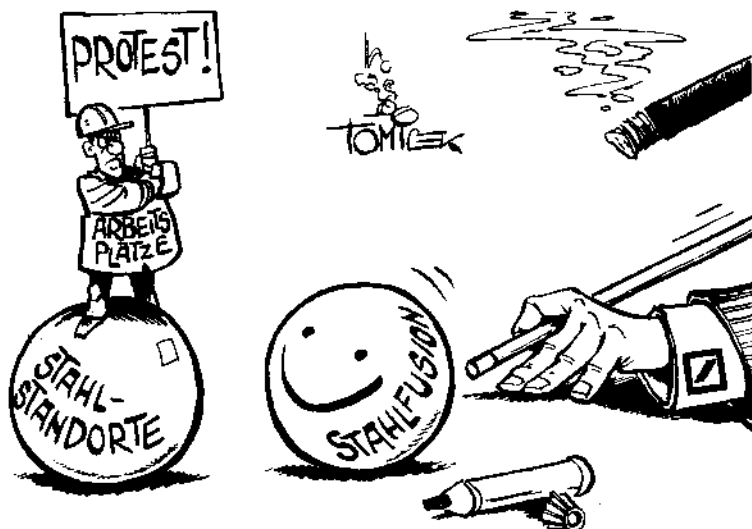
ausgeführten) jedoch eher Cromme Recht gehabt haben, wenn er auf einer Pressekonferenz am Freitag, dem 28. März konterte: »Ein internationales Bankenkonsortium gibt keinen Kredit von 15 Milliarden Mark, ohne von dem Erfolg des Konzepts überzeugt zu sein«. Er machte geltend, daß in Großbritannien und den USA nicht wenige Beobachter es dem Investitionsstandort Deutschland negativ ankreideten, daß ein solcher Deal nicht möglich gewesen wäre. Auch weiterhin war für ihn nicht sein ursprünglicher Plan problematisch, sondern daß er durch eine »Indiskretion« vorzeitig bekannt geworden sei. Er ließ keinen Zweifel daran: »Wir werden auch in Zukunft nicht davor zurückschrecken, den von uns beschrittenen Weg in andern Fällen noch mal zu gehen, wenn wir – wie jetzt auch – von der Richtigkeit überzeugt sind«. Nach Angaben von Cromme werde auf jeden Fall zwischen Krupp und Thyssen über die zusätzliche Zusammenarbeit auf anderen Arbeitsfeldern als dem Stahl weiterhin verhandelt werden. Obwohl sich die große Lösung nicht habe durchsetzen lassen, beurteilte Krupp das eigene Vorgehen insgesamt gesehen dennoch als positiv: Ohne einen aggressiveren Kurs wäre Thyssen überhaupt nicht bereit gewesen, selbst über ein kleine Lösung zu reden. Und auch jetzt würde man immerhin drei Viertel der Synergieeffekte erzielen, die man vorher angepeilt hatte – ohne größere zusätzliche Kredite aufnehmen zu müssen. Mancherorts wird spekuliert, eigentlich habe der Cromme-Vorstand allein dieses Ergebnis von vornherein anvisiert gehabt. Er habe fast alle Vorteile, wohingegen Thyssen jetzt die Schmutzarbeit machen müsse. Ganz von der Hand zu weisen ist das natürlich nicht, aber gegen eine solche Vorstellung spricht doch zuviel: Der Aufwand, der betrieben wurde. Das Porzellan, das zerschlagen wurde. Das Akzeptieren-Müssen zumindest im Stahlbereich der Abhängigkeit von Cromme und Co. gegenüber dem Thyssen-Vorstand um Vogel.

Ganz umsonst bekommt Krupp die kleine Stahllösung nicht. Der zukünftige Vorstandsvorsitzende des neuen Konzerns (und bisherige Thyssen-Stahl-Chef), Ekkehard Schulz, wies darauf hin, daß Krupp immerhin ganz allein die eigentlichen Fusionskosten aufbringen müsse: Für Abschreibungen und Sozialplankosten müßten die Essener mindestens 800 Mio., wenn nicht sogar 1,3 Mrd. DM, in den nächsten Jahren zahlen. Diese Beträge relativieren sich aus Krupp-

scher Sicht allerdings: Sie würden von Krupp nur ein, zwei Jahre vorfinanziert. Allein der Thyssen-Bereich dürfte garantieren können, daß die neue Gesamtgesellschaft bereits in den nächsten Jahren Gewinne erzielt. Bereits 1997 sollen die Synergieeffekte 150 Mio. DM ausmachen, 1998 dann 270 Mio. DM, im Jahre 2000 350 Mio. DM, 2001 480 Mio. DM und ab 2002 sollen die Einsparungen jährlich ein Plus in Höhe von 550 Mio. DM ausmachen. Zwar müsse in den Jahren 1998 bis 2001 Krupp an Thyssen jährlich vorab 300 Mio. DM zahlen. Der Thyssen vorbehaltene Sockelbetrag erkläre sich jedoch allein daraus, daß Thyssen in der allernächsten Zukunft nicht schlechter gestellt werden dürfe, als wenn der Konzern alleine weitergemacht hätte. Macht der neue Konzern Gewinn, dann wird dieser Betrag damit verrechnet. Übersteigt der Gewinn tatsächlich sogar diese Summe, werden alle weiteren Überschüsse in den nächsten Jahren überdies zur Hälfte geteilt. Falls keinerlei bzw. nur geringer Gewinn erzielt wird, dann allerdings zahlt Krupp drauf. Ab 2002 werden hernach die Gewinne entsprechend der Gesellschafteranteile 60 zu 40 geteilt.

### Arbeitsplatzabbau

Von den 23.581 Arbeitsplätzen, die es zur Zeit in den Stahlsparten der beiden Konzerne gibt, sollen in den nächsten Jahren 6.611 vernichtet werden. Zunächst war sogar die Zahl 7900 genannt worden. Die damit zusätzlich erfaßten 1359 Arbeitsplätze gehören zum Thyssen-Langstahlbereich. Weil der zum Verkauf an die Georgsmarienhütte ansteht, wären sie bei den zukünftigen konzerninternen Veränderungen nicht mehr einzurechnen. Endgültig unter Dach und Fach ist dieses Geschäft allerdings bis heute nicht. Im neuen Thyssen-Krupp-Stahlkonzern werden also auf jeden Fall noch einmal 2.000 Arbeitsplätze zusätzlich zu denjenigen 4.600 abgebaut, welche die beiden Konzerne sowieso bereits schon vor dem Fusionspoker auf die Abschlußliste gesetzt hatten: damals 2.200 in Dortmund und 1.400 in Duisburg. Im Siegerland sollen von den 1.226 Stahlarbeitsplätzen, die zur Zeit dort noch vorhanden sind, 306 abgebaut werden sowie eine noch unbestimmte Zahl in der Verwaltung. Nach dem Optimierungskonzept waren 249 vorgesehen gewesen. In Bochum werden von den zur Zeit 2950 Arbeitsplätzen (statt der rund 500 bereits im Optimierungskonzept vorgesehenen) nun 828 Stellen gestrichen. Bei Thyssen in Duisburg wird in der Produktion keine Stelle gestrichen – richtiger: keine mehr, als die bisherigen Planungen sowieso bereits vorsahen. Es ist sogar die Rede davon, daß der zusätzliche Hochofen und die Gießanlage zu einer neuerlichen Erhöhung der Produktionsarbeitsplätze um 300 führen werden. Die Verwaltung und zentrale Dienste hingegen werden um weitere 500 Arbeitsplätze verkleinert. Die Hauptlast wird auf jeden Fall Dortmund tragen. Als geradezu charakteristisch darf es wohl angesehen werden, daß es in den ersten Verlautbarungen am Mittwoch, den 26. März, noch geheißen hatte, in Dortmund würden circa 3600 Arbeitsplätze abgebaut, daß aber am nächsten Tag, als die konzernweite Gesamtzahl herabgesetzt wurde, die für Dortmund sogar auf über 4000 erhöht wurde. Von den dort 5635 Beschäftigten werden bestenfalls 1458 übrigbleiben. Nach dem Optimierungskonzept wären es noch 3650 gewesen, das heißt, es werden jetzt fast anderthalbmal so viele wegfallen. Da kann es dann auch kaum noch trösten, daß allerdings 200 Arbeitsplätze im stahlnahen Bereich hinzukämen, falls die Feuerverzinkung und eine



Platinenfertigung in Dortmund gebaut würden. Immerhin wurde den Beschäftigten der Thyssen-Krupp-Stahl schriftlich zugesichert, bis zum Ende des Jahres 2001 werde es keine »betriebsbedingten Kündigungen« geben.

Diese Zusage gilt selbstredend nur unter dem grundlegenden Vorbehalt, daß die betroffenen Kollegen die ihnen von der Unternehmensleitung als »zumutbare« Alternative ausgewiesenen Arbeitsplätze akzeptieren. Die Dortmunder Stahlarbeiter müssen zum Beispiel bereit sein, nach Duisburg zu fahren. Von einem Ende des Ruhrgebiets ans andere Ende. Fahrzeit mit der S-Bahn für eine Strecke: gut andert-halb Stunden. Und auch wenn das offiziell zur Zeit noch heftigst dementiert wird, tatsächlich dürften auch Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich nicht auszuschließen sein.

In den Verlautbarungen des Konzerns, der Landesregierung sowie des Gesamtbetriebsrates wurde betont, in den nächsten Jahren würden in Dortmund außerhalb des Stahlbereiches 1300 neue Arbeitsplätze geschaffen: 500 von Krupp und 800 von Thyssen. Als Krupp und Thyssen gut vier Wochen nach Beendigung des Konfliktes erstmals entwickelten, was das konkret heißt, wurde sofort deutlich, wie dubios solche Zusagen sind. Zu den von Krupp versprochenen 500 Arbeitsplätzen gehören zum Beispiel 55, für die zur Zeit Fremdfirmen zuständig sind, das heißt, es würde nur jemand anderes arbeitslos werden. Bei 165 weiteren Arbeitsplätzen handelt es sich entweder nur um kurzzeitige Arbeitsplätze, zum Beispiel für den Abriß bzw. fürs Aufräumen, oder Krupp konnte überhaupt nicht belegen, daß der Konzern hier neue Arbeitsplätze schaffen würde. Denn der Konzernsprecher erklärte lediglich, man bemühe sich darum, andere Firmen reinzuholen.

Aber mal angenommen, das klappt, dann ergeben diese 1300 plus die 200 stahlnahen Arbeitsplätze immer noch erst 1500 – was bisher auf jeden Fall eine Deckungslücke von 600 Arbeitsplätzen gegenüber dem Optimierungskonzept ausmacht, für die bisher nicht mal auf dem Papier abzusehen ist, ob sie tatsächlich sozialverträglich abgebaut werden könnten.

Aber für die Betriebsratsführung ist natürlich ganz klar: Bis zum festgesetzten Termin im März 1998 wird sich das schon irgendwie regeln lassen. Wieder einmal hat sich gezeigt, führende Gewerkschafter und die Betriebsratsspitzen klammern sich nur an ein Ziel: Betriebsbedingte Kündigungen müssen vermieden werden. Natürlich ist es nicht schlecht, wenn man zumindest dieses Ziel erreicht, aber auf Dauer ist es verheerend, wenn jenseits davon jede Sauerei akzeptiert wird.

Wie die Ersatzarbeitsplätze aussehen: Völlig egal! Daß sich für diejenigen, die bereits auf der Straße liegen, die Chancen auf Änderung ihrer Situation noch weiter verringern, wenn die Gewerkschaft den Abbau weiterer Arbeitsplätze akzeptiert: Völlig egal! Als wie trügerisch sich alle diesbezüglichen Hoffnungen in der Praxis erweisen könnten, hat sich in Dortmund bereits gezeigt. Denn entgegen den Erwartungen, die man dort gehegt hatte, erklärte nämlich der zukünftige Vorstandsvorsitzende der Thyssen-Krupp-Stahl, Ekkehard Schulz, am Mittwoch, dem 26. März, zur Zeit könne er »keine endgültige Aussage« über die zukünftige Kokereikonzeption machen. Auf Dauer sei ein Neubau im Thyssen-Werkschafen in Duisburg-Schwelgern – auch wenn das 1,5 Mrd. DM koste – »unverzichtbar«.



An den langwierigen Genehmigungsverfahren will man schon einmal auf jeden Fall festhalten. Außer den 550 Koke-rei-Arbeitsplätzen fielen damit (zumindest im östlichen Ruhrgebiet) noch einmal die 3500 Stellen auf denjenigen Schachanlagen weg, welche die Kohle zuliefern. Zunächst ist man natürlich an die geschlossenen Verträge gebunden. Aber spätestens im Jahre 2002 – wenn die Flüssigphase in Dortmund entfallen sein wird – haben sich die Vertragsvor-aussetzungen geändert. Zudem wird sich bereits jetzt der Preisdruck auf die RUHRKOHLE erhöhen.

Auch eine andere Hoffnung könnte sich als trügerisch erweisen. NRW-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement hatte die Bundesregierung aufgefordert, umgehend – und sei es in einer speziellen Ausnahmeregelung – die vor zwei Jahren ausgelaufene Vorruhestandsregelung für den Montanbereich wieder einzuführen. Hiernach war es möglich, die Stahl-arbeiter ab dem 50. Lebensjahr in den Vorruhestand zu schicken. Bei jedweder Frühverrentungskomponente muß man sich allerdings auch darüber im klaren sein, daß es bei Thyssen keinen Stahlarbeiter mehr gibt, der älter als 53 ist und bei Krupp keinen, welcher mehr als 52 Jahre auf dem Buckel hat. Eine Lösung des Problems wäre das also nicht.

Unabhängig davon ist es sehr fraglich, ob die Kohl-Regie-rung tatsächlich bereit ist, noch einmal eine besondere Aus-nahme für eine spezielle Vorruhestandsregelung im Stahl zu genehmigen. 1996 hatte Blüm noch gegen heftigen Wider-stand in den eigenen Reihen eine Sonderregelung durchge-drückt. Weil er wohl zu Recht annimmt, daß ihm das nicht noch einmal glücken würde, hat er dieses Mal bereits abge-wunken. Die Wahrscheinlichkeit also, daß die Zahl der Dort-munder Arbeitslosen (zur Zeit 51.861) und die derjenigen in Duisburg (38.268) weiter steigen wird, ist groß.

Wenn wir uns zudem vor Augen halten, daß aus Sicht der Konzerne in Europa noch Stahlüberkapazitäten von 20 Mio. Jahrestonnen bestehen, wenn man sich zudem vergegenwärtigt, daß weltweit die zehn wichtigsten Unternehmen der Plastikherstellung oder die entsprechenden zehn Alumi-niumhütten jeweils mehr als 50 Prozent des Marktes ihr eigen nennen können, die wichtigsten 20 Stahlunternehmen auf gerade 35 Prozent kommen (die Unternehmensstruktur also noch sehr zersplittert ist), dann dürfen wir erwarten, daß der Konkurrenzkampf in aller Schärfe unverändert weitergeht. Rationalisierung und Abbau von Arbeitsplätzen werden also eher zu-, denn abnehmen.

Die jetzt noch weiter zusammengeschmolzenen Beleg-schaften von Krupp und Thyssen werden es beim nächsten Mal noch schwieriger haben, sich zu verteidigen, wenn nicht endlich viel mehr Arbeiter aktiv werden. Die Tatsache, daß es auch dieses Mal den Konzernen wieder gelungen ist, ihre »Teile-und-Herrsche«-Taktik durchzusetzen, daß die Stan-dortborniertheit wieder einmal eine allzu große Rolle gespielt hat, ist allerdings nun wahrlich kein Grund für allzu großen Optimismus.

27. 5. 1997 ■

## Die Situation von Krupp-Hoesch und Thyssen

**Am Freitag, dem 28. März, fuhren die Bergleute nach einer Woche Arbeitskampf erstmals wieder in Tiefe. Am Montag-nachmittag sickerte die Nachricht durch: »Krupp kauft Thyssen«. Jedem war klar, was das bedeutet: der neuerliche Verlust von mehreren tausend Arbeitsplätzen in der anderen Traditionsbranche des Ruhrgebietes. Der Schock saß: Die einen schaffen es gerade noch (mit einem in der bundesdeutschen Geschichte kaum dagewesenen harten Einsatz), nicht ins Bergfreie zu fallen, da trifft es die anderen mit voller Wucht.**

Insbesondere den Kollegen bei Krupp-Hoesch in Dortmund stockte zunächst der Atem. Hatten sie doch erst weniger als sechs Wochen zuvor mit dem Konzernvorstand ein »Optimierungskonzept« abgeschlossen, welches zwar auch den Wegfall von immerhin 2200 Arbeitsplätzen vorsah, aber auf jeden Fall den Erhalt des Standortes zu sichern schien. Und nun das. Weil die Konzernleitung immer darauf verwiesen hatte, eigentlich sei der Duisburger Thyssen-Stahlstandort der bessere Standort und nur, wenn die Dortmunder Belegschaft zu großen Zugeständnissen bereit sei, könne der Standort gehalten werden, war jedem klar, daß genau der nun auf der Abschußliste stehen würde. Und weil zudem Cromme und Co. nun offensichtlich die Möglichkeit sahen, nicht nur die vom Krupp-Hoesch-Vorstand mehrfach geforderte Fusion mit der Thyssen-Stahlsparte zu verwirklichen, sondern gleich beide Konzerne vollständig verschmelzen wollten, war klar, daß sowohl bei Thyssen wie auch im Krupp-Mutterkonzern in vielen Bereichen ebenfalls eine große Zahl weiterer Arbeitsplätze wegfallen würden. Grund dafür würden die vom Krupp-Vorstand beschworenen Synergieeffekte sein. Damit ist gemeint, es können Arbeitsaufgaben abgebaut werden, welche in zwei getrennten Konzernen notwendigerweise zweimal vorhanden sein müssen, aber in einem verschmolzenen Konzern nur noch einmal gebraucht werden. Daß so etwas aus Konzernsicht Sinn machen würde, ist keine Frage: Zum einen bedeutet das einen Konkurrenten weniger, einer weniger, der die eigenen Gewinne schmälert. Zum anderen muß die infolge des Zusammengehens beider Betriebe angeheizte Rationalisierung zur Steigerung der Produktivität führen und damit zusätzlich die Gewinnsituation des neuen Konzerns verbessern. Aber die Art und Weise des Vorgehens wirft doch Fragen auf. Denn das Vorgehen von Cromme und Co. entspricht offensichtlich nicht gerade dem üblichen. Wenn so einfach ein gerade verkündetes Optimierungskonzept über den Haufen geworfen wird, was auf jeden Fall zu Unruhe führen muß; wenn der Übernahmedeal so gedeichselt wird, daß von »Wildwestmanieren« und »feindlicher Übernahme« die Rede ist: Dann müssen wir davon ausgehen, daß aus Sicht des Krupp-Hoesch-Vorstandes die Lage so dringlich und prekär war, daß dieser eine schlechte Presse einfach in Kauf nehmen mußte. Es stellt sich also die Frage, gibt es im Stahlsektor Entwicklungen, die dieses Vorgehen notwendig machten?

### Die Stahlbilanzen von Krupp-Hoesch und Thyssen

Von den beiden Konzernen ist Krupp-Hoesch trotz der Absetzbewegung vom Stahl, die seit einigen Jahren von allen

früheren, reinen Montankonzernen angestrebt wird, zur Zeit derjenige, der noch weitaus abhängiger von dieser Sparte ist. Die Bilanzen der beiden Konzerne zeigen, daß Verluste und Gewinne der Mutterkonzerne sich ziemlich parallel zu denjenigen der Stahltöchter entwickeln – die »Stahlprobleme« schlagen also immer noch mehr oder weniger nahtlos auf die Konzernbilanz durch.

In letzter Zeit hatte sich der Konkurrenzkampf zwischen den beiden deutlich verschärft. Übereinstimmend hatten beide Konzerne in der letzten Zeit den Druck auf ihre jeweiligen Belegschaften, rentabler zu arbeiten, erhöht: Thyssen hatte seinen Geschäftsbereichen eine Mindestrendite von jetzt 12,5 Prozent vorgegeben, ansonsten werde über einen Verkauf oder eine Stilllegung nachgedacht. Krupp-Hoesch erhöhte für seine Unternehmen die Maßlatte auf 20 Prozent. Daß es noch schwieriger werden würde, falls Thyssen in seinen Rationalisierungsbemühungen entschiedener nachzog, war jedem in der Führung von Krupp-Hoesch völlig klar. Trotz vieler Verbesserungen im Stahlbereich bei Krupp-Hoesch lagen immer noch prinzipielle Pluspunkte bei Thyssen. Perspektivisch konnten die sogar dazu führen, daß Krupp-Hoesch eventuell ganz auf der Strecke bleiben würde. Der Duisburger Thyssen-Standort hat deutliche Vorteile gegenüber dem Dortmunder Krupp-Hoesch-Standort:

1. Eindeutiger Schwerpunkt auf Flachstahl, einem marktgängigerem Produkt als die Profilstähle, welche in Dortmund mit circa 50 Prozent des Umsatzes noch ein zu großes Gewicht haben.
2. Die Produktionstechnologie ist moderner.
3. Billigere Frachtraten durch die Rheinanbindung.

### Rolle der Banken

Den aggressiven Kurs konnte Krupp-Hoesch aber nur verfolgen, weil die Deutsche Bank und die Dresdner Bank mit ihren in London ansässigen Investmenttöchtern Morgan Greenfell und Kleinwort Benson sowie die US-Investmentbank Goldman-Sachs »grünes Licht« gegeben und einen großzügig bemessenen Kreditrahmen – von Cromme im nachhinein mit 15 Mrd. DM beziffert – zur Verfügung gestellt hatten. Weil die Kruppschen Übernahmepläne eine ganz andere Dimension hatten als diejenigen damals 1991 bei Hoesch, gab es auf den ersten Blick Grund zu vermuten, diese »feindliche Übernahme« sei Ausdruck einer neueren Entwicklung in der deutschen Wirtschaft. Hier schien sich eine Entwicklung anzubahnen, wie sie speziell in den achtziger Jahren in den USA gang und gäbe war: Ein Unternehmen wird (gegen den Widerstand des Managements des betroffenen Unternehmens) aufgekauft. Der Kaufpreis wird dadurch aufgebracht, daß das Unternehmen, welches gekauft wird, in sein Einzelteile zerlegt, filetiert, wird und die lukrativen Unternehmensbereiche verkauft werden. Der Rest wird liquidiert. Das Ganze ist also vorwiegend auf einen finanziellen Gewinn ausgerichtet, nicht darauf, die Produktionsstruktur zu verändern.

Das Novum dieser Entwicklung wurde betont, weil das Krupp-Thyssen-Geschäft dadurch seine ganz besondere Nuance erhielt, daß zum ersten Mal ganz offensichtlich mehrere der Großbanken aktiv von vornherein diesen Vorgang unterstützten. Noch 1978 hatte der damalige Chef der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, gegenüber seinem Aufsichtsrat darauf verwiesen, ihre Bank werde sich auch in Zukunft keinesfalls an »feindlichen Übernahmen« betei-

gen. Und nun wurde sogar binnen Wochenfrist bekannt, daß die Deutsche Bank daran festhielt, zeitgleich einen weiteren, ähnlichen, Deal zu begleiten. Pikanterweise stand auch dieses Mal ein Essener Konzern im Mittelpunkt: Mit Hilfe der Deutschen Bank beabsichtigte die Essener Hochtief eine Art »feindliche Übernahme« der in Frankfurt ansässigen Philipp Holzmann AG, der »Nummer Eins« in der deutschen Bauindustrie. Ein früherer Versuch war bereits am Einspruch des Bundeskartellamts gescheitert. Deswegen sollte jetzt nicht gleich der ganze Laden übernommen werden, sondern nur die knapp 50 Prozent Aktienanteile der Deutschen Bank (einschließlich der Depotstimmen) und die von Hochtief gepoolt werden. Am entscheidenden Einfluß hätte das im Ergebnis nichts geändert. Auch dieses Projekt zerschlug sich wegen des Widerstandes des Kartellamtes. Immerhin sah es Ende März so aus, als ob es gleich zwei prinzipiell ähnliche gelagerte Versuche innerhalb einer kurzen Zeitspanne gegeben hätte: Es schien also wirklich ein ganz neues Niveau erreicht. Denn das widerspricht tatsächlich der spezifischen Tradition der Generalbanken, wie sie sich insbesondere in Deutschland seit dem letzten Jahrhundert entwickelt hatte.

Generalbanken werden sie genannt, weil sie anders als die in den angelsächsischen Ländern sowohl das alltägliche Geschäft mit dem privaten Kunden wie auch das Großgeschäft von Unternehmensinvestitionen unter einem Dach vereinigen.

Ursache für diese Tradition ist die Kapitalarmut deutscher Unternehmen im letzten Jahrhundert. Der deutsche Kapitalismus konnte sich nicht auf der Grundlage eines mächtigen Handelsbürgertums entwickeln. Zwar hatte es ehemals im »Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation« äußerst reiche Kaufleute wie die Fugger oder diejenigen der Hanse gegeben, aber im Laufe der weiteren Geschichte waren davon nur vergleichsweise schwache Überreste übriggeblieben: Der »Dreißigjährige Krieg« hatte das Land auf Jahrhunderte verwüstet. Zudem hatte die grundlegende Verlagerung des Handelsgeschehens von dem viele europäische Regionen umspannenden Markt »Ostsee/Mittelmeer/Kleinasien« hin zum atlantisch geprägten Weltmarkt die »deutschen« Händler in eine Randlage gedrängt. Und das war dann auch einer der wichtigsten Gründe, warum »Deutschland« sich nicht einen großen ausbeutbaren Kolonialbesitz aneignen konnte. Demgemäß bekamen die Banken eine ganz besondere Bedeutung: Sie mußten bereit sein, die Kärnerarbeit zu übernehmen, viele vergleichsweise kleine Geldbeträge einzusammeln, und ihnen mußte ein besonderer Einfluß in der Industrie selber zugestanden werden, damit sie Investitionen in kapitalarme Unternehmen riskierten, deren Profitrücklauf ebendeshalb zwangsläufig auf lange Zeiträume hin ausgelegt war.

Das ist die Grundlage dafür, daß sich das spezifische System der »Deutschland AG« herausbildete, wo Bankenvertreter in den Aufsichtsräten vieler konkurrierender Unternehmen sitzen und dadurch zumindest ein Stück weit dafür Sorge trugen, daß sich widerstreitende Interessen ausgleichen. Diese moderierende Funktion, sowie der Umstand, daß sie vergleichsweise stärker auf dem Geld von nicht ganz so wohlhabenden Kunden aufbauten, hat ihnen ein Renommee verschafft, welches fast nur zu vergleichen ist mit den Ansprüchen, die viele an den Staat haben: »Irgendwie« sollen sie über den widerstreitenden Interessen von Individuen stehen.

Tatsächlich jedoch sind Banken nichts anderes als kapitalistische Unternehmen, bloß in einer speziellen Branche. Wie alle die anderen auch haben sie letztlich nur ein Interesse, ihren Profit zu maximieren. Dabei ist allerdings festzuhalten, daß sie diesem Geschäft heute etwas anders nachgehen als in ihren Anfängen. In dem Maße, wie sich ihr Geschäft in den letzten Jahrzehnten nachhaltig über die nationalen Grenzen hinaus erhebt, verändert sich ein Stück weit ihr Verhalten. In der Größenordnung, die bei bestimmten Investitionen üblich geworden ist, können die entsprechenden Finanzen nur aufgebracht werden, wenn die Finanzplätze New York und London zum ganz normalen Alltag gehören.

Deswegen kauften die deutschen Großbanken erst vor wenigen Jahren in großem Stil Investmentbanken insbesondere in Großbritannien auf. Derart wurde ihnen jedoch Blut zugeführt, welches durch ganz andersartige kapitalistische Erbanlagen geprägt ist: Der britische Kolonialismus ermöglichte es, daß riesige Reichtümer in England zusammenkamen. Die großdimensionierten Wirtschaftsräume des Empire, aber auch des Halbkontinents Nordamerika ermöglichten Geschäfte in einer ganz anderen Größenordnung wie seinerzeit in der deutschen Kleinstaaterei. Im Fall der USA kam hinzu, daß von vornherein einige Europäer einwanderten, die bereits kleine Vermögen mitbrachten, welche sie durch ein neues Glück im »Wilden Westen« noch einmal vergrößern wollten.

All das hatte zur Folge, daß in Großbritannien und den USA die Geschichte des Kapitalismus unter anderem dadurch charakterisiert ist, daß es erstens von vornherein viele einzelne Geldgeber gab, die auf ein immenses Vermögen zurückgreifen konnten. Das heißt, die Bedeutung des Einzelkapitalisten ist viel größer als die des Bankiers. Und zweitens hatten viele Geschäfte bereits im Ansatz eine Dimension, die es als normal erscheinen ließen, daß die Profite, welche 'reinkamen, von vornherein viel größer waren und schneller erfolgten.

Beides zusammen hat zum Ergebnis, daß es deutschen kapitalistischen Traditionen entspricht, bei der Profitproduktion von vornherein in langfristigeren Zeiträumen zu denken, während es der angelsächsischen Tradition entspricht, auf den kurzzeitigeren Profit zu setzen. Weil es jedoch deutscherseits ohne diejenigen Finanzspritzen nicht mehr geht, die sich eben nicht anders wie auf diesen internationalen Märkten auftreiben lassen, verändert dieses nun das Verhalten der deutschen Unternehmen: der Banken wie der Industrieunternehmen.

Hilmar Kopper erklärte dieser Tage auf der Bilanzpressekonferenz der Deutschen Bank, daß sein Institut sich in anderen Ländern natürlich bereits an zahlreichen feindlichen Übernahmen beteiligt habe. In Frankreich habe man der Supermarktkette Auchan Beistand geleistet, als diese für sechs Mrd. DM die konkurrierende Handelsgruppe Docks de France feindlich übernahm. Charakteristisch ist der folgende Satz: »In Großbritannien haben wir eine ganze Reihe von unfreundlichen Dingen gemacht«. Wegen der Bedeutung dieser veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die mehr und mehr Wichtigkeit für den deutschen Markt erlangen, nicht jedoch wegen des speziellen Ablaufs des Krupp-Thyssen-Deals müssen wir diesen tatsächlich als Ausdruck einer neueren Entwicklung werten.

## Freiwillige oder unfreiwillige »Übernahme« – ist das für den Beschäftigten von Bedeutung?

Dieses festzuhalten, heißt nicht, daß wir ohne weiteres Argumente, wie sie von der IG-Metall-Spitze sowie führenden Betriebsräten, insbesondere des Thyssen-Konzerns, hinsichtlich der Rolle der Banken vorgebracht worden sind, ohne Einschränkung akzeptieren könnten.

Zunächst sollte man sich fragen, ob auch wir Kommunisten den Aspekt, daß die Übernahme unfreiwillig geschehen sollte, so sehr betonen sollten. Praktisch identifiziert man sich nur mit einer Managerfraktion. Ansonsten sollte man sehr viel vorsichtiger mit der Prognose umgehen, hier würde eine völlige neue Stufe des Kapitalismus erreicht. Allein die Tatsache, daß es am Ende nicht zur Großfusion gekommen ist, zeigt, daß die Bäume nicht plötzlich in den Himmel wachsen.

Eine seit gut über einem Jahrhundert gewachsene Tradition, die alles in allem durchaus erfolgreich war, nur heute modifiziert werden muß, geht nicht allein durch ein Geschäft in die Brüche. Zweifellos haben zwar die Banken in Deutschland einen sehr großen Einfluß. Der Deutschen Bank gehören zum Beispiel 45 Prozent von Klöckner-Humboldt-Deutz, 24,4 Prozent von Daimler-Benz, zehn Prozent der Allianz, zehn Prozent der Münchener Rückversicherung sowie 30 Prozent von Gerling. An dreihundert Unternehmen hält sie direkte Anteile. Wenn man diejenigen dazurechnet, an denen wiederum zum Beispiel die Allianz bzw. die anderen Versicherungen oder Daimler-Benz Anteile halten, vervielfältigt sich die Zahl. Die zwölf Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank sitzen in mehr als 70 Aufsichtsräten. Ihr Einfluß wird verstärkt, weil sie außer ihre eigenen Anteile die Depotstimmrechte vieler Kleinaktionäre verwaltet.

Zwischen den drei Großbanken und den wichtigsten hundertdreißig deutschen Konzernen gibt es mehr als zweieinhalbtausend personelle Verflechtungen. Dennoch sollte man sich davor hüten, die Bankenmacht so sehr überzubetonen, daß nachgerade der »normale« Kapitalismus fast als Idylle erscheinen muß. Manchmal konnte man in diesen Tagen bald den Eindruck gewinnen, eine Unterscheidung der Nazis, nämlich die zwischen »schaffendem und raffendem« Kapital, entspräche genau dem, was manche Betriebsräte von den Banken hielten. Dabei muß man im Augen behalten, daß die Interessen von Banken und von Industrieunternehmen sich prinzipiell unterscheiden können.

Bekanntlich ist es die wesentliche Funktion von Banken, Kredite zu organisieren. Aus Sicht des industriellen Kapitalisten haben Kredite immer einen Doppelcharakter: Ohne sie lassen sich bestimmte Geschäfte überhaupt nicht machen, andererseits schmälern die Zinsen immer den eigenen Profit. Jedwede Zinszahlung muß ja letzten Endes durch den erwirtschafteten Mehrwert abgedeckt sein.

Daraus wiederum ergeben sich mehrere Schlußfolgerungen. Zunächst einmal muß man sich grundsätzlich darüber klar sein, daß Zinsen, Kredite oder sonstige Finanzgeschäfte letztlich keinen Ausweg aus den realen Schwierigkeiten der Mehrwertproduktion sein können. Die immense Ausdehnung der Finanzgeschäfte insbesondere in den letzten anderthalb Jahrzehnten verführt zwar manche bürgerliche Beobachter und nicht wenige Linke dazu, zu glauben, hier hätten die Kapitalisten endlich einen Fluchtweg aus den industriellen Zwängen gefunden. Aber, wer das glaubt, der irrt. Aufgeblähte Aktienkurse, Spekulation mit Finanz-

derivaten etc., all das ist eine schlichte Wette auf die Zukunft: nämlich, daß sich irgendwann die reale Mehrwertproduktion so ausdehnen ließe, daß die Nummern auf diesen Papieren sich tatsächlich konkret einlösen ließen. Man muß nur nach Japan schauen, wo vor nicht allzu langer Zeit die Aktienkurse sowie insbesondere die Immobilienpreise innerhalb aller kürzester Zeit um circa 60 Prozent absackten, um diesen Irrglauben wieder ins rechte Licht zu rücken. Die hier angesprochene Ausdehnung verweist jedoch auf die wichtigste positive Funktion, welche Kreditinstrumente aus Sicht des industriellen Kapitalisten haben:

Geschäfte ab einer bestimmten Größenordnung sind ohne Kredite nicht denkbar. Erst die Aufnahme von Krediten erlaubt es, daß bestehende Geschäfte ausgebaut bzw. völlig neu aufgenommen werden. Weil erst auf diesem Wege die Möglichkeit gegeben ist, zusätzliche Arbeiter einzustellen, wird hierdurch die Ausweitung der Mehrwertproduktion möglich. Zudem lassen sich alle finanziellen Probleme im Geschäftsverlauf, seien es die alltäglichen kleinen im Betrieb, seien es die großen, alle Wirtschaftsbereiche umfassenden Krisen selbstredend leichter bewältigen, wenn man nur kreditwürdig genug ist. Aber der positiven Funktion, welche der Kredit für den industriellen Kapitalisten hat, steht eben die wesentliche negative Begleiterscheinung entgegen: So sehr die Industrieunternehmen die Banken für das alltägliche Geschäft brauchen, so sehr hassen sie sie dafür, daß sie ihnen einen Teil ihres Profits abknapsen. Diese unterschiedlichen Interessen führen in der Regel zu Konflikten, welche an und für sich bereits die jeweilige Macht von Banken und Industrieunternehmen einschränken.

In der Praxis hat sich jedoch inzwischen zusätzlich eine Lage entwickelt, welche solche Konflikte noch ein Stück weit darüber hinaus eingrenzt: Gerade weil viele Unternehmen sich im großen Maße zeitgleich im Finanzgeschäft engagieren und gerade weil im deutschen Generalbankensystem beide Interessen in einem Haus vereinigt sind, führt das dazu, daß solche unterschiedlichen Interessen jeweils etwas verhaltener durchgesetzt werden müssen: Während der Investmentbanker einen aggressiven Kurs gegen ein konkurrierendes Industrieunternehmen befürwortet, rät die Kreditabteilung vielleicht zur Vorsicht, weil sie an genau dieses Unternehmen Geld verliehen hat.

schließlich wird die Bankenmacht beschränkt, weil sie zwar an vielen, aber jedoch höchst unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen Anteile halten und also unter Umständen auch an Unternehmen, die ansonsten Konkurrenten sind. Diese Interessen lassen sich also nicht so einfach bündeln, wie das auf dem Papier aussieht. Insbesondere diese allerletzten Punkte scheinen es im Fall von Krupp-Thyssen am Ende bewirkt zu haben, daß die deutschen Banker sich im konkreten Fall dann doch vorsichtiger verhalten mußten, als ihnen das ihre angelsächsischen Kollegen angeraten hatten. Von Anbeginn an war schon nicht zu erkennen, daß die Banken insgesamt ein einzigartiges, alles überspannendes strategisches Interesse an einer Konzentration im Stahlmarkt haben sollten. Wäre dem so, hätte sich die Commerzbank anders verhalten müssen. Sie, eine der traditionellen Hausbanken von Thyssen, soll angeblich zunächst bereit gewesen sein, mit den anderen Banken zusammenzuarbeiten, unterstützte dann aber doch Thyssen.

Alle bekanntgewordenen Pläne deuten darauf hin, daß tatsächlich zunächst die spezifische Stahlsituation von

Krupp-Hoesch der Dreh- und Angelpunkt aller Überlegungen war. Der Vergleich mit der US-typischen »feindlichen Übernahme« hinkt. Es wären zwar große Firmenteile hernach verkauft worden, aber die Basis des ganzen Vorganges war die Idee, die ökonomische Situation der Stahlbereiche zu verbessern. Man kann also schlicht davon ausgehen, für die Dresdner und die Deutsche Bank war es nichts anderes als ein lukratives Geschäft. Insbesondere von der Deutschen Bank dürfte es in dem Bewußtsein angegangen worden sein, Verluste in Milliardenhöhe wie bei der Schneiderpleite oder dem Mercedes-Umbau ließen sich im Falle von Krupp-Hoesch am besten vermeiden, indem ein Stahlkonzern gebildet würde, der auf jeden Fall (aus kapitalistischer Sicht) bessere Erfolgsaussichten haben würde. Darüber hinaus hatten die beteiligten Banken allerdings ein besonderes strategi-

sches Interesse insofern, als die erfolgreiche Durchführung eines solchen Deal eine weitere Angleichung der deutschen an die internationalen Gepflogenheiten zum Ergebnis gehabt hätte. Festzuhalten bleibt, das Vorgehen der Banken entsprach alles in allem normalem kapitalistischem Verhalten, es war nicht in besonderem Maße verwerflich, ist natürlich nur die eine Seite, wenn man die Bankenrolle betrachtet. Wenn insbesondere die Kollegen von Thyssen deren Vorgehen als unmoralisch empfinden, dann verweist das tatsächlich auf einen wichtigen Punkt: Daß es den Unternehmen nur um Profit geht und um nichts anderes, das wird natürlich bei einem Deal, der in dieser Weise über die Bühne geht, besonders deutlich. Besser als vieles Diskutieren und Herumargumentieren hat es deutlich gemacht, daß wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben. 27.5.1997 ■

## Zur Politökonomie des Stahlsektors

Viele Gewerkschafter – auch solche, die sich ausdrücklich als »Linke« oder sogar als Kommunisten verstehen – sehen im Kurs der Stahlvorstände eine Bestätigung ihrer bisherigen Haltung: »Das sind doch alles Niete in Nadelstreifen«. »Wenn die von Verlusten reden, dann ist das alles Lug und Betrug«. »In Wirklichkeit haben sie doch ihre Gewinne nur kaschiert«. »Den konkurrierenden Kasino-Kapitalisten geht es nur darum, uns abzuzocken«. Weil diese Kritik in der alltäglichen Betriebsratsarbeit so schön praktisch ist und immer mit viel Engagement und Lautstärke vorgetragen wird, erweckt sie zunächst einen sehr radikalen Eindruck, erklärt aber nichts und ist tatsächlich nur reformistisch. Denn wäre sie richtig, wäre nicht das kapitalistische Wirtschaftssystem verantwortlich für die Probleme der Beschäftigten, sondern nur einzelne Manager bzw. einzelne Konzerne. Eine Analyse, die den Anspruch hat, eine marxistische zu sein, muß hingegen zeigen, daß die Basis der Entscheidungen der Konzernvorstände Notwendigkeiten des kapitalistischen Systems sind. Das heißt, wenn sie uns angreifen, dann ist das keine Willkür, sondern sie werden von den Zwängen ihrer Ökonomie dazu getrieben. Das bedeutet dann auch, die Auswirkungen ihres Handelns lassen sich nicht durch den Austausch einzelner Banker oder Industrieller neutralisieren. Und schon gar nicht durch von Gewerkschaften bzw. Betriebsräten vorgetragene »vernünftige« alternative Memoranden. Sondern nur, indem die Wurzeln dieser Ökonomie zerstört werden.

### Politökonomie

Die Lage im Stahlsektor wird seit langem von vier Faktoren bestimmt: Zweien, die etwas mit dem Werkstoff Stahl zu tun haben, mit anderen Worten stahlspezifisch sind, und zweien, die für alle kapitalistischen Konzerne gelten: Erstens ist verstärkt seit den sechziger Jahren eine Entwicklung zu beobachten, daß Stahl zum einen durch andersartige Werkstoffe ersetzt wird, und zum anderen, daß er dort, wo er angewendet wird, in relativ kleineren Mengen angewandt wird. Beides führt dazu, daß die Steigerungsraten für die Stahlnachfrage zumindest beim Kern der Industriestaaten nachlassen. Zweitens ist Stahl für die Industrialisierung eines Landes immer noch ein unabdingbares »Muß«. Zudem ist die Stahltechnologie zwar komplizierter als zum Beispiel die Textiltechnik, aber nicht so kompliziert wie etwa all das, was mit Elektronik zu tun hat. Beides zusammengenommen führt

dazu, daß in den vielen Ländern der Dritten Welt, die in den letzten Jahren Industrialisierungssprünge vollzogen haben, in großem Stil eigene Stahlwerke hochgezogen wurden. Deren Ausstoß vermindert nicht nur die Nachfrage bei den Stahlunternehmen in den führenden OECD-Ländern, sondern wird auch auf Dauer zur Konkurrenz auf deren eigenen Heimatmärkten.

Außer diesen stahlspezifischen Faktoren gibt es zwei andere, politökonomische, die für das Handeln der Konzerne von entscheidender Bedeutung sind.

Es gilt also drittens sich daran zu erinnern, daß kapitalistische Konzerne dadurch angetrieben werden, daß sie das eingesetzte Kapital besonders gut verwerten. Damit ist bekanntlich nicht gemeint, es reiche an und für sich, einen hohen Gewinn zu machen. Für das dauerhafte Überleben in der Konkurrenz kommt es darauf an, daß sich das Kapital optimal verwertet. Ansonsten wird der Konzern auf Dauer von jenem geschluckt, der schneller wächst. Wie unsere Vorväter bereits feststellten, ist also das vornehmliche und entscheidende Kriterium für die Konzerne die Steigerung der Profitrate, nicht diejenige der Profitmasse. Bekanntlich sind Profite gesamtgesellschaftlich identisch mit dem Mehrwert. Ein größeres Maß an Mehrwert kann ein Unternehmen herauspressen, indem es mehr Arbeiter einsetzt oder sie härter arbeiten läßt. Beides hat in der Praxis zum Ergebnis, daß in größerem Maße als bisher zusätzliche Maschinen/Technologie eingesetzt werden. Das schmälert dann wieder (prinzipiell) den Mehrwert pro Stück. Um das zu neutralisieren, muß wieder die Produktion ausgedehnt werden. Und so weiter, und so weiter. Weil also die Profitrate tendenziell sinkt, ist es für das Überleben in der Konkurrenz überlebensnotwendig, dauernd die Produktion zu rationalisieren und zu effektivieren. Genau dieser dauernde Kampf zur Steigerung der Profitrate führt viertens dazu, daß zyklische Krisen zum Alltag des Kapitalismus gehören. Zu diesen kommt es nicht, weil zuviel produziert worden wäre (also nicht wegen einer vermeintlichen 'Überproduktionskrise'), sondern weil die Grenzen der jeweils gegebenen Mehrwertausspressung die Akkumulationsgeschwindigkeit begrenzen. Mit anderen Worten: nicht weil das Unternehmen zu wenig verkauft, bekommt es Probleme, sondern weil der Konkurrent seine Arbeiter 'besser' ausbeuten kann und dadurch billiger verkaufen kann, so daß die Mitwettbewerber nur durch Einbrüche in ihrer Profitmarge mithalten können und gegebenenfalls letztlich



pleite gehen. Weil jeder Konkurrent sich rasend um die Verbesserung der eigenen Situation bemüht, kommt es in immer wiederkehrenden Abständen dazu, daß es einem Teil der Konzerne nicht mehr möglich ist, den gerade von den anderen Konzernen erzielten Vorsprung wieder auszugleichen. Unweigerlich kommt der Punkt, wo er den von der Konkurrenz vorgegebenen nächsten Schritt nicht nachvollziehen kann: Entweder weil es ihm nicht möglich ist, den Mehrwert des Konzerns durch die Einstellung weiterer, entsprechend qualifizierter, Arbeiter zu vergrößern. Oder weil die eigenen Arbeiter sich nicht noch mehr Mehrwert abpressen lassen. Die weitere Stärkung der eigenen Kapitalposition, die Akkumulation von Kapital, stößt unweigerlich an einen Punkt, wo die problemlose Fortsetzung genau dieses Prozesses behindert wird durch die Grenze, die in dem Augenblick durch die gesellschaftliche Ausbeutungsrate vorgegeben wird. In Relation zu dieser ist zuviel Kapital akkumuliert worden.

Es tritt eine Krise, eine »Überakkumulationskrise«, ein: Das Problem löst sich nur, indem es zyklisch zu Einschnitten kommt, wo Kapital real vernichtet werden muß und damit kapitalistische Konkurrenten vom Markt verschwinden (also weniger Nachfrager nach Mehrwertproduzenten auftreten) beziehungsweise wo es hernach eben wegen der Krisenaus-

wirkungen möglich ist, die Beschäftigten besser auszubeuten (Arbeitslosigkeit läßt sie vergleichsweise niedrigere Löhne akzeptieren).

### Wirtschaftliche Situation

Diese vier Faktoren haben ein unterschiedliches Gewicht. Die Zahlen für die deutsche Stahlproduktion seit Ende der sechziger Jahre zeigen: Es gibt zwar überdurchschnittliche Jahre (1975: circa 53 Mio. Tonnen) und auffallend unterdurchschnittliche Jahre (1983: circa 35 Mio. Tonnen), aber in der meisten Zeit bewegen sich die Jahrestonnagen um die 40 Mio. Tonnen. Das heißt, die stahlspezifischen Faktoren haben nur einen indirekten Einfluß: Sie bewirken, daß die Stahlnachfrage nicht wesentlich größer wird, aber sie sind nicht so durchschlagend, daß in Deutschland die Stahlproduktion entschieden verringert werden müßte. Auch wenn sich rein tonnenmäßig nur wenig geändert hat, qualitativ änderte sich sehr viel: Statt Massen- werden inzwischen vornehmlich Qualitätsstähle produziert. Die eigentlichen Probleme des Stahlsektors resultieren also offensichtlich aus der kapitalistischen Produktionsweise, das heißt, die beiden oben zuletzt aufgelisteten Faktoren sind die eigentlichen Auslöser für die Krisenerscheinungen. 27.5.1997 ■

## KORRESPONDENZEN

■ AKTIONSWOCHE DER IG BAU IN BERLIN

# »Kohl muß weg«

Der Potsdamer Platz, Prestigeobjekt des Berliner Senats und Symbol für die Hauptstadtplanung, wurde in der zweiten Märzwoche zum Ort des Protestes der IG Bau. An der größten Baustelle Eu-ropas – wo sonst in einer eigens eingerichteten In-fobox Touristen die architektonische Zukunft der City bestaunen und das riesige Bau-Areal überblicken können – machten die Bauarbeiter auf die Bedingungen aufmerksam, unter denen die Gebäude für Daimler und Sony, für Regierung und Parlament hochgezogen werden. Politische Brisanz erhielten die Demonstrationen der IG Bau durch die gleichzeitig stattgefundenen Proteste der Bergbau-Kumpel in Bonn und im Ruhrgebiet, durch für die Kollegen und ihre Gewerkschaft neue Aktionsformen und durch die Sympathie in großen Teilen der Bevölkerung.

### Deregulierung in der Bauindustrie

Die Zeiten, in denen die Bauindustrie ihren Beschäftigten einen relativ sicheren Arbeitsplatz und hohe Löhne bot, sind



lange vorbei. Heute ist die Arbeitslosigkeit in dieser Branche die höchste in der BRD; über 400.000 Bauarbeiter sind arbeitslos, in Berlin/Brandenburg über 43.000. Die noch Beschäftigten haben in den letzten Jahren einen drastischen Abbau ihrer Reallöhne hinnehmen müssen; sie werden oft ebenso schnell gefeuert wie geheuert. Die sozialpartnerschaftlichen Sicherungssysteme sind ausgehöhlt, werden nicht mehr eingehalten oder sind der Deregulierung zum Opfer gefallen, wie das Schlechtwettergeld, das von der Bundesregierung abgeschafft wurde. Das Entsendegesetz ermög-

licht den legalen Einsatz von Arbeitskräften aus dem Ausland zu Mindestlöhnen, die weit unter dem tariflich vereinbarten Facharbeiterlohn liegen, und oft werden diese Kollegen noch darunter bezahlt. Bei den illegal Beschäftigten, vielfach von Schlepperbanden eingeschleust, gibt es eine Grenze nach unten praktisch nicht. So wurden zum Beispiel bei einer Razzia auf Berliner Baustellen Afghanen festgenommen, die für 99 Pfennige in der Stunde schufteten mußten.

Die Struktur der Bauindustrie und der harte Konkurrenzkampf beschleunigen den Abwärtstrend und lassen eine Gegenwehr nur schwer zu. Die Branche ist geprägt von Mittel-, Klein- und Kleinstbetrieben. Oft arbeiten zum Beispiel die zehn Beschäftigten einer Firma auf drei verschiedenen Baustellen. Selbst ein Branchenriese wie Hochtief (35.000 Beschäftigte, 10,5 Mrd. Umsatz) hielt bei den Rohbauarbeiten im Bauhauptgewerbe 1994 nur einen Marktanteil von 1,7 Prozent. Der Konkurrenzkampf unter den Betrieben ist enorm, die Zahl der Pleiten und Firmenzusammenbrüche nimmt zu. Dementsprechend groß ist der Druck auf die Beschäftigten.

So chaotisch wie in der Branche geht es auf den einzelnen Baustellen zu. Ein verzweigtes Netz von Sub- und Sub-Sub-Unternehmen – die Firmensitze oft im Ausland – sind an einem Projekt beteiligt. Auf einer Baustelle erhalten die Kol-

legen nicht nur abweichende Löhne und soziale Leistungen, sondern unterliegen den verschiedensten »ausländerrechtlichen« Bestimmungen. Die Baustellen am Potsdamer Platz und im zukünftigen Regierungsviertel sind da keine Ausnahme.

### Gegen Dumpinglöhne, illegale Beschäftigung und die Abschaffung des Schlechtwettergeldes

Von Montag bis Freitag (10. bis 14. März) hatte die IG Bau am Potsdamer Platz eine Mahnwache organisiert. Sie wurde zum Ausgangspunkt der Demonstrationen, an denen sich täglich zwischen sechs- und achttausend KollegInnen beteiligten, die aus verschiedenen Bundesländern angereist waren. Die Abschlusdemonstration und Kundgebung am Freitag zählte 15.000 TeilnehmerInnen.

Mit Transparenten und Sprechchören brachten die Bauarbeiter zum Ausdruck, was ihnen unter den Nägeln brennt, u.a.: »Billiglohn macht arbeitslos«, »Für Einhaltung der Tarifverträge«, »Für sichere Arbeitsplätze«. Ziel der Aktionswoche war es, nicht nur – wie in der Vergangenheit üblich – an die Verantwortlichen zu appellieren. Es sollte Druck ausgeübt werden auf Baunternehmer und Bundesregierung.

Am 11.3. fanden nämlich in Berlin die Verhandlungen über einen Beschäftigungssicherungspakt für die neuen Bundesländer statt. Die IG Bau hatte den Unternehmern angeboten, daß vom Ruin bedrohte Firmen vorübergehend vom Tarifvertrag abweichen dürfen, allerdings unter Mitwirkung der Tarifparteien. Die Bauunternehmer forderten eine generelle Öffnungsklausel. Alle Betriebe sollten die Tarifverträge bis zu zweistelligen Prozentzahlen unterschreiten dürfen. »Das wäre das Ende des Flächentarifvertrags«, erklärte der Landesvorsitzende der IG Bau



## Ausländische Bauleute fühlen sich betrogen

Die Stimmung auf den Berliner Baustellen wird immer gereizter. Nach den einheimischen Bauleuten protestieren nun auch zunehmend Arbeiter aus anderen Ländern mit zum Teil spektakulären Aktionen wie Kranbesetzungen gegen niedrige oder gar nicht gezahlte Löhne. Die Fachgemeinschaft Bau beklagte deshalb jetzt »chaotische Zustände«. Hier braue sich »sozialer Sprengstoff großen Ausmaßes« zusammen. Viele ausländische Arbeiter sprechen unterdessen von Einschüchterung, Erpressung und Betrug. Einige von ihnen sind trotz drohender Arbeitslosigkeit nicht mehr bereit stillzuhalten. So haben am Wochenende vierzehn Polen die Arbeit auf dem Debis-Gelände am Potsdamer Platz niedergelegt und wollen ihren Arbeitgeber verklagen: Sie fordern allein für die vergangenen acht Monate eine Nachzahlung von fast einer viertel Million Mark, um die sie sich betrogen fühlen. ...

Zum Beispiel Tadeusz. Für seine 1954 Arbeitsstunden seit vergangenem Juli hat er 12.912 Mark erhalten. Nach dem ortsüblichen Nettotariflohn von 12,68 Mark pro Stunde, den polnische Werkvertragsarbeiter laut deutsch-polnischen Vereinbarungen erhalten müßten, wäre es fast das Doppelte: 24.776,72 Mark. ... Der Chef von »Format«, Mikulecki, der wegen dieser »Rebellion« der 14 (von 140) Arbeitern seiner Firma eigens aus Portugal nach Berlin kam, räumte »kleine

Abweichungen durch technische Pannen« ein. ... Im übrigen kämen die Differenzen in der Stundenlohn-Abrechnung vielleicht dadurch zustande, daß die Arbeiter zum Zigarettenholen oder aufs Klo gegangen seien.

Solche Ausreden sprächen den wahren Verhältnissen auf der Baustelle geradezu Hohn, sagt Tadeusz. »Wir arbeiten bis zu 16 Stunden am Tag, im Sommer bis 22 oder 23 Uhr. Danach war ich erst gegen 24 Uhr in der Unterkunft in der Rheinstraße. Um vier Uhr bin ich wieder aufgestanden, weil ich ab 6 Uhr 30 auf der Baustelle sein muß. Die Leute brechen bei der Arbeit fast zusammen. Kranke arbeiten weiter aus Angst, entlassen zu werden.«

Im Sommer sei der 42jährige Marian Pietrzak aus Zoppot in der Rheinstraße gestorben: »Er arbeitete bis zu 16 Stunden am Tag. Er war beim Arzt, blieb danach mit einer Lungenentzündung allein ohne Betreuung in der Unterkunft. Als die anderen von der Arbeit kamen, lag er tot in der Küche«.

Die Arbeiter von »Format« haben nie eine Lohnabrechnung bekommen, aber sie mußten Listen unterschreiben mit dem Zusatz, daß sie »keine Einwände gegen den erhaltenen Lohn« haben und keine Forderungen an die Firmen stellen werden. »Die Erpressung geht so weit, daß Leuten, die frisch auf die Baustelle kommen, eine Blankokündigung unter die Nase gehalten wird«, sagt einer der Polen und meint: »Für diesen Lohn können wir auch in Warschau arbeiten – bis 17 Uhr«.  
(Tagesspiegel, 23.3.1997) ■

Berlin-Brandenburg. Die Verhandlungen wurden abgebrochen. Ebenfalls verschoben wurden die Verhandlungen für das Bauhauptgewerbe zur Sicherung der Lohnfortzahlung und des 13. Monatsgehaltes sowie zu einer Ersatzregelung für das Schlechtwettergeld, die einen Tag später in Frankfurt/Main stattgefunden hatten.

An die Bundesregierung richtete sich die Forderung nach Rücknahme der Streichung des Schlechtwettergeldes. Eine entsprechende Initiative hat die SPD im Bundesrat eingebracht.

### »Wir haben die Schnauze voll«

Das Motto des Leit-Transparents spiegelte die Stimmung der Betroffenen wider, die zu Aktionsformen griffen, an die noch vor kurzem niemand gedacht hatte. Schon beim Anmarsch der in Bussen angereisten KollegInnen zur Mahnwache kam es zu kurzfristigen Blockaden von Baustellenzufahrten. Die



Demonstrationsrouten waren so gewählt, daß sie jeweils an verschiedenen Großprojekten der City und des Regierungsviertels vorbeiführten. So brach an den Vormittagen nicht nur der Verkehr in der Innenstadt zusammen, auch der reibungslose Ar-

beitsablauf auf den Baustellen war gestört. Am Dienstag führte die Demonstration zum Estrel Residence Congress Hotel, dem Tagungsort der Tarifverhandlungen. Als Kollegen in das Gebäude vordringen wollten, kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.

»Was die in Gorleben gemacht haben, das können wir auch«. Am Mittwochmorgen blockierte ein brennender Strohhallen die Straße in der Nähe der Mahnwache. Auf der Abschlußdemonstration am Freitag entlud sich die angestaute Wut. »Rund 400 Arbeiter haben den Bauzaun vor dem Reichstag eingedrückt und drangen durch das Westportal in den ersten Stock vor. Sie demolierten Container, zerschnitten Wasserschläuche, Telefon- und Elektrokabel. Einige Bauzeichnungen wurden verbrannt«, so Claudia Lemhoefer von der Bundesbaugesellschaft. »Das Schadensausmaß ist noch nicht abzusehen.« »Gewalt muß sein, sonst reagiert ja keiner mehr, so kriegen wenigstens alle mit, welche Schweinereien auf dem Bau laufen. Das hat nichts mit Gewaltbereitschaft zu tun, sondern mit Existenzbedrohung und dem Kampf ums Überleben«, rechtfertigte sich ein Berliner Arbeiter. Immer wieder feuerten seine Kollegen sich mit Rufen: »Wir wollen Arbeit« und »Wir werden kämpfen« an. (Berliner Morgenpost, 15.3.1997)

Bei der Berliner Bevölkerung stießen die Aktionen überwiegend auf Sympathie. Selbst AutofahrerInnen, die in Staus geraten waren, nahmen es gelassen und äußerten Verständnis.

Die Politiker konnten die Aktionen der Bauleute und deren Stimmung nicht ignorieren. »Ich kann schon verstehen, daß in einer solchen Situation die Emotionen hochkochen«, erklärte Gerhard Schröder, der auf der Abschlußkundgebung sprach. Bereits in den Tagen zuvor hatten SPD-Lokalgrößen der Mahnwache ihren Besuch abgestattet und

der sozialdemokratische Bundesgeschäftsführer Müntefering die Solidarität seiner Partei betont. Der Regierende Bürgermeister Diepgen (CDU) sah sich genötigt, eine Abordnung der Bauarbeiter zu empfangen. Ihnen versprach er bei der Auftragsvergabe des Senats, Baufirmen auszuschließen, die sich illegaler Beschäftigter bedienen. All diese Beteuerungen werden an den Verhältnissen am Bau nichts ändern; sie dienen in erster Linie der Beruhigung der aufgeheizten Stimmung und dem kommenden Bundestagswahlkampf.

Die Berliner Polizei – ihre Einheiten sind in der gesamten Republik als besonders brutal verschrien – hielt sich auffallend zurück. Wie in Nordrhein-Westfalen hatte sie anscheinend Order, alles zu unterlassen, was die Stimmung weiter politisiert und radikalisiert hätte.

### Bergleute solidarisch

»3. Aktionstag: 8000 (Bau-)Kumpel auf der Straße, (Bergbau-)Kumpel kamen von Bonn nach Berlin ... Die Kollegen waren aus Rheinland-Pfalz, Saarland, Thüringen und Nordrhein-Westfalen angereist. Im Troß der Westfalen: Ein Bus voller Kumpel von der Ruhr. Die Bergarbeiter aus Hamm waren tags zuvor noch in Bonn. Sie wurden von den 8000 begeistert empfangen. ... Stechender Qualmgeruch zog den Bauarbeitern in die Nase, als sie sich gegen sechs Uhr der Mahnwache am Potsdamer Platz näherten. Grund: Zwischen vier und fünf hatte sich außer Wut und Protest auch ein Strohhallen entzündet. ... Auch wir im Bergbau haben die Schnauze gestrichen voll.« Dirk Kersten vom Betriebsrat der Zeche Heinrich Robert in Hamm hatte hautnah miterlebt, wie in Bonn Kumpel aus Frust über Kohls schnöde Gesprächsabsage die Bannmeile gestürmt hatten. »Bei uns fängt die Ruhr langsam zu brennen an«, deutete er Folgen davon an, daß der Bundeskanzler Öl ins Feuer gekippt hat. Kohl muß weg – eine Forderung, die gestern immer lauter wurde.« (aus: Aktions-Express der IG Bau)

Wozu der DGB und die gewerkschaftlichen Apparate nicht in der Lage und willens waren, den gemeinsamen Kampf der Betroffenen zum Ausdruck zu bringen, das fand in dieser Märzwoche spontan von unten statt. »Der Besuch der Kumpel hat nicht nur die Stimmung gehoben, er hat zu einer Politisierung unserer Aktionen geführt«, kommentierte ein Kollege, der die Mahnwache mit organisiert hatte. Denn auch am Sonnabend reisten spontan zur Unterstützung noch zwei weitere Busse aus dem Revier von der Zeche Hugo aus Gelsenkirchen und Blumenthal aus Recklinghausen an. Bei dieser Aktion gab es die vereinbarte Absprache zwischen den Bergleuten und dem Aktionskomitee der Bauarbeiter, wenn in Bonn keine Einigung für die Bergleute erzielt werden sollte, wollten auch die Baukollegen ihrerseits zur Unterstützung der Bergleute mit nach Bonn kommen.

Linke Gruppen und Organisationen, aber auch GewerkschafterInnen in Berlin waren eher zurückhaltend und ließen sich bei der Mahnwache und den Demonstrationen kaum blicken. Bei vielen von ihnen gilt die IG Bau mit großen Teilen ihrer Mitgliedschaft als ausländischerfeindlich und rassistisch. Der Charakter der Demonstrationen und Aktionen rechtfertigte diese Haltung nicht. Immer wieder betonten die Redner unter Beifall der demonstrierenden Bauarbeiter, daß es nicht gegen die ausländischen Kollegen ginge, sondern gegen die Unternehmen, die sie wie Sklaven halten und gegen die Einheimischen ausspielen würden.



In der Vergangenheit hat es von Seiten der IG Bau Äußerungen und Flugblätter gegeben, in denen gegen die ausländischen Kollegen Stellung bezogen wurde. Durch die Forderung nach deren Abschiebung und der Abschottung gegenüber der billigen Konkurrenz meinte man die Probleme der deutschen Kollegen lösen zu können. Und sicher gab es auch unter den Demonstranten eine Reihe von Kollegen, die das ähnlich sahen. Aber sollte die IG Bau deshalb auf Aktionen verzichten? Im Gegenteil: Beim Eintreten für die eigenen Interessen, im gemeinsamen Handeln werden der Gegner und nicht nur irgendwelche »Sündenböcke« sichtbar. Das ist eine Voraussetzung, unter denen die politischen Fragen offener ausgetragen werden können. Nur dadurch kann sich auch die Denkweise der Kollegen verändern. Passivität erzeugt Hilflosigkeit, und wer sich hilflos fühlt, der sucht eher nach dem »einfachen Ausweg«, den rechte und rassistische Demagogen weisen wollen. Kritische und linke Mitglieder der IG Bau haben versucht, die Erfahrungen der Aktionswoche zu nutzen, um in Diskussionen bei den eigenen Kollegen vorhandene ausländischerfeindliche Stimmungen und Haltungen aufzubrechen. Sie sind ihnen entgegengetreten, wenn sie öffentlich geäußert wurden.

Deutlicher als in allen anderen Industriezweigen wurde in der Baubranche, daß die Gewerkschaften mit den Mitteln der Tarifpolitik allein den bisherigen Lebensstandard nicht verteidigen können. Die abhängig Beschäftigten müssen, wollen sie dem Abwärtstrend etwas entgegensetzen, in die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung eingreifen. Die Kumpel haben in Bonn – gegen den Willen ihrer Führung – einen Anfang gemacht; ebenso die Bauarbeiter in Berlin. Während der Aktionswoche konnten viele arbeitslose Kollegen miteinbezogen werden, die in den Gewerkschaften einflußlos sind und vereinzelt abseits stehen. Aber auch die Schwäche der IG Bau wurde sichtbar. Bis auf eine Ausnahme gelang es nicht, die auf den Baustellen Beschäftigten zu praktischer Solidarität zu bewegen. Für die fortschrittlichen Kräfte in der IG Bau stellt sich die Aufgabe, an alle Kollegen – gleich welche Nationalität und welchen Status sie haben – heranzukommen. Sie müssen sich auch zum Fürsprecher der ausländischen Kollegen machen, wenn diese sich gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen, Hungerlöhne und Betrug zur Wehr setzen. Als reine deutsche Facharbeitergewerkschaft wird die IG Bau in Zukunft weiter an Einfluß verlieren. 9.4.1997 ■

## Vier Wochen Streik bei der »Magdeburger Volksstimme«

Einen in der Geschichte der bundesdeutschen Druckindustrie einmaligen Arbeitskampf führte im Februar/März die Belegschaft des Druckzentrums in Barleben bei Magdeburg. 56 KollegInnen streikten 31 Tage lang zur Durchsetzung tarifvertraglicher Arbeitsbedingungen. Nachdem die größten westdeutschen Verlage die lukrativen Zeitungen und Zeitschriften in den neuen Bundesländern aufgekauft hatten, gelang es ihnen während der letzten Jahre in zahl-

reichen Druckereien, die bestehenden Tarifregelungen zu untergraben oder außer Kraft zu setzen. Die Angst um den Arbeitsplatz – vor dem Hintergrund des industriellen Kahlchlags – machte die Belegschaften und ihre Betriebsräte erpreßbar. In Magdeburg stieß der Heinrich-Bauer-Verlag erstmals auf den Widerstand einer Belegschaft. Die Vorgeschichte der Auseinandersetzung ist typisch für die Vorgehensweise westdeutscher Großverlage in den fünf neuen Ländern.

### Arbeitsplatz- und Tarifabbau

1991 kauft der Heinrich-Bauer-Verlag die »Magdeburger Volksstimme« auf und gibt das Versprechen ab, 800 neue Arbeitsplätze zu schaffen. »So billig ist kein westdeutscher Verlag in den letzten 50 Jahren an florierende Zeitungsbetriebe herangekommen, wie hier in den neuen Bundesländern und unter anderem auch hier in Magdeburg.« (Detlef Hensche, Vorsitzender der IG Medien auf einer Streikkundgebung in Magdeburg am 5.3.1997) Auf der »grünen Wiese« in Barleben bei Magdeburg läßt der Verlag die »modernste Zeitungsdruckerei Europas« (Verlagschef Heinz Bauer) errichten. »Von den ursprünglich angekündigten etwa 800 Arbeitsplätzen, die durch den Bau des Druckzentrums geschaffen werden sollten, ist nichts übrig geblieben. Im Gegenteil,



### ■ STREIKBRUCH IN HORNBURG

#### Aktionen der IG Medien in Hornburg

Seit Mitte Februar streikte das Druckzentrum Barleben in der Nähe von Magdeburg. Hier wird normalerweise die »Magdeburger Volksstimme« gedruckt und der westdeutsche Mediengroßbesitzer Bauer, Hamburg/Köln, wollte es nicht zur Auslieferungunterbrechung kommen lassen und wick auf andere Druckstandorte aus.

Da im eigenen Konzern an mehreren Stellen die Streikbrucharbeit abgelehnt wurde, wurden die Aufträge an kleinere bzw. mittelständische Druckunternehmer, die schlecht organisierte oder gar keine gewerkschaftliche Organisation im Betrieb haben, vergeben. So kam auch der Druckereibetrieb Sattler in Hornburg zu zweifelhaften, zusätzlichen Aufträgen. In diesem Betrieb gibt es keinen Betriebsrat, heuern und feuern ist an der Tagesordnung. Wenn der Besitzer erfährt, daß jemand gewerkschaftlich organisiert ist, wird ihm sofort gekündigt.

In der Stadt Hornburg existiert ein DGB-Ortskartell-Vorstand, der – zumindest was die Vorstandstätigkeit anbetrifft – recht rege ist. Als die ersten Streikpostenaktionen vor dem Werkstor des Hornburger Druckbetriebes geplant wurden, ist auch das DGB-Ortskartell um Hilfe gebeten worden.

An den vier Aktionen, die außer der Abschlußaktion alle während der Nachtschicht liefen, hatte sich denn auch eine ganze Reihe Hornburger KollegInnen beteiligt. Für den Druckereibesitzer war es die erste Aktion dieser Art, für die Stadt zumindest für die Nachkriegszeit wohl ebenfalls.

Nun ist der DGB-Ortskartell-Vorsitzende auch gleichzeitig SPD-Bürgermeister der Stadt Hornburg. Das war nach Aussage von U. Sattler, dem Druckereibesitzer, der »größte Skandal« (Goslarsche Zeitung, 4.3.1997). Wahrscheinlich hat U. Sattler dabei an seinen Vater gedacht, der in früheren Jahren ebenfalls einmal SPD-Bürgermeister war.

Ein CDU-Ratsherr hatte aus sicherer Entfernung die Werkstoraktionen beobachtet und wollte nun per Leserbrief im Anzeigenblatt Hornburg zur Hatz auf den Bürgermeister blasen. Aber auch aus den Reihen der SPD kam Kritik an der Beteiligung des DGB-Ortskartell-Vorsitzenden an diesen Aktionen, ja sogar aus DGB-Reihen wurde die Frage gestellt: »Mußte das sein?«

Nach der dritten Streikpostennacht wurde die Streikbrucharbeit eingestellt, der Besitzer hatte offenbar kalte Füße bekommen bei der Vorstellung, daß durch diese Aktionen Unruhe in den Betrieb getragen werden und seine Praktiken bzw. der Zustand im Betrieb allgemein in der Stadt diskutiert werden könnten, zumal der DGB-Vorsitzende am Ort nicht von der Unterstützung der Aktion abwich und auch seinen krittelnden Parteigenossen erklärte, daß er sich nicht mundtot machen ließe. Er sei bei der Aktion nicht als Bürgermeister beteiligt gewesen, sondern als Gewerkschafter.

Bei dem abschließenden Streikfest am Betriebsgelände trauten sich keine Beschäftigten von der Druckerei Sattler, an dem Fest teilzunehmen, da sie vom Werksgelände aus beobachtet wurden. Die Sympathie für die Streikposten ist dennoch 'rübergekommen.

4.4.1997 ■

es sind insgesamt bei der Volksstimme bisher mehr als 750 Arbeitsplätze abgebaut worden.« (aus: Flugblatt der Streikenden)

1992 tritt Bauer aus dem Verlegerverband aus. Noch bis 1993 galt der Tarifvertrag, seither herrscht im neubauten Druckzentrum in Barleben ein tarifloser Zustand. Die KollegInnen müssen auf der Grundlage eines Schlichtungsspruches arbeiten. So werden zwar die tariflichen Stundenlöhne gezahlt, aber Überstundenzuschläge gibt es ebensowenig wie vernünftige Arbeitsbedingungen. In der Druckerei führt das zu verheerenden Zuständen für die Kollegen. Die im Manteltarifvertrag vorgesehene Maschinenbesetzung wird um 40 Prozent unterschritten. Arbeitszeiten von zehn oder elf Stunden täglich sind keine Seltenheit.

In vergleichbaren Druckereien sind pro Druckeinheit fünf bis sechs Mitarbeiter tätig. In Barleben müssen drei Kollegen eine Druckeinheit bedienen. Das ist aber nur zu erreichen, wenn niemand krank ist. Ergebnis: Meist sind weniger als drei Kollegen beschäftigt. Bei dieser Besetzung ist eine vernünftige Pausenregelung unmöglich. Ergebnis: Die Kollegen arbeiten je Nachtschicht von 20.30 bis 4.45 Uhr durch.

Trotz hochmoderner Technik tauchen täglich technologische Probleme auf, die den Druckvorgang verzögern. Ein Ausgleich durch verstärkte manuelle Regelung ist aufgrund der Personalsituation schwierig. Da ihre »Volksstimme« aber pünktlich ausgeliefert werden soll, geraten die Mitarbeiter des Druckzentrums häufig unter extremen Zeitdruck. Ergebnis: *»In der Hektik lassen die Kollegen nicht nur Nerven. Folgeschwere Arbeitsunfälle sind nicht mehr die Ausnahme, sondern monatliche Regel.«* (aus: »Streikstimme« der Barlebener Kollegen)

Das gesamte Unternehmen hatte der Bauer-Verlag bis 1996 in 16 GmbHs aufgesplittet (hier wiederholt der Verleger nur, was er in Hamburg und anderen westdeutschen Druckorten ausprobiert hat). Nur in zwei Bereichen – bei den Druckern und den Redakteuren – existiert ein Betriebsrat. Eine einheitliche Interessenvertretung soll so verhindert werden, die einzelnen Abteilungen lassen sich leichter gegeneinander ausspielen. Auf einer Streikkundgebung verdeutlichte ein Kollege, wie die Verlagsführung bei der Aufspaltung des Unternehmens mit den Mitarbeitern umsprang: *»Die Druckvorstufe wurde vor knapp einem Jahr aus den Resten zweier einstmals stolzer Abteilungen gebildet. Von über 60 Mitarbeitern blieben gerade mal 27 übrig. Wir wurden damals vor die Wahl gestellt, entweder den neuen Arbeitsvertrag zu unterschreiben zu wesentlich schlechteren Bedingungen oder über kurz oder lang die Kündigung zu bekommen... Der neue Vertrag sah natürlich keine Tarifbindung vor.«*

*Das heißt für uns wesentlich mehr Feiertags- und Wochenendarbeit, aber keinerlei Zuschläge, zugleich aber auch eine höhere Belastung und Überstunden.«* (aus: »Streikstimme«)

### Ohne Druck kein Ruck

Das Faß zum Überlaufen brachte ein neuer Schichtplan für die Druckerei, den die Betriebsleitung im Dezember 1996 vorgelegte. *»Neue Schichtpläne sollten die Arbeitszeit auf 30 Kalenderwochen nahezu ohne normale Wochenendregelung verteilen. Rechnerisch blieb es zwar bei der 38-Stunden-Woche, die wir jetzt in einem zweiwöchigen Schichtrhythmus haben. Aber der neue Schichtrhythmus hätte ein nor-*

---

---

## IG Medien Berlin: Soli-Fahrt nach Magdeburg

Das erste, was uns, den Teilnehmern aus Berlin und Potsdam, auffiel, war das durch einen Scheinwerfer angestrahlte Banner der britischen Medien-Gewerkschaft. Die Stimmung unter den Streikenden war – auch wegen des Besuchs der auswärtigen KollegInnen – ausgesprochen gut und gelöst. Grußadressen waren bisher aus allen Teilen der Bundesrepublik, aber auch aus Südamerika, Australien und Rußland gekommen. Die angereisten Betriebsräte aus Bremen und Ahrensburg und eine Betriebsrätin vom Bauer-Verlag aus Hamburg hielten Reden. Sie betonten den exemplarischen Charakter des Bauerschen Versuchs, die Arbeitsbedingungen hausintern bestimmen zu können, sowohl für die fünf neuen Bundesländer als auch für die Betriebe der alten BRD. Sie drückten die Hoffnung aus, daß das Handeln der Barlebener und die Solidaritätsaktionen, *»die Aktion von unten«*, wie es die Vertreter der Berliner IG-Medien-Jugend durch ein Transparent ausdrückten, dem Erlahmen gewerkschaftlichen Lebens entgegenwirkt.

Kurz nach Mitternacht wurden wir Zeugen der Macht und Möglichkeiten eines Großverlages. Mit drei Hubschraubern wurden Streikbrecher eingeflogen. Uns wurde demonstriert, daß das Nachtflugverbot für Großunternehmen kein Hindernis darstellt, daß Gesetze zu ihren Gunsten auch mal außer Kraft gesetzt werden können.

Ein freundlich jovialer Einsatzleiter, Herr Biedermann, wie er sich ironisierend vorstellte, hatte uns zuvor ermahnt, nicht weiter Botendienstfahrzeuge an der Zufahrt zu hindern. Er gab uns eine viertel Stunde Zeit. Nachdem diese »Bitte« ignoriert worden war, schickte Herr Biedermann dann zwei Jung-Bullen mit einer Videokamera als Dokumentationstrupp. Als sie von älteren Kollegen angesprochen wurden, verdrückten sie sich jedoch. *»Wir sind dafür nicht verantwortlich, sprechen Sie mit dem Einsatzleiter.«*

Wir Berliner mußten um halb zwei die Heimreise antreten. Zu dem Zeitpunkt waren stärkere Polizeieinsatzkräfte aus Stendal herangezogen worden. Das ließ auf einen Einsatz zur Brechung der Streikkette schließen.

Schade, daß diese Fahrt nur von so wenigen genutzt wurde. Die Einladung erging jedoch erst am Vortag. Mit großer Hochachtung haben wir auf der Rückfahrt über die streikenden Kollegen gesprochen. Im Magdeburger Krisengebiet drei Wochen auf der »Grünen Wiese« vor einem riesen Areal zu stehen und relativ unbemerkt von der Öffentlichkeit für tarifliche Rechte zu streiten, ist bewunderns- und unterstützungswert. Wir wissen, daß isoliert bleibende Auseinandersetzungen zu Resignation führen können und den Zersetzungsprozeß der gewerkschaftlichen Organisation beschleunigen. 9.4.1997 ■

*males Familienleben unmöglich gemacht. Das Familienleben eines Zeitungsdruckers ist ohnehin schwierig zu gestalten, weil er überwiegend nachts arbeitet. Durch den vorgesehenen Schichtrhythmus sollte der Urlaub auf den Tag genau für jeden Kollegen geplant werden. Als einzige Wahlfreiheit wäre für uns geblieben, unseren Platz aus dem vorgesehenen Urlaubsraster auszusuchen. Damit fühlten wir uns zu Maschinenanhängeln degradiert.«* (aus: »Streikstimme«)

---

---

## Eine unglaubliche, aber wahre Geschichte

»Ort der Handlung: Großbritannien und Barleben bei Magdeburg. Ein arbeitsloser britischer Drucker soll vom Heinrich-Bauer-Verlag als Streikbrecher angeworben werden. Er informiert seine Gewerkschaft, die Graphical, Paper&Media Union (GPMU). Drei Vorstandsmitglieder lassen sich vom Bauer-Verlag für drei Wochen anwerben: Der vereinbarte Lohn: 1000 Pfund pro Woche (umgerechnet 2700 DM) plus Unterbringung im Hotel »Maritim« einschließlich aller Nebenkosten und Spesen.

In der ersten Klasse läßt Bauer seine Streikbrecher nach Tegel fliegen. Von dort aus geht es im firmeneigenen Wagen oder einem Taxi nach Magdeburg. Durch einen Hinterausgang des Nobelhotels fliehen die britischen Kollegen und schlagen sich durch bis zum Druckzentrum Barleben. Dort geben sie sich den Streikenden zu erkennen. Mitgebracht haben sie die von ihnen unterschriebenen Arbeitsverträge sowie eine Flagge der GPMU, die fortan das Streiktor zielt.

Als klar wurde, für wieviel Geld Bauer Streikbrecher anwirbt und was er sich das kosten läßt, da haben die Kollegen natürlich auch gleichzeitig einen irren Kopf gekriegt, und das hat ausgelöst, daß sie nicht mehr willens waren, nachdem sie das erfahren hatten, heute überhaupt noch irgendeinen Streikbrecher hereinzulassen.« (Udo Hautmann in »Streikstimme«) ■

---

---

Am 17. Februar legen die Drucker ab 17.00 Uhr die Arbeit nieder. Das Erscheinen der »Volksstimme« und des »Generalanzeigers« am kommenden Tag wird verhindert. Auch am 18. kehren die Kollegen nicht an ihre Arbeitsplätze zurück. Am 22.2. wird unter der Belegschaft eine Urabstimmung durchgeführt. 54 Kollegen beteiligen sich daran, zwei sind in Urlaub. 98 Prozent sprechen sich für einen Streik zur Durchsetzung tarifvertraglich geregelter Arbeitsbedingungen aus. Die KollegInnen der Druckvorstufe schließen sich mit einem Solidaritätsstreik den Druckern an. »Bei uns wurde der Tarifvertrag ausgehebelt. Und was bei uns noch so gut geklappt hat, das hat die Geschäftsführung jetzt auch beim Druck und Druckservice vor. Deshalb sind wir jetzt stinksauer und haben uns den Streikenden angeschlossen. Und unser gemeinsames Ziel heißt Tarifbindung und damit Rechtssicherheit für jeden einzelnen«. Die Systemtechniker, denen es möglich wäre, die Produktion aufrechtzuerhalten, lassen sich nicht ausnutzen, sie streiken mit. Die Urabstimmung für einen Solidaritätsstreik findet bei den Journalisten allerdings nicht die erforderliche Mehrheit.

### Die Streikbrucharbeiten sind eine einzige Demonstration der Macht der Millionäre

Den Versuch, den Streik zu brechen, ließ sich der Heinrich-Bauer-Verlag – mit einem Jahresumsatz von 2,84 Mrd. DM und 7225 Beschäftigten (1994) der drittgrößte bundesdeutsche Verlag – einiges kosten.

»Telefonterror. Der Terror der Geschäftsleitung nimmt ungeahnte Formen an. Zuerst erhielten die Ehepartner und Kinder Telefonanrufe, sie sollten die Streikenden zum Weiterarbeiten überreden. Dann kam Post. In Briefen wurde den Druckern vorgeworfen, sie würden Produktionsverlage-

---

---

## Hamburg – die zweite Fahrt nach Barleben

Bei dieser zweiten Fahrt von Hamburger Kolleginnen und Kollegen nach Magdeburg sind es nicht mehr als sieben, die sich auf den Weg machen. Zugegeben, es ist schwierig, sich die Nacht um die Ohren zu schlagen, wenn man am nächsten Tag wieder arbeiten muß. Aber die geringe Teilnehmerzahl nur damit zu erklären, wäre Selbstbetrug.

Die Stimmung bei den Streikenden ist nach wie vor gut. Großverleger Bauer hat für die Kollegen der Druckvorstufe den Manteltarif anerkannt, wohl mit der Hoffnung, sie aus der Streikfront herauszubrechen. Die Kollegen sagen: »Wir lassen uns nicht spalten. Wir gehen alle wieder gemeinsam rein, und das ist, wenn die Druckerkollegen auch im Tarif sind.« Die Stimmung bei den Streikenden scheint aggressiver zu werden. Der Fahrer eines Kleinbusses mit Zeitungen versucht, sich Bahn zu verschaffen und schiebt sich mit Gewalt in die Streikmenge. Die Situation wird gefährlich, die Polizei entschärft sie und stellt sich zwischen Bus und Streikende. Der Fahrer muß seinen Bus auf das sichere Betriebsgelände retten. Später kommt ein Laster mit Papierrollen. Bevor er die Druckerei erreichen kann, bleibt er in der Menge stecken. Der Fahrer geht zu Fuß ins Werk, um sich weitere Order zu holen. Als er wieder in seine Fahrerkabine steigen will, bekommt er die Tür nicht auf. Ein herbeigeholter Schlüsseldienst aus Magdeburg ist mehrere Stunden bemüht, die Fahrzeugtür wieder aufzukriegen. Als wir gegen Mitternacht zurückfahren, war der Schlüsseldienst immer noch damit beschäftigt, u.a. auch damit, seinen eigenen Wagen wieder geöffnet zu kriegen.

Ein zweites Werktor, das unbewacht war, ließ sich nicht öffnen, weil es mit einem Stahlseil und einem Schloß zuge-sperrt war. Als sie das Seil geknackt hatten, tat sich immer noch nichts – die Türelektronik funktionierte nicht – Scheiß Technik. Spät am Abend kamen IG-Medien-Vorsitzender Hensche, der Hauptvorstand und die »Landesfürsten«. Sie hatten in Bielefeld getagt und waren zu einem Sprung rübergekommen zu den Streikenden.

Endlich passiert wieder etwas Positives, ein Arbeitskammerfolg in unserer Gewerkschaft: Kollegen, die sich in einer verzweiferten Situation befinden, setzen sich zur Wehr. Sie zählen zu den wenigen, an denen die Entlassungswelle vorüberging. Denn bekanntlich ist die Arbeitslosigkeit in den neuen Ländern besonders hoch. Aber was darüber hinaus wichtig ist: Kollegen aus Westdeutschland erklären ihre Solidarität nicht in Telegrammen, sondern fahren hin, das heißt, sie schauen nicht zu, wie Kollegen fertig gemacht werden, sondern üben mit ihrer Anwesenheit praktische Solidarität. Anders als in Bischofferode, wo die westdeutschen Kollegen mit ihrem IG-Chemie-Vorstand noch tatenlos zusahen, um die eigene Haut zu retten. Wenn mehr und mehr KollegInnen begreifen, welche Kraft in solidarischem Handeln liegt, dann könnten wir wieder zu einer ernstzunehmenden Gewerkschaft werden. ■

8.4.1997 ■

---

---

runge erzwingen und dadurch die Arbeitsplätze in Barleben gefährden.

**Horch & Guck.** Das Wort der Barlebener Drucker scheint für die Geschäftsführung von außerordentlicher Bedeutung zu sein. Mit Richtmikrofonen, die aus den Fenstern der Chef-

---

## Wo war die Organisation?

Die Erosion des Flächentarifvertrages ist in der letzten Tarifrunde immer wieder auf die »Zustände« in den sogenannten neuen Bundesländern zurückgeführt worden. Dort ist kaum noch ein Verlag (vorwiegend in westdeutscher Verlegerhand) tarifgebunden bzw. war es nie. Löhne und Gehälter liegen deutlich unter Westniveau, Besetzungsvorschriften werden nicht eingehalten und die Arbeitszeit liegt deutlich über 35 Stunden die Woche.

Diesen Zustand zu ändern, ist in diversen Papieren zur Verbesserung gewerkschaftlicher Betriebsratsstätigkeit als wichtigste Aufgabe beschrieben worden, wenn Flächentarif und Mindeststandards kollektiven Schutzes nicht auf dem Müllhaufen der Geschichte landen sollen.

In seiner Wertung des MTV-Abschlusses schrieb der Hauptvorstand, daß es jetzt darauf ankäme, den Tarif in den Betrieben umzusetzen, und dort, wo es weitere Versuche gebe, den Tarifvertrag zu unterlaufen, bzw. wo Belegschaften Haustarife durchzusetzen versuchten, die ganze Kraft der Organisation auf diese Auseinandersetzung konzentriert werden müsse.

### Soweit die Worte – wo blieben die Taten?

Streikbrucharbeit in Passau und Haldersleben wurde nicht verhindert. Erst zum Ende des Konfliktes gab es organisationsoffizielle Versuche, die Belegschaften der anderen Bauer-Betriebe zu Solidaritätsaktionen zu veranlassen.

Der Betriebsratsvorsitzende des wichtigsten Bauer-Betriebes, der Druckerei in Köln, der auch zugleich Vorsitzender der »Fachgruppe Druckindustrie und Verlage« (Kern der ehemaligen Druck & Papier) ist, zog es vor, in Magdeburg mitzuverhandeln, anstatt seine Kolleginnen und Kollegen in Solidaritätsaktionen zu führen. Auf Vorhaltungen von Betriebsräten anderer Zeitungsverlage entblödete er sich nicht, von einem »Deal« mit seiner Geschäftsleitung zu berichten: Danach hatte er sich verpflichtet, für die Dauer des Konfliktes keine zusätzliche Betriebsversammlungen durchzuführen, wenn aus dem Kölner Betrieb keine Beschäftigten zu Streikbrucharbeiten nach Magdeburg abgezogen würden.

Eine Sonderausgabe von »Druck & Papier«, sehr früh schon angeregt von Kollegen aus Niedersachsen, um den Konflikt bundesweit öffentlich zu machen, erschien nicht, ebenso gab es keine koordinierte Unterstützung der Magdeburger Kolleginnen und Kollegen durch den Hauptvorstand. So wären die Magdeburger relativ allein gewesen, hätte es nicht Aktivitäten des Landesvorsitzenden aus Niedersachsen und von Betriebsräten aus Bremen, Hamburg, Berlin, Frankfurt, Braunschweig und anderen Städten gegeben, die den Magdeburger Konflikt an dem schwerfälligen Wasserkopf der Organisation vorbei zu ihrer Sache gemacht haben. Sie waren offensichtlich die einzigen, die die grundsätzliche Bedeutung des »Haustarif-Konfliktes« für die gesamte Verlags- und Druckbranche erkannt hatten (abgesehen vom Verleger Heinrich Bauer natürlich) und entsprechend gehandelt haben. 20. 4. 1997, Bremen ■

---

*etage gehalten wurden, versuchte man die Gespräche der Streikposten abzuhören. Am Tage und in der Nacht fuhren Autos am Betriebstor vorbei, aus denen heraus die Streikposten fotografiert wurden.*

**Großer Wachaufzug.** Eine große Wachablösung, aber ohne Marschmusik, erfolgte beim Betriebsschutz. Nach einer Woche Streik sollte durch eine neue Sicherheitsfirma eine härtere Gangart eingeschlagen werden. Ergebnis: Die Streikposten dürfen die Toilette neben dem Wachhaus nicht mehr benutzen. Diese (die körperlichen Angriffe, d. Red.) gingen nicht von den Demonstranten aus, sondern von äußerst aggressiven Mitarbeitern eines von ehemaligen Stasi-Mitarbeitern durchgesetzten Wachdienstes. So wurde der Landesbezirksvorsitzende der IG Medien, Udo Hautmann, von einem Wachmann mehrere Meter durch die Gegend geschleift und konnte nur durch das spontane Eingreifen von umstehenden Demonstranten vor Schlimmerem bewahrt werden. Außerdem führen die »Herren« des Wachdienstes in hoher Geschwindigkeit mit ihren Fahrzeugen auf die Streikposten zu. Beim Stopp eines Kleinbusses, welcher mit Streikbrechern besetzt war, versuchte der Fahrer (ADS-Mitarbeiter), die Umstehenden sogar umzufahren.

**Airport Barleben.** Der Verleger Bauer ist ein begeisterter Pilot. Gelegentlich bringt er sein Hobby in die Unternehmensführung ein. So hat er höchstselbst Streikbrecher mit seinem Hubschrauber in das Betriebsgelände eingeflogen.« (zusammengestellt aus: »Streikstimme«)

Nicht nur in der BRD, auch in England versuchte der Bauer-Verlag Streikbrecher für das Druckzentrum Barleben anzuheuern (siehe Kasten). Gleichzeitig wurden Teilaufgaben



der »Magdeburger Volksstimme« in Haldensleben, Hornburg und Passau gedruckt.

Ihre Medienmacht setzte die Verlagsleitung ein, um die Streikenden zu diffamieren. Neben der falschen Behauptung, ein Drucker in Barleben verdiene jährlich 92.000 DM, teilte der Verlag in einer Briefkasten-Wurfsendung den Abonnenten der »Volksstimme« mit: »In Wirklichkeit werden in Deutschlands modernster Druckerei den Arbeitnehmern die meisten und schwersten Arbeiten von den Maschinen abgenommen. Zu ihren hohen Einkommen wollen die Drucker jetzt auch noch Arbeitsbedingungen in Luxusausführung.«

**MITARBEITER DER  
MAGDEBURGER VOLKS-  
STIMME ZOGEN VOR  
DAS DRUCKZENTRUM,  
UM SICH GEGEN DIE  
FORTSETZUNG DES  
STREIKS AUSZU-  
SPRECHEN:**



## Bundesweite Solidarität

In der zweiten Streikwoche begann die IG Medien, vor allem auf Initiative von Betriebsräten und KollegInnen aus Niedersachsen, den Streik bundesweit stärker zu unterstützen. In Haldensleben und Hornburg verhinderten Kollegen, u.a. vom »Weserkurier« und von den »Bremer Nachrichten«, weitere Streikbrucharbeit. Nur noch bei der »Passauer Neuen Presse« wurde täglich eine Teilaufgabe der »Volkstimme« und einmal in der Woche der »Generalanzeiger« (Auflage 590.000) gedruckt. Es gelang der Gewerkschaft dort nicht, die 700 KollegInnen, von denen 20 Prozent organisiert sind, zu praktischer Solidarität zu bewegen.

Zum bundesweiten Engagement trug auch die Erkenntnis bei, daß in Magdeburg erneut ein Verlag versucht, in den neuen Bundesländern ein Exempel zu statuieren. »Der Magdeburger Streik ist auch unser Streik! Sollte der Magdeburger Kampf verloren werden, so wird dies schon kurzfristig Auswirkungen auf die gesamte Tariflandschaft in der Druckindustrie haben. Es würde geradezu eine Aufforderung an das Arbeitgeberlager sein, Bauer nachzueifern«, heißt es in einem Aufruf der IG Medien (Landesbezirk Niedersachsen-Bremen). In ihm wurden die Mitglieder zu einer Solidaritätsfahrt nach Magdeburg zur Unterstützung der Streikenden aufgefordert.

Am 7. und 13. März fanden solche Fahrten statt, an denen sich KollegInnen aus Ahrensburg, Berlin, Braunschweig, Bremen, Chemnitz, Dresden, Erfurt, Frankfurt/M., Halle, Hamburg, Hannover, Leipzig, Offenbach, Potsdam, Salzgitter, Stuttgart, Suhl, Wiesbaden und Wolfenbüttel beteiligten (siehe auch Kasten).

## Haustarifvertrag durchgesetzt

Die Standfestigkeit der Streikenden und die stärker werdende bundesweite Solidarität führte nach 31 Tagen zum Erfolg. Der abgeschlossene Haustarifvertrag sieht vor, daß die Bestimmungen des Manteltarifvertrages auch in Barleben angewandt werden. Allerdings werden entgegen der Forderung nach acht zusätzlichen Stellen nur vier Drucker neu eingestellt. In einer »ergänzenden Betriebsvereinbarung« wird außerdem festgelegt, daß die Zahl der Druckhelfer um eine Person unterschritten werden darf. Die streikenden Kollegen haben das Ergebnis einstimmig angenommen.

abgeschlossen 9.4.1997 ■

## Nachtrag vom 26.5.'97:

Die Manager des Heinrich-Bauer-Verlages haben inzwischen Rache geübt: 23 Kollegen, Scanneroperatoren und Setzer des Vorstufenbetriebes, sind am 29. April mit der Begründung entlassen worden, die Arbeit der Vorstufe (also alles, was vor dem Druck geschieht) sei inzwischen »fremdvergeben« worden: An eine Firma, die von zuvor schon entlassenen Kollegen gegründet worden war. Außerdem sind die acht Kollegen der »Abteilung« Druckservice GmbH, die für die Wartung und Reparatur der gesamten Technik des Druckzentrums Barleben zuständig waren, mit derselben Begründung gefeuert worden. Für beide Fälle ist vom Landesbezirk der IG Medien ein Rechtsanwalt eingeschaltet worden, aber das allein ist natürlich keine passende Antwort. ■

## Tarifabschluß bei den Stationierungsstreitkräften

Zum Auftakt des bundesweiten Streiks der Zivilbeschäftigten bei den Stationierungsstreitkräften (SSK) am 3. März kam der ÖTV-Vorsitzende Herbert Mai nach Hanau und erklärte in seiner Rede vor den Streikenden: »In der Zeit der Massenarbeitslosigkeit kommt diesem Arbeitskampf gegen Privatisierung und Rationalisierung größte Bedeutung zu. Er darf nicht verloren gehen.« Was bewog den Gewerkschaftsvorsitzenden zu dieser vollmundigen Erklärung? Wie ist mit diesem Maßstab der Tarifabschluß in diesem eher kleinen Teilbereich des öffentlichen Dienstes zu bewerten?

### Zur Vorgeschichte

Die heutigen amerikanischen, kanadischen, französischen, britischen und belgischen NATO-Einheiten in der BRD wechselten in der Geschichte seit 1945 mehrmals ihren politisch-militärischen Charakter. Am Ende des Zweiten Weltkriegs kamen sie als Sieger über das imperialistische Deutschland und das Nazi-Regime, das diesen Krieg entfesselt hatte. Sie traten als Besatzungsmächte auf und formten Westdeutschland nach den Vorstellungen der liberalen, kapitalistischen westeuropäischen und nordamerikanischen Demokratien. Mit der Festigung der neuen Bonner Republik und der Stabilisierung in Westberlin verwandelten sie sich in »Schutzmächte«, mit der Errichtung der westdeutschen Bundeswehr in Verbündete im Rahmen der NATO. Da sie der BRD die atomare Bewaffnung als Zeichen militärischer Souveränität untersagten, diente insbesondere der amerikanische »Atomschirm« auch weiterhin als Druckmittel gegen den als Gegner ausgemachten Warschauer Pakt.

Mit der Wende der neunziger Jahre, zu deren augenfälligsten Erscheinungen der Zusammenbruch der Sowjetunion und des Warschauer Paktes sowie die Einverleibung der DDR gehörten, schienen auswärtige Truppen in der BRD nahezu entbehrlich zu werden. Zum einen war die potenteste bisherige »Bedrohung« des NATO-Territoriums mit einem Schlag verschwunden, zumindest weit nach Osten abgedrängt; zum anderen war das politische Gewicht der BRD durch die im 2+4-Vertrag anerkannte Souveränität gewachsen. Eine »Friedensdividende« schien angesagt. Dazu kam es allerdings nicht, denn immer noch kann der »Westen« auf die Kontrolle der übrigen, in wirtschaftliche Abhängigkeit zu haltenden Welt durch die NATO nicht verzichten. Ein großer Teil insbesondere der Streitkräfte der US-Armee wurde aber tatsächlich abgezogen. Zahlreiche Standorte wurden geschlossen, andere durch Truppenreduzierung verkleinert.

Diese Entwicklung hatte durchaus positive Auswirkungen dort, wo Lärmbelästigung durch Flugzeuge, Flurschäden durch Panzerketten, Grundwasserverschmutzung durch chemische Kampfmittel etc. abgebaut wurden. Auf der anderen Seite gab und gibt es insbesondere im ländlichen Bereich ganze Ortschaften, die sich wirtschaftlich auf die Versorgung militärischer Standorte eingerichtet hatten und von Strukturveränderungen – gerade im Zeichen von Massenarbeitslosigkeit – nichts Gutes erwarten, vergleichbar etwa mit der Schließung einer Zeche, einer Fabrik etc., die als größter »Arbeitgeber« am Ort fungiert. Direkt betroffen sind in erster Linie diejenigen, die bei den Streitkräften in Lohn stehen: die Zivilbeschäftigten aus den »local nations« (hier der BRD

einschließlich der zugewanderten ArbeitsmigrantInnen), wie es bei der US-Armee traditionell heißt. Ein gängiger ÖTV-Aufkleber: »Abrüstung ja – Arbeitslosigkeit nein!« bringt diese Problematik auf den Punkt, ohne daß in der Gewerkschaft selbst Schritte unternommen würden, eine Konversionsdebatte zu führen, wie es sie zeitweilig in Teilen der Rüstungsindustrie (zum Beispiel Werften) gegeben hat.

### Neue Stufe des Personalabbaus

Bisher wurden in den neunziger Jahren ca. 60.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich abgebaut. Der größte Teil der Betroffenen konnte wenigstens noch mit einem Sozialplan rechnen. Ältere Tarifverträge wie TASS (Tarifvertrag Soziale Sicherung) von 1972 und ZLT (Zusätzliche Leistung bei Truppenreduzierung) von 1991 schreiben Abfindungen bei militärisch bzw. »friedenspolitisch« begründetem Truppenabbau vor. Zwar zahlen die Streitkräfte in diesen Fällen nicht, dafür tritt aber das Bundesamt für Verteidigungslasten in die Pflicht. Die Tarifverhandlungen mit den betroffenen Gewerkschaften ÖTV und DAG führt das Bundesfinanzministerium »im Einvernehmen mit den alliierten Streitkräften«. Aktuell jedoch vertreten Bonn und die SSK die Ansicht, daß diese Tarifverträge nicht mehr anzuwenden seien, da die Begründung für die Entlassungen bei den Zivilbeschäftigten nunmehr betriebswirtschaftlich sei. Nachdem zwei Drittel aller Arbeitsplätze insgesamt geräuschlos beseitigt wurden, sind nur noch 35.000 übrig geblieben, von denen nach der Absicht der SSK mindestens die Hälfte verschwinden soll.

So haben etwa die US-Streitkräfte diesen Bereich, der bei ihnen »Departement of Engineering und Housing« (DEH: Abteilung für Maschinen und Gebäude) heißt, in den USA selbst bereits privatisiert und streben dies nun für ihre deutschen Standorte ebenfalls an. Geplant wird diese Umstellung unter der Bezeichnung »DEH 21«. Der Betriebsvertretung (die entsprechend dem Bundespersonalvertretungsgesetz die Stelle eines Betriebsrats einnimmt) in Hanau etwa wurde ein Papier »Totale Übernahme von Verträgen durch Fremdfirmen« im Bereich der »414 Base Support Battalion (BSB) Hanau« und der »233rd BSB Darmstadt« zugänglich, das einen Ausschnitt des DEH 21 darstellt. Daraus geht der 1. Oktober 1998 als Stichtag für die Übernahme durch Fremdfirmen hervor. Um den Zuschlag in Hanau bewerben sich bereits ITT und Philipp Holzmann.

Ein Beispiel dieser Entwicklung bietet schon längst die Rhein-Main-Air-Base, früher bekannt durch die Auseinandersetzungen um den Bau der Startbahn West des Frankfurter Flughafens. Waren 1994 noch 700 Planstellen bei der US-Luftwaffe registriert, so sind seit dem 1.4.1995 nur ca. 100 Zivilbeschäftigte übriggeblieben, die jetzt für ITT arbeiten. 600 Stellen wurden gestrichen.

In der DEH-Studie heißt es weiter: »Nicht die gesamte DEH wird verkürzt. ... Einige Arbeiter werden behalten für Inspektionen und Qualitätskontrollen. Eine Belegschaft von 250 bis 300 Arbeitnehmern wird für die Verwaltung der Fremdfirmenverträge benötigt (Anm.: das heißt im Bereich der 414th BSB Hanau, die im Norden bis zum ca. 60 km entfernten Gießen reicht, weniger als 50 Prozent) ... Unter Berücksichtigung von Artikel 613a (Anm.: § 613a BGB schreibt vor, daß bei Betriebsübergang bestehende Regelungen ein Jahr lang weitergelten und erst dann gekündigt werden dürfen) wird allen betreffenden Arbeitnehmern eine zwölfmonatige Arbeit garantiert ohne Veränderung der Kon-

ditionen. ... Die Feuerwehr wird nicht übernommen durch Fremdfirmen. Wir sind gesetzlich verpflichtet, eine Feuerwehr zu haben.«

### Besonderheiten des Beschäftigungsverhältnisses bei den Stationierungstreitkräften

Ein Streitpunkt, der sich aus diesen Absichten automatisch ergibt, ist die Kündigungsschutzregelung im Anhang O des Manteltarifvertrages bei den SSK. Kernpunkt ist ein absoluter Kündigungsschutz für Beschäftigte, die mindestens 40 Jahre alt und seit 15 Jahren dabei sind; er gilt allerdings nicht im Falle von Standortschließungen, sondern für Kündigungen aus innerbetrieblichen, organisatorischen Gründen. Da die Zivilbeschäftigten bei den SSK ein relativ hohes Durchschnittsalter aufweisen (keine »Olympiamannschaften« sind), hat diese 15/40-Regelung für beide Seiten eine erhebliche Bedeutung. Den übrigen, die aus organisatorischen Gründen gekündigt werden dürfen, steht nach Anhang O eine Abfindung von einem Viertel des Monatslohns pro Beschäftigungsjahr zu – eine lächerliche Summe allerdings, die durch Anrechnung auf das Arbeitslosengeld (seit der letzten AFG-Reform) noch erheblich vermindert wird.

In erster Linie verstanden dementsprechend die Zivilbeschäftigten unter ihrer zentralen Forderung »Rationalisierungsschutz« den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, nicht deren schleichenden Abbau nach den Vorstellungen des Bundesfinanzministeriums und der Stationierungstreitkräfte. Politisch beriefen sich ihre aktiven VertreterInnen – Vertrauensleute, Betriebsräte, einzelne Gliederungen der ÖTV – auf ihre Rolle während des Kalten Krieges. Da sie damals – so die gängige Argumentation – den NATO-Alliierten zur Verteidigung des »freien Westens« den Rücken frei gehalten hätten, folge hieraus ein eindeutiger Anspruch auf soziale Sicherheit. Diese politische Begrenzung – das moralische Einklagen eines Treuebonus – wurde im Laufe des Streiks nicht überwunden, sondern dazu benutzt, Bündnispartner im Bereich der parlamentarischen Parteien zu suchen. Es entwickelte sich hieraus sogar ein massiver antiamerikanischer Nationalismus, indem den »Gastreitkräften« Undankbarkeit für erwiesene Treue sowie Import »amerikanischer Verhältnisse« in die BRD vorgeworfen wurde. Deutlich brachte dies auf einer Kundgebung in Kaiserslautern der rheinland-pfälzische ÖTV-Vorsitzende Muscheid auf den Punkt, als er sagte: »Hire and fire könnt ihr in den Staaten machen, nicht in dieser Republik!«

Das Problem der ÖTV als Gewerkschaft bestand in der Frage, mit welchen tarifpolitischen Instrumenten und Zielen unter westdeutschen Verhältnissen die Forderung der Zivilbeschäftigten nach Erhalt ihrer Arbeitsplätze überhaupt umzusetzen sei. Außer der zahlenmäßig geringen Bedeutung der betroffenen Branche gab es noch weitere strukturelle Schwierigkeiten:

- 1) Es wird nichts produziert, sondern im wesentlichen vor- und entsorgt, instandgehalten, repariert etc.;
- 2) private Kapitalverwertung findet höchstens indirekt durch Vergabe von Aufträgen, Kauf von Geräten und Konsumgütern etc. statt;
- 3) der militärische Charakter verleiht dem Arbeitskampf ein spezifisches Gepräge, denn zum einen können Streikbrecher durch schlichtes Kommando beschafft werden, und zum andern kann den Soldaten befohlen werden, die durch den Streik angerichteten Unbequemlichkeiten zu ertragen;

4) da es sich um ausländische Streitkräfte handelte (die Zivilbeschäftigten der Bundeswehr sind hiervon nicht betroffen, weil für sie ein eigener Manteltarifvertrag gilt), waren außenpolitische Interessen der Bundesregierung mit einbezogen.

### **Interner Druck**

Die ÖTV tat sich denn auch enorm schwer damit, die Forderungen der Zivilbeschäftigten, die an einzelnen Standorten seit 1994 erhoben und von den dortigen Kreisverwaltungen der Gewerkschaft nach »oben« weitergeleitet wurden, aufzugreifen und in Maßnahmen umzusetzen. Der Hauptvorstand trat zwar in Verhandlungen ein, bemühte sich aber nach Kräften, das Problem auszusitzen. Einzelne Kreisverwaltungen mußten mit Maßregelungen rechnen, wenn sie eigene Aktionen wie Warnstreiks und Kundgebungen durchführten. In Hanau demonstrierten im Juli 1996 die Zivilbeschäftigten in den Straßen der Stadt. Postwendend schickte der Hauptvorstand eine Abmahnung mit der Begründung: *»Die sich hieraus entwickelnden Gefahren, daß unsere Mitglieder, losgelöst von abgestimmten gewerkschaftlichen Vorgehensweisen, initiativ werden, macht das Geschäft der Hauptamtlichen nicht gerade leichter.«* Darauf antworteten die betrieblichen Vertrauensleute in scharfem Tonfall: *»Jedes weitere Hinausschieben von gewerkschaftlichen Aktionen ist unseren Kolleginnen und Kollegen nicht länger zumutbar, da, wie oben bereits erwähnt, 1998 in Hanau in den Werkstätten die Lichter ausgehen. Wir halten es für fatal, wenn hauptamtliche Funktionäre die Zeit finden, lange Briefe gegen (andere) Funktionäre zu verschicken, und andererseits Tarifinfos im Telegrammstil verfassen. Wir teilen Eure Tarifinfos schon lange nicht mehr aus, um Austritte aus der ÖTV zu verhindern.«*

Dieses Beispiel mag zur Illustration der Unzufriedenheit genügen. Intern wurde dem Hauptvorstand Untätigkeit angelastet. Es wurde ihm vorgeworfen, daß die von ihm benannten Verhandlungsführer ihrer Aufgabe nicht gewachsen seien. Die strukturellen Schwierigkeiten eines nach deutschem Tarifrecht unter den oben genannten Bedingungen zu führenden Arbeitskampfes wurden nicht als solche wahrgenommen und bearbeitet, sondern personalisiert. Wenn es wirklich zutrifft, daß die ÖTV-Sekretäre Blechschmidt und Keppler unfähig waren, Verhandlungen mit dem Finanzministerium und den SSK zu führen, dann stellt sich doch die Frage, warum sie auf ihren Posten blieben und nicht abgelöst wurden. Das von Herbert Mai unter dem innergewerkschaftlichen Druck schließlich vorgegebene Ziel, den Streik als Arbeitskampf mit dem Symbolgehalt *»Gegen Privatisierung im öffentlichen Dienst«* zu führen, konnte weder am Verhandlungstisch noch mit Unterstützung allein der Zivilbeschäftigten den Erwartungen gerecht werden. Vielmehr hätte eine solche Perspektive eine Ausweitung des Streiks auf Kernbereiche des öffentlichen Dienstes mit realer, öffentlich spürbarer Kampfkraft erfordert.

### **Streikverlauf**

Die Stimmung, die immer mehr auf einen wirklichen Streik drängte, wurde natürlich nicht nur von den Vorgängen und Planungen bei den SSK selbst verschärft, sondern durch die Abbaumaßnahmen und sozialen Auseinandersetzungen der letzten Monate wie Lohnfortzahlung, Aktionen der Berg-, Stahl- und Bauarbeiter, Steuerreform, AFG-Verschlechterung,

Gesundheitswesen, Rentenreform. Die Überzeugung wuchs, daß auch bei den Streitkräften etwas passieren mußte. Es wurden Flugblätter an die Bevölkerung verfaßt, um die Situation zu erläutern. Diese Informationsblätter stellten in erster Linie das Recht der SSK-Beschäftigten auf soziale Absicherung heraus, die durch das NATO-Truppenstatut gefährdet sei.

Nachdem die in Koblenz geführten Verhandlungen zwischen ÖTV und DAG auf der einen, Finanzministerium und Streitkräften auf der anderen Seite bis zum Februar 1997 keinen akzeptablen Abschluß erbrachten, entschloß sich der Hauptvorstand endlich zur Urabstimmung. Von den wenig mehr als 10.000 ÖTV-Mitgliedern im Bereich der SSK-Zivilbeschäftigten gingen 7791 zur Abstimmung; von diesen votierten 6619 (85 Prozent) mit »ja«, also ein klares Ergebnis. In Hanau, das hessenweit als Zentrum des Streiks galt, lag die Zustimmung sogar bei 90 Prozent. Obwohl die US-Armee an diesem Standort sehr stark abgebaut hat (die Kasernen im Stadtteil Lamboy zum größten Teil sowie die Panzerkasernen in Gelnhausen komplett), sind mit dem Flugplatz Erlensee und logistischen Einheiten in den südlichen Stadtteilen noch beträchtliche Einrichtungen vorhanden.

Der Ausstand begann am 3. März um 7 Uhr morgens. Bestreikt wurden der Flugplatz, die Verwaltung, die Versorgungs- und Sanitäreinrichtungen, die Heizung und die Feuerwehrr. Ein Streikposten wurde am Tor der Pioneer-Kaserne aufgebaut, weil sich in dieser Anlage die zentralen betrieblichen Einrichtungen der DEH befinden. Die örtliche ÖTV schloß allerdings ein Abkommen über die Aufrechterhaltung eines Notdienstes mit dem Standortkommandanten ab und sicherte auch zu, den Nachschub für die SFOR-Truppen in Bosnien-Herzegowina nicht zu behindern. Die Militärs legten sich weniger Zurückhaltung auf: Anfänglich versuchten sie, die Zivilbeschäftigten schlicht zur Arbeit zu kommandieren, später flogen sie Personal aus den USA ein. Auch unter den »local nations« fanden sich genügend StreikbrecherInnen, die zu einem erheblichen, vor allem auch psychologischen Problem des Streiks wurden.

Auf die Gefährdung von Streikposten durch Soldaten oder zivile StreikbrecherInnen, die mit ihren Autos die Kette in schnellem Tempo durchfuhren, wurde auf verschiedene Weise reagiert. Mit der Verteilung von Flugblättern wurde versucht, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Die Nummern ihrer Fahrzeuge wurden notiert, sie selbst wurden fotografiert, und diese Fotos hingen später im Streiklokal aus. Schließlich räumten die Streikenden für einen Tag den Streikposten an der Pioneer-Kaserne, aber nur, um durch Kollegen von der IG Bau ca. 50 t Tonerde vor das Tor kippen zu lassen. Solidarisch verhielten sich auch die Arbeiter der Mülldeponien im Main-Kinzig-Kreis: Sie weigerten sich, Abfall aus den amerikanischen Kasernen zu entsorgen. Von diesen Beispielen abgesehen, war die Solidarität aber eher dünn. Sie beschränkte sich im wesentlichen auf die Teilnahme von Mitgliedern der IG Metall, IG Chemie, IG Bau und IGBE an Kundgebungen. Diese konnten naturgemäß jeweils nicht mehr als etliche tausend TeilnehmerInnen (zum Beispiel 7000 am 8. April in Kaiserslautern als Spitzenzahl, zwei Tage später 5000 in Mannheim) umfassen.

### **Abschluß und Ergebnis des Streiks**

Mit Unterbrechungen zog sich der Streik insgesamt sieben Wochen hin. Nachdem sich wochenlang in den Ver-

handlungen nichts bewegte, andererseits aber die Beteiligung an den Kundgebungen der ÖTV und der DAG zahlenmäßig nicht nachließ, kam es in der zweiten Aprilhälfte schließlich doch zur Einlassung der SSK auf die strittigsten Punkte. Am 23. April mobilisierte die ÖTV zu einem »Marsch nach Bonn«, und hier wurde aufgrund des bundesweiten Charakters wieder eine Zahl von 7000 TeilnehmerInnen erreicht. Die Tarifverhandlungen fanden in dieser Woche nicht in Koblenz, sondern in einer Außenstelle des Bundesfinanzministeriums im Bonner Stadtteil Bad Godesberg statt. Dorthin zog dann ein Großteil der Streikenden und führte im Garten der Außenstelle eine Kundgebung durch. Diese Szenerie bildete die Kulisse für den Tarifaabschluss, der am folgenden Tag bekannt gegeben wurde.

Es wurde ein neuer Tarifvertrag vereinbart, der die strittigen Schutzbestimmungen der Anhänge O und X im Manteltarifvertrag sowie das Rationalisierungsschutzabkommen TASS und ZLT in teilweise modifizierter Form zusammenfassen soll. Der entscheidende Gewinn besteht darin, daß diese Maßnahmen, die ursprünglich gegen Nachteile bei militärisch oder politisch bedingter Truppenreduzierung greifen sollten und deren Übertragbarkeit auf die Privatisierungsoffensive der SSK bestritten worden war, nun eindeutig anerkannt sind. Damit sind die Privatisierung und der Abbau von Arbeitsplätzen allerdings nicht grundsätzlich verhindert, sondern den Streitkräften und den künftigen Privatfirmen nur gewisse »sozialverträgliche« Beschränkungen auferlegt worden.

In erster Linie betrifft das den Kündigungsschutz nach 15/40. Die in der DEH-Studie genannten Inspektionsstellen wird die US-Army wohl vorwiegend mit älteren Beschäftigten besetzen müssen. Einer Änderungskündigung mit dem Ziel der Verschlechterung steht für manche die 20/55er Regelung (20 Jahre dabei, 55 Jahre alt) entgegen. Die jüngeren Beschäftigten müssen sich auf ein Unterkommen bei den Privatfirmen mit den dann in Aussicht stehenden Abgruppierungen, ggf. auf Abfindungen in geringfügig verbesserter Höhe (bis maximal sieben Monatslöhne) und Fortbildungs-/ Umschulungsmaßnahmen einstellen.

Die Tarifkommission empfahl dem Hauptvorstand Annahme des Ergebnisses vorbehaltlich der Urabstimmung. Bei dieser genügen bekanntlich 25 Prozent Zustimmung, um den Streik zu beenden. In Hessen gingen 71 Prozent (562) der stimmberechtigten ÖTV-Mitglieder zur Abstimmung; davon stimmten 68,1 Prozent (383) mit Ja, 31,5 Prozent (177) mit Nein. Bundesweit war der Prozentsatz für die Zustimmung insgesamt deutlich höher: 79,4 Prozent der abgegebenen Stimmen. Die hohe Zahl der Nein-Stimmen belegt die Unzufriedenheit und die Enttäuschung der Erwartungen, die teils selbst gehegt, teils von den Hauptamtlichen genährt worden waren. Die Ja-Stimmen deuten auf Streikmüdigkeit und Pessimismus hin, drücken mit Sicherheit aber auch aus, daß das Ergebnis letztlich doch besser scheint als die realistischeren unter den Prognosen. So können vor allem die älteren Beschäftigten mit der Rettung der 15/40er-Regelung zufrieden sein. Die eigentlichen Probleme des Abschlusses, der in dieser Form nur teilweise die Funktion eines Rationalisierungsschutzabkommens erfüllt, im übrigen Überleitung bedeutet, dürften später auf die Belegschaften und Betriebsräte der Privatfirmen zukommen.

Herbert Mai hatte in Kaiserslautern noch einmal erklärt: »Die gesamte ÖTV steht hinter eurem Arbeitskampf. Mit der

ÖTV werden wir für einen umfassenden Schutz unserer Arbeitsplätze eintreten.« Dem entsprachen auch Stimmungen unter den Streikenden, etwa nach dem Motto: »Wenn die ÖTV diesen Streik verliert, kann sie 1998 einpacken.« Diese Einschätzung ist zwar verständlich, dürfte aber eine Nummer zu groß sein. Die Basis dieses Streiks und seine Wahrnehmung in der Öffentlichkeit geben diese Konsequenz nicht her. Aber Sektor für Sektor werden Arbeitsplätze mehr oder weniger geräuschlos abgebaut. Der entscheidende Unterschied, ob gekämpft wird oder nicht, ist daher überall wichtig und wird registriert.

Eines ist zum Schluß aber noch festzuhalten: Wenn in diesem Artikel nur die Rede war vom Streikverlauf und den internen Auseinandersetzungen zur Wahrnehmung der Interessen der Beschäftigten, nicht aber vom politischen Charakter dieser Arbeitsplätze als logistische Unterstützung imperialistischer Streitkräfte, so liegt das daran, daß diese Thematik keine Rolle spielte. Die Beschäftigten haben alles andere als ein gestörtes Verhältnis zum »Gebrauchswert« ihrer Arbeit. Dies können sie auch nicht, solange sie nicht den grundsätzlichen Bruch mit der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer bürgerlichen Form von Demokratie vollziehen. Dies ist natürlich ein Problem im Umgang mit einem solchen Arbeitskampf. Auch deswegen war es ein Irrtum, gerade diese Auseinandersetzung zu einem »Arbeitskampf gegen Privatisierung und Rationalisierung« (Mai) hochzustilisieren und ihm leichtfertig grundsätzliche Bedeutung zuzusprechen, ohne ihn auszuweiten. ■

#### ■ AN DEN BREMER SCHULEN

## Sparpolitik fordert Proteste bis zum Streik heraus

### Schüler- und Elternproteste 1996

Das erste Halbjahr 1996 war eine Zeit des Protestes von Eltern und Schülern gegen die Zustände an den Bremer Schulen. Im Februar 1996 begann der Protest der Grundschullehrer gegen die baulichen Mängel und die schlechte Versorgung mit Lehrern, die nicht nur zu erheblichem Unterrichtsausfall führte, sondern auch zu häufigem Lehrerwechsel. Gingen zunächst nur einzelne Schulen auf die Straße, so demonstrierten im März schon 500, dann 2000 und 3000 Eltern, Schüler und Lehrer zum Beispiel mit einem »Wandertag«. Im April/Mai 1996 verschärfte die Eltern ihren Protest mit einem Unterrichtsboykott an Grundschulen. Als schließlich Anfang Mai der Unterricht an 30 (vorwiegend) Grundschulen boykottiert wurde – an einigen Grundschulen ging er über mehrere Wochen –, fand die Senatorin Kahrs keine andere Antwort, als den Eltern mit Bußgeldern zu drohen. Aus den Fraktionen von SPD und CDU wurden Stimmen laut, die eine Verlängerung der Lehrerarbeitszeit forderten:

Ihre Antwort auf die Probleme, die bei steigenden Schülerzahlen und einer steigenden Zahl von Pensionierungen bei der überalterten Lehrerschaft und gleichzeitigem Einstellungsstopp entstehen. Die GEW wurde von dem Elternboykott überrascht und schaffte es nicht, mit den Organisatoren in Verbindung zu treten.

Nachdem am 28. Mai mehr als 2000 Bremerhavener Schüler, Eltern und Lehrer auf dem Bremer Marktplatz gegen die Rotstiftpolitik des Senats demonstriert hatten, erlebte Bremen am 30. Mai seine bisher größte Schülerprotestaktion. In vier Marschsäulen zogen ca. 8000 Schüler zum Bildungssenator, während gleichzeitig in den Randgebieten der Stadt weitere 2000 Schüler demonstrierten. Zwar hatten Zentralelternbeirat und GEW mit aufgerufen und auch auf der Kundgebung gesprochen, sie waren jedoch nur Anhängsel der Schülerdemonstration.

Der Zentralelternbeirat hatte mit drei Volksbegehren zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung, zur Lernmittelfreiheit und zum schlechten Zustand der Schulräume über einen längeren Zeitraum eigene Aktionsschwerpunkte gesetzt. Mehrere zehntausend Unterschriften wurden gesammelt. Und dann erklärte der Senat im Oktober 1996 die Volksbegehren für unzulässig, weil sie in die Haushaltshoheit eingriffen, und reichte sie zur Prüfung an den Staatsgerichtshof weiter.

Während also Schüler und Eltern gegen die Sparpolitik des Senats an den Schulen mit ihren Mitteln protestierten, blieben die Lehrer überwiegend ruhig. Zwar hatten sich auch ihre Arbeitsbedingungen verschlechtert, sie waren jedoch noch nicht im Kern getroffen.

### **Arbeitszeit und Arbeitslosigkeit: Reden und Handeln der Regierenden sind zweierlei**

Von den Politikern aller bürgerlichen Parteien haben wir immer gehört, dass sie die Arbeitslosigkeit bekämpfen wollen. Gleichzeitig haben sie die Arbeitszeit der Landesbediensteten erhöht und damit gleichzeitig junge Menschen in die Arbeitslosigkeit gedrängt. So werden die öffentlichen Haushalte entlastet, um die Unternehmer weiter steuermäßig und über Subventionen begünstigen zu können. Seit Anfang der 90er Jahre wird in Deutschland die Lehrerarbeitszeit in den einzelnen Bundesländern erhöht. Den Anfang machte Berlin, gefolgt von Rheinland-Pfalz unter Rudolf Scharping (SPD) als Ministerpräsident. In den neuen Bundesländern wurde die Arbeitszeit stufenweise erhöht. Zunächst erfolgte eine Angleichung an die alten Bundesländer, inzwischen ist sie darüber hinaus angehoben worden. Im Saarland erhöhte die sozialdemokratische Landesregierung 1993 die Arbeitszeit ihrer Staatsbediensteten, in Bayern, Schleswig-Holstein und Niedersachsen wurde für die Beamten die 40-Stunden-Woche wieder eingeführt. Auch die Bremer Pädagogen sahen eine Erhöhung der Pflichtstundenzahl auf sich zukommen.

### **Rettungsversuch durch neue Arbeitszeitmodelle**

Der Vorstand der Bremer GEW, deren Aktivität praktisch nur noch beim Vorstand und beim Personalrat lag, ging deshalb Verhandlungen mit der »rot-grünen« Landesregierung über ein neues Arbeitszeitmodell für Lehrer ein. Er stützte sich dabei auf eine Mitgliederbefragung. Mit dem damaligen Senator für Bildung, Henning Scherf, einigte sich die Bremer GEW am 3. Mai 1995 in einem Kooperationsvertrag darauf, »durch Modellversuche gemeinsam Überlegungen und Vorschläge zu entwickeln, wie Lehrerinnen und Lehrer ohne zusätzliche Belastungen dank veränderter Arbeitszeitsysteme besser pädagogisch arbeiten können«. Bestandteil des Vertrages war unter anderem, dass nicht mehr Unterrichtsstunden oder größere Klassen verordnet werden und dass eine bestimmte Zahl von Lehrern neu eingestellt wird.

Nach Meinung des GEW-Vorstandssprechers Heiko Gosch gab es im kleinsten Bundesland die Chance, »aus der unproduktiven Konfrontation von Maximierungszielen der Gewerkschaftsseite und Minimierungszielen bei den Arbeitgebern« herauszukommen. Beide Seiten hätten sich auf »Optimierung« geeinigt, um Unterricht und Betreuung der Schülerinnen und Schüler zu verbessern, auch unter Bedingungen wie steigende Defizite im Landeshaushalt. Ziel der Regierungsseite war zweifellos, die Gewerkschaft als Verhandlungspartner und aktiven Gestalter von Reformen zu erhalten.

Warnten kritische Stimmen von Anfang an vor Illusionen über den Vertrag, so zeigte sich seine Wertlosigkeit wirklich schnell: Elf Tage nach der Unterzeichnung verlor die SPD als größte Regierungspartei die Landtagswahl, flüchtete sich in eine Koalition mit der CDU. Jetzt fährt die SPD unter Bürgermeister Scherf mit der CDU einen Sparkurs ohne Pardon.

Auch als Anfang dieses Schuljahres deutlich sichtbar wurde, dass die neue SPD-Bildungssenatorin Kahrs den Vertrag zur Arbeitszeitverlängerung nutzen wollte, blieb der GEW-Vorstand zunächst vertragstreu in den Arbeitszeitforen mit der Schulverwaltung und war damit völlig in der Defensive. Auf einem Diskussionsforum für Mitglieder zeigte sich noch eine starke Tendenz, Gehaltsverzicht zu üben, wenn man damit dazu beitragen könnte, dass Lehrer eingestellt werden.

Am 20.9.1996 beschloß der Koalitionsausschuß, die Unterrichtsverpflichtung der Lehrerinnen ab 1.8.1997 um eine Stunde zu erhöhen, wenn nicht bis dahin neue Arbeitszeitmodelle vorlägen. Verzweifelt suchten der GEW-Vorstand und die Bildungssenatorin nach Lehrerkollegien, die neue Arbeitszeitmodelle erproben sollten. Es fanden sich letztendlich nur eine Schule in Bremerhaven und ein Grundschulkollegium in der Stadt Bremen. Zwar waren andere Schulen auch reformbereit, wollten jedoch nicht mit ihrem Engagement ihrer eigenen Arbeitszeitverlängerung zustimmen. Erst als die Senatorin auf Anfrage des Personalrats Ende Oktober schriftlich mitteilte, daß mit dieser großen Koalition die Zielsetzungen des Kooperationsvertrages nicht zu verwirklichen sind, stellte die GEW ihre Rolle als Veranstalterin des Arbeitszeitforums ein.

Sie ließ jedoch immer noch nicht von den neuen Arbeitszeitmodellen ab. Was sich hinter der Formulierung der Senatorin: »die Unterrichtsstruktur und den Unterrichtseinsatz von Lehrern an den Schulen so zu verbessern, daß eine Erhöhung der in der Schule wirksamen Arbeitszeit der Lehrer erreicht und die Effizienz von verfügbarer Unterrichtskapazität gesteigert wird«, verbarg, wurde jedoch der Lehreröffentlichkeit schnell klar: erheblich verlängerte Anwesenheit in der Schule ohne Obergrenze für die Zahl der Unterrichtsstunden, zerstörerische Verteilungskämpfe in den Lehrerkollegien (arbeitet der Mathematiklehrer mehr als der Sportlehrer?), größere Lerngruppen, weniger Zeit zur Vor- und Nachbereitung.

### **Die GEW muß die Kurve kriegen**

Nun mußte der GEW-Vorstand die Kurve kriegen. Noch in den letzten Schultagen des Jahres 1996 wurde vorsichtig mobilisiert zu einer Unterschriftensammlung gegen die drohende Arbeitszeitverlängerung. Übergeben wurden dann im Januar ca. 3000 Unterschriften Bremer und Bremerhavener Lehrkräfte vor dem Bürgerschaftsgebäude – von einem klei-

nen Häuflein Lehrer. Die Senatorin ließ den Lehrkräften in ihrer Stellungnahme nur die Wahl zwischen Pest und Cholera. So empfanden es jedenfalls die anwesenden Lehrerinnen und Lehrer.

### Zwei Personalversammlungen für die Lehrer der Stadt Bremen zeigen eine Entwicklung

Auf der Personalversammlung im »Pier 2« (ehemaliges AG-Weser-Gelände) im Juni 1996 waren die teilnehmenden 1500 Pädagogen zum erstenmal direkt mit der Forderung nach Arbeitszeitverlängerung für Lehrer durch die Fraktionsvorsitzenden von SPD und CDU konfrontiert worden. Von Neumeier (CDU) brüsk, von Weber (SPD) mit dem Werben um Verständnis. Doch unterschieden sie sich nicht im Inhalt: Was wollt ihr Lehrer eigentlich? Bremen hat kein Geld. In anderen Bundesländern müssen die Lehrer auch länger arbeiten. Und dort sind die Schüler genau so schwierig. Als Neumeier noch daraufsattelte: Die Vulkankollegen verzichteten schließlich auf 20 Prozent ihres Lohnes, und da wollten sich die Lehrer verweigern, trat eine Schulleitersprecherin als Frau eines entlassenen Vulkanesens ans Mikrofon und hielt ihm entgegen: In diesem Zusammenhang von der 20prozentigen Lohnkürzung zu sprechen sei eine Unverschämtheit. Sie brauche eine Schule für ihre Kinder, die keine teuren Nachhilfestunden notwendig mache! Während sich die meisten Redebeiträge um die schwerer werdende pädagogische Arbeit einer immer älter werdenden Lehrerschaft rankten, wies ein Redebeitrag aus dem Personalrat auf die Einheit von Kabinett und Kapital hin und stellte die Frage, ob künftig statt in Schulen in Jugendvollzugsanstalten investiert werden solle. Auf Kritik stieß der Vorschlag der Grünen, die Einstellung junger Lehrer über einen Vertrag zur Reduzierung der Unterrichtsstunden für Lehrer zu erreichen. Die bediensteten Lehrer sollten also die Einstellung von Arbeitslosen bezahlen. Der Vorschlag wurde als Griff in die Klamottenkiste aufgefasst.

Bei der Personalversammlung im Februar 1997 war den mehr als 1000 anwesenden Lehrkräften inzwischen klar, daß die Senatorin mit ihrem neuen Arbeitszeitmodell nur Arbeitszeitverlängerung im Sinn hatte. Für sie hatten die Anwesenden nur Hohn und Spott: »Betrug«, »Herumgesülze«, »Etikettenschwindel«, »Volksverdummung«, »Zynismus« warfen die Redner ihr vor. Die Wut der Redner wandte sich auch gegen ihre Adlaten, ehemalige führende GEW-Funktionäre, die der Senatorin jetzt die Vorlagen zur Arbeitszeitverlängerung erarbeiten. Enttäuschung über die politische Rolle der Sozialdemokratie wurde deutlich: Jahrelang habe man brav alle Reformen mitgemacht, doch jetzt sei Schluß. Die Grenze der Belastbarkeit der Lehrerinnen und Lehrer bei ständig gestiegenen Ansprüchen sei erreicht. Viele Redebeiträge waren politischer als in der vorangegangenen Personalversammlung. Beispiel dafür ist die Rede des Personalrats (Kasten, gekürzt). Emotional geladen, waren die Pädagogen auch aufnahmebereit für politische Zusammenhänge. Mit einer Solidaritätserklärung wider alle senatorischen Sparübungen im Bildungsbereich meldete sich die Gesamtschülervertretung zu Wort.

Doch die Bildungssenatorin hatte nur eine Antwort: Entweder das neue Arbeitszeitmodell oder eine Erhöhung um eine Wochenstunde. Etwas anderes bliebe Bremen mit seinen enormen Sparzwängen und im Vergleich mit anderen Bundesländern gar nicht übrig. Am Ende stimmte die Versammlung einhellig gegen das neue Arbeitszeitmodell und rief zu Protest und Widerstand gegen die drohende Arbeitszeitverlängerung auf.



### Der GEW-Hauptvorstand

Nun protestierte auch der GEW-Hauptvorstand in einem Brief an die Mitglieder gegen die drohende Arbeitszeitverlängerung an den Bremer und Bremerhavener Schulen. Er war es aber gewesen, der bundesweit neue Arbeitszeitmodelle propagiert hatte. Wenn der Hauptvorstand schreibt: Der Modell- und Diskussionsvorschlag der GEW bedeute kein Angebot an die Landesregierungen und Kultusministerien, jetzt auch noch legitimiert durch die GEW im Sinne von Sparprogrammen und zur Durchsetzung von Stellenkürzungen einseitig an den Schulen Änderungen durchzuführen, so spiegelt sich darin wider, daß viele Lehrer das durchaus so sehen. Der GEW-Hauptvorstand ist nicht in der Lage, seinen Mitgliedern die Zusammenhänge aufzuzeigen, in denen die Sparpolitik der Regierungen durchgeführt wird. Das Kapital und seine Geschäftsführer in der Regierung haben das Ziel, im wachsenden internationalen Konkurrenzkampf die Profite zu erhöhen. Diesem zentralen Interesse der kapitalistischen Gesellschaft wird alles untergeordnet: Deshalb müssen alle Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsausgaben, Löhne, Gehälter und Renten gekürzt werden. Und schließlich braucht nicht mehr Rücksicht genommen zu werden auf eine gesellschaftliche Alternative. Unter diesen Bedingungen werden alle Reformbestrebungen ins Gegenteil verkehrt. Sie werden genutzt, um die Zustimmung der Betroffenen zur Mehrbelastung zu erreichen.

### Kurs auf Streik

Am 18.2.1997 erklärte die ÖTV die Gespräche über den Solidarpakt für den öffentlichen Dienst Bremens für gescheitert. Die Vertrauensleute der Bremer ÖTV hatten den Eiertanz des Bremer Senats satt. Der Senat war nicht bereit gewesen, sich mit seiner Unterschrift darauf festzulegen, dass die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst nicht verlängert und neue Kolle-

gen eingestellt werden, wenn die Bediensteten im öffentlichen Dienst auf eine Gehaltserhöhung verzichten. Damit wird es auch keinen Verzicht der Angestellten auf die unter Vorbehalt gezahlte Gehaltserhöhung um 1,3 Prozent geben, wohl aber eine Arbeitszeitverlängerung (40-Stunden-Woche) für alle Bremer Beamten ab 1. Juni 1997.

In den Schulen weitete sich nach der Personalversammlung die Diskussion aus. Kollegien fassten Beschlüsse gegen

konnte man doch nicht einfach so hinnehmen. Denn auch das Schlupfloch Frühpensionierung wurde vom Senat durch erhebliche Verschlechterung der Bedingungen praktisch verstopft. So wurde der Landesvorstand beauftragt, erste Warnstreiks noch vor Ostern und für April eine zentrale Arbeitsniederlegung an den Bremer und Bremerhavener Schulen zu organisieren.

### Warnstreiks in der Woche vor den Osterferien

In vielen Bremer Schulen wurde daraufhin beraten und in der Woche vor den Osterferien fanden dann an 17 Bremer Schulen Aktionen statt. Am 18.3. streikten Kolleginnen und Kollegen an fünf Schulen. Bei einem »Ausflug als Altersheim« holte sich ein Kollegium medizinische Beratung im Hauptgesundheitsamt, sprach das Arbeitsamt auf Umschulung zu einer altersgerechten Tätigkeit an und fragte die Bildungssenatorin: Wie alt müssen wir noch werden, damit jüngere Kollegen eingestellt werden? Am 19.3. und 20.3. führten sechs Schulen eine LehrerInnenversammlung statt Unterricht durch, außerdem fanden Teilpersonalversammlung, personalrätliche Beratung und ein Schulwandertag mit Protest statt.

Die Aktionen fanden durchaus Beachtung in der Öffentlichkeit. Jedoch ein Elternbeirat stellte sich hinter die Lehreraktionen.

### Diskussionsprozeß in den Lehrerkollegien

Nach den Osterferien rief die GEW die Schulen auf, Streikbeschlüsse zu fassen. Zur Information der Eltern gingen Faltblätter an die Schulen. Kollegium für Kollegium setzte sich mit dem von der GEW auf den 30.4.1997 angesetzten landesweiten Streiktag auseinander. Dadurch wurden auch die gewerkschaftlich nicht organisierten Kollegen am Diskussionsprozeß und an den Entscheidungen beteiligt.

Ängste und gefühlsmäßige Barrieren waren zu überwinden: Müssen nicht alle Opfer bringen? Ist es richtig, die Probleme der Lehrer auf dem Rücken der Kinder auszutragen? Dürfen Beamte denn streiken? Ist Streik das richtige Mittel? Wird mir ein ganzer Arbeitstag Gehalt abgezogen? Machen wir dem Senat nicht nur ein finanzielles Geschenk? Aufgrund des bisherigen Presse-, Funk- und Fernsehechos gab es große Bedenken wegen der öffentlichen Meinung: Durch die Terminlegung war fast eine ganze Woche unterrichtsfrei: Machen Lehrer, die »faulen Säcke«, nur wieder Ferien? An vielen Schulen wurde gefragt: Was ist am Tag danach? Es kann doch nicht angehen, daß die Lehrer nach ihrem Protest die Arbeitszeitverlängerung einfach hinnehmen.

So kam die Verweigerung von Tätigkeiten, die über den Unterricht hinausgehen (Schulfeste, Klassenfahrten, Projektwochen, Gremienarbeit, u.a.) mit ins Gespräch. Doch auch das war zu hören: Der Senat spekuliert auf einen weiteren Schub von Teilzeitarbeit, denn irgendwo muß das Geld ja herkommen, mit dem der Kauf des Siemenshochhauses und das billige Land zur Industrieansiedlung finanziert werden.

Und dann meldete doch nach und nach eine Schule nach der anderen Streikbereitschaft. Viele Kollegien beschlossen,



Arbeitszeitverlängerung. Ende Februar setzte sich eine Delegiertenversammlung der Bremer GEW mit der angekündigten Arbeitszeitverlängerung auseinander. Mehr als 60 Delegierte nahmen teil, während es sonst gerade 20 waren. Das Senatsargument, in Bremen würde die Lehrerarbeitszeit nur dem Bundesdurchschnitt angeglichen, bereitete vielen Delegierten erhebliche Probleme in den Diskussionen in ihrem Umfeld. Sie taten sich schwer, die Argumentationslinie des Senats einfach abzulehnen, sich auf das niedrigste Niveau angleichen zu lassen. Der Ankündigung der Senatorin, es würden zumindest einige Lehrer eingestellt, wurde nicht geglaubt.

Als über Streiks gesprochen wurde, übten die meisten Delegierten Zurückhaltung. Die emotional geladene Personalversammlung bedeutete noch lange nicht, dass die Lehrerinnen und Lehrer auch schon zum Handeln bereit waren. Die große Kampfbereitschaft wurde noch nirgends gesehen. Wie wenig sich die GrundschulkollegInnen offenbar mit der sie betreffenden Senatspolitik auseinandergesetzt hatten, zeigte die Forderung aus einem Grundschulkollegium, die GEW möchte doch bitte mit dem Senat konstruktiv zusammenarbeiten und nicht immer gegen alles sein.

Der Vorstand wurde mehrfach aufgefordert, die Kollegen besser zu informieren, weil überall an den Schulen große Unsicherheit herrsche, auch über die Positionen der GEW. An Solidarität von anderen glaubte niemand. Der neue Zentralelternbeirat hatte zum Problem der Lehrer keine Meinung. Und auf ein paar Worte vom DGB wollten alle gerne verzichten. Wenn sich auch Landesvorstandsmitglieder von einem Streik Teilerfolge erhofften, unter den Delegierten gab es keine Illusionen darüber, die Arbeitszeitverlängerung mit einem Streik abwehren zu können.

Doch sogar zwei Stunden Arbeitszeitverlängerung, wie inzwischen deutlich wurde, oder gar mehr für diejenigen, deren Altersermäßigung um drei Jahre verschoben wird, das

---

---

## Rede des Personalrats, gekürzt

»Die Anforderungen an Schule und damit an die Arbeit von Lehrerinnen sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, und zwar im Unterricht, außerhalb des Unterrichts, bei der Vor- und Nachbereitung, durch neue zusätzliche Aufgaben, wie sie zum Beispiel im Schulgesetz definiert werden – gleichzeitig sind die Bedingungen unserer Arbeit schlechter geworden, die Klassen größer, die Lehr- und Lernmittel schlechter, die Kinder schwieriger. Für Lehr- und Lernmittel kann kaum noch weniger ausgegeben werden.

Zusammengefaßt heißt das: Unsere Arbeit ist mehr geworden, unsere Arbeit ist intensiver geworden. Ein Arbeitszeitverlängerungsdiktat macht die Motivation und Kraft der Beschäftigten kaputt, Arbeitszeitverlängerung zerstört die Chancen von ausgebildeten jungen Lehrerinnen und Lehrern auf einen Arbeitsplatz. Und Arbeitszeitverlängerung – egal ob dumpf als Pflichtstundenerhöhung oder dynamisch als vorgebliche Humanisierungs- und Modernisierungsvariante – richtet sich in ihren Auswirkungen nicht nur gegen Lehrerinnen und Lehrer, sondern der damit verbundene Personalabbau schadet der gesamten Schule und ihrer pädagogischen Qualität.

Vor diesem Hintergrund ist es logisch, politisch richtig und eine Frage der Selbstachtung, wenn wir heute und in Zukunft Arbeitszeitverlängerung und Mehrarbeit in jeder Form ablehnen und schon gar nicht an ihrer Ausgestaltung mitwirken.

Trotz dieser klaren Position gibt es Unsicherheit bei uns. Viele von uns stellen sich sicherlich die Frage, ob es legitim und von anderen gesellschaftlichen Gruppen nachvollzieh-

bar ist, wenn Lehrer in einer gesellschaftlichen Situation, die geprägt ist durch einen gnadenlosen Sozialabbau und die massenhafte Zerstörung von Arbeitsplätzen, sich gegen eine oder zwei Stunden mehr Unterricht wehren.

Unsere Gesellschaft ist gegenwärtig dadurch gekennzeichnet, daß auf der einen Seite privater Reichtum und privates Kapital immer mehr wachsen. Auf der anderen Seite verschlechtern sich systematisch die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten, wächst die Arbeitslosigkeit, wird der Sozialstaat demontiert, sinken die Zukunftschancen der Kinder und Jugendlichen u.a. deshalb, weil die Möglichkeiten, eine zukunftsorientierte Bildung in öffentlicher Verantwortung sicherzustellen, immer weiter abgebaut werden. Dieser Entwicklung geben wir nicht dadurch eine andere Richtung, daß wir durch eine längere Arbeitszeit die Effektivität und den Standard von Schule senken und den Personalabbau im Bildungsbereich beschleunigen. Im Gegenteil, wenn wir Arbeitszeitverlängerung widerspruchslos akzeptieren, fallen wir auf eine Politik herein, die Arbeitslosigkeit und Sozialabbau benutzt, um politische und gewerkschaftliche Gegenwehr, also letztlich die Wahrnehmung demokratischer Rechte zu unterlaufen und Duckmäusertum und Angepaßtheit als politische Tugend verkauft. Wenn wir eine Arbeitszeitverlängerung für Lehrer widerspruchslos akzeptieren, unterstützen wir eine Politik, die durch Kürzungen im Bildungs- und Sozialbereich den Bremer Haushalt sanieren will.

Wir wissen, daß der gesellschaftliche Reichtum eine andere Politik erlaubt, daß es eine Alternative zur herrschenden Politik der Zerstörung des Sozialstaates gibt und daß die Bremer Kürzungsspirale der letzten Jahre keine objektive Naturgesetzmäßigkeit oder Schicksal ist, sondern Ergebnis einer verfehlten Haushalts-, Wirtschafts- und Steuerpolitik.«

14.5.97 ■

---

---

die ungleiche finanzielle Belastung der einzelnen Kollegen durch den Streik auf alle gleichmäßig zu verteilen.

### »Junge Lehrer gibt es überall zu Hauf, laß doch der Jugend ihren Lauf«...

...so sang eine Lehrergruppe auf der Personalversammlung am 29.4.1997, unmittelbar vor dem Streiktag. Mehr als 2000 Pädagogen sprachen sich hier dafür aus, Tätigkeiten, die über den Unterricht hinausgehen, zu verweigern. Referendare traten auf und machten durch ihr persönliches Schicksal deutlich: Arbeitszeitverlängerung für die einen bedeutet gleichzeitig Arbeitslosigkeit für die anderen. Damit hatte die Auseinandersetzung auch in der Masse der anwesenden Lehrer nicht nur die persönliche Mehrbelastung der einzelnen zum Inhalt, sondern bekam eine gesellschaftliche Dimension: Der Kampf gegen Arbeitszeitverlängerung ist auch ein Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Als Gastredner wies Mercedes-Betriebsrat und Vater Uwe Werner darauf hin, dass Arbeitszeitverlängerung nicht nur ein Lehrerproblem ist. Auch die Industrie strebt die Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche an. Arbeit müsse aber doch auf mehr Schultern verteilt werden.

Von der GEW wurden die anwesenden Lehrer aufgefordert, eventuelle Anträge auf Teilzeitarbeit an den Personalrat zu schicken, um sie in ihrer Menge zur Einstellung junger

Kollegen nutzen zu können. Mehrfach kam die Forderung, den Kampf nach dem Streiktag fortzusetzen. Von einer Schule kam die Meldung, daß der Elternbeirat den Streik der Lehrer unterstützt. Wieder erwies sich die Personalversammlung (in Bremen wie in Bremerhaven) als das Mittel der Lehrerinnen und Lehrer, ihren Willen zu vereinheitlichen.

### Erstmals landesweiter Lehrerstreik

Am 30.4. wurden in aller Frühe an vielen Bremer Schulen die Türen mit Ketten verschlossen. Dann ging es über Stadteilsammelpunkte zum zentralen Sammelpunkt am Hillmannplatz. 650 Lehrerinnen und Lehrer aus Bremerhaven reisten mit Bussen an. Der anschließende Demonstrationzug führte vorbei an den Geschäftsstellen der CDU- und SPD-Fraktionen der Bürgerschaft, denen die rote Karte gezeigt wurde. Viele Transparente thematisierten die Überalterung der Lehrerkollegien und stellten den Zusammenhang zwischen der Arbeitszeitverlängerung und der Arbeitslosigkeit her. Referendare traten als (nicht gewünschte) Supermänner/frauen auf. »Lehrer gehen auf die Straße, um arbeitslose Lehrer von der Straße zu holen«, brachte ein langes Transparent die Aktion auf den Punkt. Eine Hochstimmung ging durch den Demonstrationzug: unübersehbar lang wurde er. Der Marktplatz war bei der Abschlußkundgebung so gefüllt wie sonst nur am 1. Mai (in den letzten Jahren). Ca. 4000 der



6000 Lehrer im Lande Bremen wurde als »*liebe faule Säckinnen und Säcke*« begrüßt. Nicht wenige von ihnen waren noch unter dem Eindruck der Personalversammlung dem Streikaufruf gefolgt. 120 der 170 stadtbremischen Schulen wurden bestreikt. Schwachpunkte waren Grundschulen, Handelsschulen und Gymnasien, wo für das Abitur geprüft wurde. Wie bei den einstündigen Proteststreiks standen auch jetzt nur wenige Elternbeiräte hinter den Streikaktionen der Lehrer. Es fällt den Pädagogen schwer, ihren Kampf den Eltern verständlich zu machen. Zu wenige Lehrer verbinden die Betroffenheit der Bevölkerung durch die Schließung von Schwimmbädern und Büchereien, die Vergrößerung der Kindergartengruppen und die Arbeitslosigkeit mit der Sparpolitik der Regierung bei der Arbeitszeitverlängerung für Lehrer, und das auf dem Hintergrund steigender Unternehmergewinne, sinkender Arbeitereinkommen und leerer Staatskassen als gewollter Regierungspolitik.

Getragen von dem Schwung des Streiks setzten weit mehr als 1000 Lehrerinnen und Lehrer ihren Protest gegen die Sparpolitik des Bremer Senats auf der Maidemonstration fort. Sie bildeten erstmals die Spitze des Demonstrationszuges und waren der größte Block, so viele wie an keiner Maidemonstration vorher. Die DGB-Kreisvorsitzende Helga Ziegert, selber Lehrerin, hielt es allerdings nicht für nötig, auch nur mit einer Silbe auf die Probleme der einzigen im aktiven Abwehrkampf stehenden Gruppe der Maidemonstration einzugehen.

## **Offene Landesversammlung der PDS in Hamburg am 22.3.1997**

Anwesend waren circa 60 PDS-Mitglieder der PDS Hamburg, Gäste aus politisch nahestehenden Gruppen wie der DIDF, der DKP und der Gruppe Arbeiterpolitik. Angereist waren: Genosse Gysi, in seiner Begleitung Wolfgang Gehrke aus dem Parteivorstand, und Ulla Jelpke aus der Bundestagsfraktion. Gehrke war einst Vorstandsmitglied der DKP und Vorsitzender der DKP in Hamburg bis zu dem Zeitpunkt, da er sich im Zuge des Niederganges der DKP von seiner »Vergangenheit«, in der bürgerlichen Presse (»Hamburger Abendblatt«), lossagte. Ulla Jelpke kommt am dem Hamburger KB. Hatte Gysi geglaubt, mit deren Unterstützung und verstärkt mit seinen Anhängern aus Hamburg könne er die aufsässigen Hamburger Genossinnen und Genossen zur Räson bringen, so erlebte er ein Waterloo.

Gysi zog alle Register, um seine Widersacher in Hamburg zu zügeln. Nur, der politische Inhalt ließ bei ihm und seinem Anhang zu wünschen übrig. So versuchte er Stimmung zu machen, indem er so hochpolitische Aussagen von sich gab wie die, daß auf allen Konferenzen der PDS die Teilnehmer nur noch über die Hamburger Genossen »stöhnten«. Er wollte die Hamburger Genossen auf diese Art und Weise nicht nur herabsetzen, sondern auch indirekt der Versammlung zu verstehen geben, bei seinen Auftritten sei das anders, er würde überall begrüßt. Aus seinem Munde kommt dann auch immer wieder die Klage, in den westlichen Landesbezirken dominierten die »*Altlinken und Splittergruppen*«. Dabei scheint ihm zu entgehen, daß seine Anhänger, die er von außerhalb mitbringt ebenso wie aus Hamburg, selbst fast

durchweg aus den Reihen der »*Altlinken*« kommen. Dieser »politische« Einsatz Gysis in Hamburg kennzeichnet das politische Niveau, mit dem die Probleme von ihm und seinem Anhang behandelt werden. Die Auseinandersetzungen um eine Beteiligung an den kommenden Bürgerschaftswahlen in Hamburg – wieviel Prozent kann die PDS erreichen und wieviel Prozent sind für die Bundestagswahlen nützlich oder schädlich? – sind nur der Anlaß, der Grundkonflikt geht tiefer.

Die PDS ist mit Fragen konfrontiert, die in der Partei nicht offen ausgetragen werden, weil sie zu Zerreißproben werden könnten. In der Stellung zur Außenpolitik der BRD – dem Einsatz der Bundeswehr in Jugoslawien und jetzt in Albanien – bestehen vor allem in der Bundestagsfraktion Gegensätze, die nur schwer unter den Teppich zu kehren sind. Gilt eigentlich noch der alte sozialdemokratische Grundsatz: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen? Oder soll die PDS im Bundestag den als karitative Hilfsmaßnahmen getarnten Einsätzen der Bundeswehr ihre Unterstützung geben? Gilt der Parteitagsbeschluß, daß die PDS sich an die Seite der Gewerkschaften stellt oder soll sie für die Öffnung der Tarife in mittelständischen Unternehmen eintreten? Solche Forderungen kommen besonders aus den kleinen Unternehmen in den neuen Ländern (Ostrowski).

Zur Landesversammlung wurde eine »alternative« Tagesordnung gegen die vom Arbeitsausschuß vorgeschlagene Tagesordnung eingebracht. Auf der Landesversammlung wird jedoch der erste Punkt, der alternativ zur Tagesordnung stand, wieder zurückgezogen – er lautete: »...*verlangen wir Auskunft darüber, wer die Demonstration zur 'Freiheit für alle politischen Gefangenen'* angemeldet hat, warum der Landesverband (der PDS) Unterstützer ist und warum im Aufruf der Demo mit keinem Wort auf die politischen Gefangenen Chinas, Kambodschas und Kubas eingegangen wird. Insbesondere möchten wir vom Landesvorstand wissen, warum in diesem Aufruf nicht auf die Lage der Homosexuellen auf Kuba eingegangen wird und wie seine Meinung zur Homosexualität als Haftgrund ist«.

Ein Diskussionsredner, selbst Teilnehmer der Demonstration, bedauert, daß der »alternative« Antrag wieder zurückgezogen wurde, denn schließlich seien ja darin die politischen Differenzen verborgen. Die politischen Gefangenen der RAF zum Beispiel seien Gefangene aus unseren Reihen, auch wenn wir politisch mit ihnen nicht übereinstimmen – so wie Priebke und andere Gestalten die politischen Gefangenen unserer Klassengegner sind, über die sie schützend ihre Hände hielten.

Die Berufung auf den Klassenstandpunkt hielt Gysi für »zu billig«. Historisches Verdienst der PDS im Osten sei es gewesen, als erste sozialistische Partei in Deutschland viele Kleinbürger, zum Beispiel aus dem Staatssicherheitsapparat, integriert und so ein Abwandern dieser Bevölkerungsteile nach rechts verhindert zu haben.

In der Diskussion wurde Gysi u.a. entgegengehalten, daß es zwei verschiedene Arten gebe, Teile des Kleinbürgertums für eine sozialistische Partei zu gewinnen. Die KPD habe 1923 in einer zugespitzten gesellschaftlichen Situation durch ihre Einheitsfrontpolitik eine starke Position in den freien Gewerkschaften erobert. Durch eine an den Interessen der Arbeiterklasse orientierte Politik konnte sie Teilen des Kleinbürgertums eine Perspektive zeigen, die über den Kapitalismus hinauswies.

Die zweite Art, sich dem Kleinbürgertum zu nähern, sei die, den kleinbürgerlichen Vorstellungen hinterherzulaufen. Vorstellungen, daß man den Kapitalismus wieder zu einem Zustand zurückführen könne, in dem es dem Kleinbürgertum noch gut ginge und es nicht akut durch das große Kapital mit dem Ruin bedroht würde. Dem entsprächen die Vorstellungen vieler Gewerkschaftsführer, den »Kapitalismus pur« wieder in seine sozialpartnerschaftlichen Formen zurückzuführen. Die Vorstellung, mit Hilfe der Parlamente eine Umverteilung von oben nach unten durchzuführen, zum Beispiel durch Steuererhöhungen für Reiche, sei eine Illusion. Das würde unter den heutigen Bedingungen nur dazu führen, daß das Kapital ins Ausland abwandern und die Krise im Inland sich verschärfen würde. Insofern hätten die bürgerlichen Ökonomen recht, innerhalb des Systems gäbe es keinen Ausweg aus der Krise, der nicht von der arbeitenden Bevölkerung große Opfer verlangen würde. Das Schüren von Illusionen darüber müsse zu Enttäuschungen führen, dazu, daß die Menschen sich abwenden und den Rechten hinterherlaufen würden, wie man das kürzlich in Wien beobachten konnte, wo traditionelle SPÖ-Anhänger Haider wählten. Die SPD würde auf ihre Reformpolitik aus den siebziger Jahren ja auch heute nicht verzichten, weil ihre Führung dumm oder schlecht sei, sondern weil die materiellen Grundlagen für diese Politik heute nicht mehr bestehen. Wenn die »FAZ« schreibe, ein Recht auf Arbeit könne es in der Marktwirtschaft nicht geben, so habe sie damit aus ihrer Sicht recht.

Die »FAZ« vertrete nämlich auch einen Klassenstandpunkt, den Standpunkt der bürgerlichen Klasse. Dahinter dürfe die PDS als sozialistische Partei nicht zurückfallen.

Gysis Werben um kleinbürgerliche Wählerstimmen erklärt sich aus dem Streben, der Parteiführung eine Perspektive zu bieten: Regierungsfähig zu werden, Illusionen über Reformmöglichkeiten durch den bürgerlichen Parlamentarismus zu verbreiten, von dem die Bevölkerung sich immer mehr abwendet. Immer wieder entbrennt die Diskussion um die PDS als »Partei des demokratischen Sozialismus« – Sozialismus ohne Klassenbewußtsein und Klassenkampf, sei denn das möglich? Und »demokratischer« Sozialismus ohne eine kämpfende Arbeiterklasse kann es doch erst recht nicht geben!

So notwendig diese politische Auseinandersetzung ist, so unerlässlich ist es, Gysi und alle diejenigen, die von der herrschenden Klasse der BRD und von dieser Justiz wegen ihres Engagements für den Sozialismus in der Ex-DDR verfolgt werden, zu verteidigen. So erklärt ein Diskussionsredner: *»Meine politischen Freunde und ich werden Gysi gerade jetzt gegen alle Angriffe der bürgerlichen Justiz und des Verfassungsschutzes und der herrschenden Klasse verteidigen mit allen uns zur Verfügung stehenden Möglichkeiten – aber politisch bin ich deswegen mit ihm nicht eins.«*

Denn die ständigen Anklagen gegen Gysi und andere Funktionäre der PDS aus der ehemaligen DDR spiegeln den Klassengegensatz wider. Das gleiche gilt von den Prozessen gegen viele Mitglieder der NVA und des SED-Politbüros.

Ein bezeichnendes Licht auf die innerparteiliche Demokratie in der PDS und die gegenwärtigen Praktiken der bürgerlichen Demokratie im allgemeinen wirft der folgende Vorgang auf, der so in allen Parteien zu finden ist: Die Bundestagsfraktion der PDS richtet in Hamburg ein »Regionalbüro« ein. Dieses »Regionalbüro« – finanziell und räumlich ge-

trennt von dem Büro des Landesverbandes der PDS – soll die Politik der Bundestagsfraktion in der öffentlichen Meinung bekannt machen. Zum hauptamtlichen Angestellten wird ein der Mehrheit der Bundestagsfraktion politisch genehmes Mitglied aus Hamburg »von oben be-stimmt«. Irgendeine Aussprache oder Abstimmung mit dem Landesarbeitsausschuß findet nicht statt. Wie soll der höchst undemokratische Tatbestand vor der Mitgliedschaft erklärt werden? Wer steht überhaupt hinter dieser Maßnahme, der Parteivorstand, die Mehrheit der Bundestagsfraktion?

Im Rahmen dieser Auseinandersetzung wird zur »Beschlufassung« ein Antrag vorgelegt, unterzeichnet von Horst Bethge, Joachim Bischoff, Christiane Schneider, in dem es u.a. heißt: *»Die Landesversammlung erklärt ...*

*4. Nicht nur, aber vor allem auch in Hinblick auf den schweren Bundestagswahlkampf ist sowohl die enge Zusammenarbeit zwischen dem Landesverband und dem Regionalbüro wie auch die größtmögliche Arbeitsfähigkeit des Regionalbüros erforderlich. Als Einrichtung der Bundestagsgruppe unterliegt das Regionalbüro der strengen Kontrolle des Bundesrechnungshofes. Das schließt die Unterordnung des Regionalbüros unter den Landesverband aus. ...«*

Kontrolle des Bundesrechnungshofes hebt Demokratie in der Partei auf! – In der Bundesrepublik angekommen, würde André Brie dazu sagen. 22.4.1997 ■

**Nachtrag:** Nach der Landesversammlung sind die Auseinandersetzungen über den Hamburger Landesverband weit hinausgegangen. Hinter dem Streit um die Wahlbeteiligung in Hamburg verbergen sich grundsätzliche Auseinandersetzungen über die Politik der PDS, insbesondere des Parteivorstandes, der Bundestagsfraktion und der Aufnahme in der Mitgliedschaft. Es ist weniger die relativ geringe organisatorische Bedeutung des Hamburger Landesverbandes als vielmehr die Tatsache, daß dem Parteivorstand die politische Opposition gegen die Anbiederung und Anpassung an die bundesrepublikanische Politik und Parteien nicht gefällt, die in Hamburg die Mehrheit darstellt.

Gysi hat ziemlich deutlich auf der Landesversammlung ausgesprochen, daß die politische Linie des LV ihm und seinem Gefolge nicht passe und daß die PDS durch die Politik der Hamburger Mehrheit angeblich Schaden erlitte. Nachträglich hat der Parteivorstand die Haltung Gysis noch unterstützt, indem er jede politische und materielle Unterstützung des Wahlkampfes in Hamburg (wegen deren »fundamentalistischer« Einstellung) ablehnte. Der PV legt den »Pluralismus« der PDS auf eine ganz besondere Art aus. Das wiederum veranlaßte den Parteirat (bestehend aus Vertretern der Landesverbände und der Arbeitsgemeinschaften) in höflicher, aber deutlicher Form den Parteivorstand zur Respektierung des Hamburger Beschlusses aufzufordern und entsprechend zu unterstützen. Wichtiger noch ist die Aufforderung an den Parteivorstand, die politische Auseinandersetzung weiterzuführen. Auch das ND veröffentlichte (entgegen seiner Tendenz, dem Parteivorstand zur Seite zu stehen) Leserbriefe, die sich für ein solidarisches Verhalten gegenüber dem LV in Hamburg aussprachen. Obwohl Illusionen über das Wahlergebnis für die PDS/Linke Liste nicht vorhanden sind, will der LV sich politisch in den Wahlkampf und auf Wahlversammlungen einmischen. Aktuelle Probleme gibt es genug, und die Mobilisierung der Kräfte für ein politisches Eingreifen kann nur positiv gesehen werden. 2.6.97 ■

## Zum Widerstand gegen die Schließung des Hafenkrankehauses in Hamburg

**Mehr als 150 Krankenhäuser sind seit 1989 in der Bundesrepublik geschlossen worden und von den derzeit noch betriebenen circa 2300 Einrichtungen ist die Schließung weiterer zehn bis zwanzig Prozent für die nächsten Jahre geplant – bisher gab es deswegen vereinzelte Proteste, Unterschriftensammlungen und Einsprüche von Klinikleitungen vor Verwaltungsgerichten – breiteren Widerstand erstmals im Hamburger Stadtteil St. Pauli.**

St. Pauli: Laut Einkommensteuerstatistik der ärmste Stadtteil Hamburgs, der Abstand zu den »besseren Vierteln« nimmt wie in anderen Metropolen kontinuierlich zu; gleichzeitig verschärfen sich die Gegensätze zwischen oben und unten innerhalb der Region um die Reeperbahn. Armut, Verelendung – jeder sechste Einwohner im Stadtteil ist Sozialhilfeempfänger – und Kriminalität werden immer augenfälliger, die Alkoholisierten sind Ausdruck weniger der Amüsierbetriebe im Kiez als zunehmender Not, entsprechend weitet sich die Prostitution im Umkreis der »Großen Freiheit« auf Minderjährige aus, die Drogenszene wächst durch die aus St. Georg und vom Hauptbahnhof vertriebenen Konsumenten und Dealer, sozial Ausgegrenzte aus anderen Teilen der Stadt und der Umgebung suchen hier bei ihresgleichen Kontakt und Unterkunft; viele Gebäude verfallen, werden als Bruchbuden betrieben oder sind Neubau-Ruinen. Dagegen stehen Yuppie- und Schickeria-Treffs, Kleinkunst-, Varieté- und Musical-Bühnen, Nobelhotels, teure Appartement-Häuser für Singles und Luxusbüros mit Hafenvblick (eingeschränkt sind die Planungsabsichten für eine elitäre Hafenneile nur durch die Häuser der Hafenstraße, für die in jahrelangen Auseinandersetzungen der Stadt das Wohnrecht abgetrotzt wurde und vorerst gesichert scheint) – *»als hätten sich alle üblen Trends, die Helmut Kohls neues Deutschland prägen, ausgerechnet gegen das Sündenbabel am Hamburger Hafen verschworen.«* (Die Zeit, 14.2.1997)

Den geschilderten Bedingungen entsprechend artikulierte sich der Protest gegen die Schließung des Hafenkrankehauses zunächst auf lokaler Grundlage und unter Bezug auf die besonderen Probleme und die Geschichte des Stadtteils (Hafenstraße) und seiner »Größen« (Hans Albers, Heidi Kabel, FC St. Pauli). Vereine wie die »Förderer und Freunde des Hafenkrankehauses«, Initiativen wie *»Ein Stadtteil steht auf«* (mit einzelnen Verbindungen zur GAL, der »Grün-Alternativen Liste« in Hamburg) und ein »Büro für notwendige Einmischungen« koordinierten die Proteste gemeinsam mit Teilen der Beschäftigten, einzelnen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen (zur Rolle der ÖTV an späterer Stelle) und Anwohnern, beispielsweise aus den ehemals besetzten Häusern der Hafenstraße; Unterstützung fanden sie bei vielen lokalen Einrichtungen, Bürgerorganisationen, Kneipen (*»Während der Montagsdemo geschlossen«*) und Geschäften. Belegschaftsvertretungen wie von Blohm & Voss und der benachbarten Bavaria-Brauerei solidarisierten sich. Bei Demonstrationen läuteten die Glocken der Kirchen, 800 versammelten sich wenige Tage vor dem Schließungsbeschluss am 12.12.1996 durch den Aufsichtsrat vom Landesbetrieb

Krankenhäuser (LBK) im »Michel«, der Hamburger Hauptkirche »St. Michaelis«.

Die Hamburger Oppositionsparteien unterstützten die Proteste – nicht zuletzt im Hinblick auf die im September 1997 anstehenden Wahlen –, wenn auch mit unterschiedlichen Akzenten: Während die GAL, am Einsparentwurf der ÖTV orientiert, für einen nicht näher definierten Erhalt der Klinik bzw. ein Gesundheitszentrum eintrat, suchte die CDU den Protest für die von ihr propagierte Privatisierung des Gesundheitswesens zu nutzen – mit kontraproduktiver Wirkung: Ihr Vorsitzender Ole von Beust erhielt durch Sprechchöre der Demonstranten als *»Trittbrettfahrer«* eine Abfuhr. Versuche, den Widerstand mit dem Hinweis auf beliebige Vielfalt zu diskreditieren, beispielsweise von der »Jungen Welt« mit der Unterstellung *»Seltsame Front für das Hafenkrankehaus – ehemalige Antiimperialisten und Hafenstraßenbesetzer kämpfen im Verbund mit der örtlichen CDU«* wurden im wahrsten Sinn des Wortes auf der Straße widerlegt.

### Zur Geschichte und besonderen Funktion des Hafenkrankehauses

1900: Inbetriebnahme als Polizeikrankehaus zur gesundheitlichen Versorgung Inhaftierter. Angegliedert ein »Unruhigenhaus« (u.a. für Alkoholiker), ein Haus zur zwangsweisen Behandlung von Geschlechtskrankheiten, eine Reinigungs- und Desinfektionsabteilung, eine Einrichtung für Notgeburten und ein Leichenschauhaus. Aus den Bedingungen des direkten Umfeldes (Hafenbetriebe, Schiffahrt, Reeperbahn) entwickelte sich, was das Hafenkrankehaus bis zur Schließung vorrangig blieb: eine Fachklinik für Unfallchirurgie. Wegweisende Entwicklungen wie die Marknagelungen von Frakturen durch Prof. Dr. Künscher oder auf dem Gebiet der Verplattung von Frakturen und der Gelenkoperationen durch den bisherigen Chefarzt Dr. Seidel begründeten den guten Ruf des Hafenkrankehauses über Hamburgs Grenzen hinaus. Das Hafenkrankehaus war auch akademisches Lehrkrankehaus der Universität Hamburg.

Für etwa ein Fünftel aller stationären Patienten mußte das Sozialamt aufkommen. Zu der für ein Krankehaus üblichen gesundheitlichen Versorgung von Menschen aus dem Stadtteil und den Betrieben vor allem des Hafens kam die von Alkoholikern, Drogenabhängigen, Prostituierten, Transvestiten, Beschäftigten und Gästen der Vergnügungsmeile (im Durchschnitt über 30.000 pro Tag), Obdachlosen – im Winter häufig mit Erfrierungen –, Opfern von Messerstechereien und Schießereien und was sich sonst aus den Besonderheiten des Viertels ergab. Über 2000 Verletzte mit Schuß- und Stichwunden wurden seit Ende der achtziger Jahre aus dem Stadtteil eingeliefert, durchschnittlich fast täglich einer – zehn Prozent davon, schätzte Chefarzt Dr. Seidel, wären ohne die Nähe des Hafenkrankehauses gestorben. Reinigen, Entlausen, Madenentfernen, neu Einkleiden gehörten für Pflegepersonal und Ärzte zum Alltag ihrer häufig unbezahlten Mehrarbeit.

Das Hafenkrankehaus verfügte zuletzt über 203 Planbetten (105 der chirurgischen Abteilung, 88 der inneren und zehn der Intensivstation). Jährlich wurden circa 18.000 Patienten versorgt, davon circa 13.500 ambulant und 4500 stationär. Die circa 6000 per Rettungs- bzw. Notarztwagen eingelieferten ambulanten Patienten entsprechen einem im Vergleich zu anderen Kliniken sehr hohen Prozentsatz. Das

Hafenkrankenhaus hatte 476 Beschäftigte, viele davon auf eigenen Wunsch in Teilzeit tätig (192 Pflegedienst, 47 Ärzte, 237 in den übrigen Bereichen). Das Jahresbudget betrug 43 Mio. DM, die Jahresbilanz galt bei der Gesundheitsbehörde bis Ende 1995 als positiv.

Das Hafenkrankenhaus war wie neun weitere Krankenhäuser bis vor wenigen Jahren Teil einer städtischen Einrichtung des LBK (Landesbetrieb Krankenhäuser), dessen Finanzierung und Verwaltung durch die Landeshaushaltsordnung geregelt wurde. Die Umwandlung in eine Anstalt öffentlichen Rechts, das heißt ein selbständiges Unternehmen mit Zugehörigkeit zur Arbeitgebervereinigung Hamburgs, war ein erster Schritt in Richtung Privatisierung, der die Stadt von ihren unmittelbaren Verpflichtungen entband.

### Zum Vorlauf der Schließung

Wiederholt war in den letzten 20 Jahren die Schließung des Hafenkrankenhauses »angedacht« worden. Das jetzt vollzogene Ausnahmesein nahm seinen Anfang am 22. Mai 1995: die Hamburger Gesundheitssenatorin Fischer-Menzel stellte den »Krankenhausplan 2000« vor, in dem »festgestellt« wurde, der stationäre Teil des Hafenkrankenhauses sei entbehrlich, eine Notfallambulanz mit circa 20 Betten reiche aus. Die Belegschaft reagierte mit einer Demonstration und sammelte Unterschriften, circa 50.000 wurden im November 1995 der Senatorin übergeben, die sie den Absendern zurückschickte. Bis heute haben sich weit über 100.000 in die Listen eingetragen. Selbst der von der SPD beauftragte Gutachter Jansen aus Kiel schränkte die Vorstellungen der Senatorin warnend ein und bezeichnete die stationäre Versorgung als notwendig: *»Der Gutachter vertritt die Auffassung, daß am Standort des Hafenkrankenhauses eine qualifizierte, stationäre und ambulante Notfallversorgung unter auch zukünftiger Einbeziehung des Rettungsdienstes unverzichtbar ist. Die Frage, ob darüber hinaus auch in Zukunft eine Regelversorgung für Einwohner des Einzugsbereichs (St. Pauli, Neustadt, Teile des Hafengebietes, des südlichen Eimsbüttel und des östlichen Altona) aufrechterhalten werden muß, ist eine stadtteilpolitische, krankenhaushausplanerische und betriebswirtschaftliche Entscheidung.«*

Beschäftigte und Personalrat organisierten seit 1995 eine Reihe von Aktionen, um Bevölkerung, Kolleginnen und Kollegen anderer Krankenhäuser und in den Gewerkschaften aufmerksam zu machen. An einem »Rettungsfest« am 1.7.1995 nahmen an die 10.000 Besucher teil. Ergebnis: Im August schon wurde als »Warteschleife« vom LBK beschlossen, das Krankenhaus vorerst bis zum 31.12.1997 zu erhalten, und daß bis dahin ein »Konzept« für eine zukünftige und bedarfsgerechte Nutzung« entwickelt werden sollte. Eine Projektgruppe dafür wurde eingerichtet, abgesegnet von der Hamburger Bürgerschaft. Ihr gehörten der Chefarzt, zwei Mitglieder des LBK (Landesbetrieb Krankenhäuser), Vertreter der kassenärztlichen Vereinigung und des Personalrats an, als Termin für das abschließende Planungsergebnis wurde Februar 1997 gesetzt. Sie arbeitete bis September 1996, dann wird der Termin für die Diskussion ihrer Arbeit von der Behörde für Arbeit und Soziales kurzfristig abgesagt. Die Erklärung dafür gibt im Oktober auf einer Pressekonferenz einer der vier Geschäftsführer des LBK, Lohmann: **Ein** Krankenhaus in Hamburg wird geschlossen. Am 7.11.1996 wird auf einer weiteren Pressekonferenz beschwichtigt, das Hafenkrankenhaus bleibe erhalten, vier Tage später wird

dem Personalrat die Schließungsabsicht für den 1.3.1997 mitgeteilt. Am 18.11.1996 rechtfertigt der Sprecher des LBK-Vorstandes, Dr. Mellmann, die Schließungsabsicht auf einer Personalversammlung. Die Beschäftigten kommen überein, Vorbereitungen für Abwehrmaßnahmen zu treffen; in der »Volxküche« der Hafenstraße treffen am 23.11.1996 circa 200 Menschen aus Initiativen so wie anderen Zusammenhängen des Stadtteils und der »Szene« mit Vertretern der Beschäftigten zusammen, um Unterstützung zu organisieren. Das noch nicht ausdiskutierte Konzept der Projektgruppe für ein »Gesundheitszentrum« wird am 1.12.1996 in Umrissen vorgestellt, von der Leitung des LBK zwar positiv bewertet, aber »aus Kostengründen« zurückgewiesen. Auch aus den Hafenstraßenhäusern wird für Widerstand mobilisiert – *»Die Hafenstraße ist erkämpft, jetzt kämpfen wir für den Erhalt des Hafenkrankenhauses.«* Die Initiative »Ein Stadtteil steht auf« meldet sich erstmals zu Wort. Ende November/Anfang Dezember finden mehrere Veranstaltungen zu den Konsequenzen der Gesundheitsreform und die erste Montagsdemo statt, am 11.12.1996, dem Vorabend der Entscheidung über die Schließung des Hafenkrankenhauses durch den Aufsichtsrat des LBK, die erste größere Demonstration mit über 5000 Beteiligten unter dem Motto *»Aufstehen!«*, zu der maßgeblich auch die ÖTV aufruft.

### Zur Begründung der Schließung

Hintergrund der Sparmaßnahmen, die allein im LBK Hamburg für die Jahre 1996 (also rückwirkend), 1997 und 1998 rund 210 Mio. DM (gleich 15 Prozent) betragen, sind die gesetzlichen Neuregelungen der Bundesregierung (zu der 1993 parteiübergreifend verabschiedeten Gesundheitsreform). Die Krankenkassen, deren Einnahmen in Folge fortschreitender Arbeitsplatzvernichtung sinken, werden durch die Auflage, keine weiteren Beitragserhöhungen vorzunehmen, zu Einsparungen in ihren Leistungen gezwungen – auf Kosten der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung. Entsprechend bezeichnet die Hamburger Behörde für Arbeit und Soziales im Dezember 1996 die Schließung des Hafenkrankenhauses ebenso wie den noch bevorstehenden Abbau von 1800 Arbeitsplätzen vor allem im Pflegedienst und 2000 Betten allein im Bereich des LBK als *»eine Konsequenz aus den durch die Gesundheitspolitik der Bonner CDU-FDP-Koalition verursachten Schwierigkeiten der Krankenkassen in Hamburg«* und beklagt – als läge darin ein Ausweg –, *»daß trotz sinkender Einnahmen die Kassen ihre Beiträge nicht erhöhen dürfen.«* Die SPD-Gesundheitssenatorin und LBK-Aufsichtsratsvorsitzende Fischer-Menzel beschwert sich wortreich über die Zwänge der *»chaotischen Gesundheitspolitik der Bundesregierung«*, aufgrund derer es *»keine solide Grundlage für eine vernünftige Finanzplanung«* gäbe; der Verweis auf die *»skandalöse Bonner Gesundheitspolitik«* soll das Versagen der eigenen Partei mindern und wird im Hinblick auf den begonnenen Wahlkampf in Hamburg zur Entlastung der eigenen Partei benutzt; in der Konsequenz vollzieht die SPD-Senatorin aber eben diese Politik: *»Nur wenn der LBK konsequent und energisch seine betriebswirtschaftlichen Kosten reduziert und sich dabei gleichzeitig im Markt der Gesundheitsanbieter als attraktiver Anbieter behauptet, sehe ich eine wirtschaftliche Überlebenschance für den LBK Hamburg als bundesweit größtes kommunales Krankenhausunternehmen und damit die Sicherung von vielen tausend Arbeitsplätzen.«* (Mit dem Hinweis auf den »Markt der

*Gesundheitsanbieter*« wird bereits die Möglichkeit weiterer Privatisierungsschritte, wie sie von der CDU gefordert werden, angedeutet, weiterer Rationalisierungsmaßnahmen – über die 1800 Entlassungen im LBK-Bereich hinaus –, und damit weiterer Einschnitte in die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung.)

Die Folgerungen der LBK-Leitung auf die Kürzungsvorgaben scheinen auf diesem Hintergrund schlüssig und werden von der Hamburger Behörde für Arbeit und Soziales bestätigt: *»Die Schließung des Hafenkrankenhauses (Einsparung von 35 Mio. DM) ist nur eine Maßnahme, mit der die erforderliche Kostensenkung erreicht werden soll ... Weitere 130 strukturelle Einzelmaßnahmen sind geplant. Dies bedeutet die Schließung ganzer Abteilungen sowie die Zusammenlegung von Krankenhausapotheken, Labors und anderen Service-Bereichen und weitere Fusionen ... Es wird im LBK Hamburg kein Krankenhaus geben, das von Rationalisierungsmaßnahmen verschont bleibt.«*

Der Marktlogik entsprechend ist der fortschreitende Sozialabbau in der Bundesrepublik im Zuge der Krise unvermeidbar, und unvermeidbar demnach auch die Folgen: noch mehr Arbeitslose und verbunden damit zunehmende Perspektivlosigkeit vor allem für die Jugendlichen, noch mehr Wohnungs- und Obdachlose, Hungernde, Bettelnde – darunter immer mehr Kinder –, und als Auswirkung noch mehr Alkoholismus, Drogenabhängigkeit, Kriminalität, Ausländerfeindlichkeit – und immer mehr körperlich und seelisch kranke Menschen. *»Bedürfte es nicht mehr statt weniger gesundheitliche Versorgung und Betreuung? Wollen wir weiterhin der Logik folgen, die sich aus der Zeit des Wohlstands in diesem Land ableitet und von der jetzt in der Krise nicht viel mehr übrigbleibt als die Maxime von einem Leben auf Kosten anderer Lebens, oder beginnen wir endlich umzudenken und uns an den Lebensbedürfnissen aller Menschen zu orientieren?«* (Diskussionsbeitrag eines Hamburger Pastors auf einer Protestveranstaltung)

Der Marktlogik entsprechen auch die Spekulationen um das Gelände des Hafenkrankenhauses, dessen Verkauf auf viele Mio. geschätzt wird, die zur Sanierung der Hamburger Finanzen beitragen könnten. Die Befürchtung, die Empörung darüber und erneute *»Filz-Vorwürfe«* an die Adresse der SPD könnten den Protesten gegen die Schließung des Hafenkrankenhauses weiteren Auftrieb geben, nötigten dem Senat die Zusicherung ab, eine Veräußerung der Immobilie werde es nicht geben – das Grundstück werde weiter im Interesse der Bevölkerung von St. Pauli genutzt. Im Stadtteil wird kritisch konstatiert, daß Gesundheitssenatorin Fischer-Menzel, LBK-Vorstandsmitglied Lohmann und der stellvertretende ÖTV-Vorsitzende Rose langjährige SPD-Mitglieder im gleichen Hamburger Bezirk sind.

### **Der Schließungsbeschluß**

Am 12. Dezember entscheidet der Aufsichtsrat des LBK die Schließung des Hafenkrankenhauses: Bei Stimmgleichheit von neun zu neun zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern gibt das Doppelstimmrecht der Aufsichtsratsvorsitzenden Senatorin Fischer-Menzel den Ausschlag. Erhoffte Gegenstimmen des Arbeitgeberflügels gab es nach vorausgegangenem Druck auf seine Vertreter nicht.

Die durch die Doppelstimme der Senatorin getroffene Entscheidung rückt die SPD-Politik ins Zentrum der jetzt weit über den Stadtteil hinausgreifenden Kritik und macht

die für Herbst 1997 anstehende Bürgerschaftswahl in Hamburg zum Thema der Auseinandersetzungen. Spontane Demonstrationen folgen unmittelbar auf die Entscheidung, der Rücktritt der Senatorin wird gefordert, der Personalratsvorsitzende warnt, *»daß auf St. Pauli wieder Barrikaden brennen werden, wie damals an der Hafenstraße«*, Chefarzt Dr. Seidel schließt sich den Protesten an: *»Es wird ein medizinisches Vakuum entstehen, das Menschen mit dem Leben bezahlen werden.«* Gleichzeitig werden von einzelnen Beschäftigten erste Kündigungen und Versetzungsanträge eingereicht. *»Die Front bröckelt«*, überschreibt *»Die Welt«* am 16. Dezember einen Beitrag, der auf Zersetzung des Widerstandes zielt. Im Gegensatz dazu weitet sich der Widerstand in den folgenden Wochen aus, die Montagsdemonstrationen werden zur Regel.

Die Hoffnungen der Beschäftigten auf eine Korrektur der LBK-Entscheidung durch die auf Antrag der GAL zu einer Dringlichkeitssitzung einberufene Hamburger Bürgerschaft werden enttäuscht, die SPD-Abgeordneten unterwerfen sich ohne Ausnahme dem Fraktionszwang und bestätigen mit den Stimmen der koalierenden Stadt-Partei die Schließung des Hafenkrankenhauses – als SPD-Abgeordnete auch der IG Metall-Sekretär Gunter Barmbek und der Hamburger DGB-Vorsitzende Erhard Pumm.

Auch die Erwartung, der Personalrat könne durch Ablehnung des Mitbestimmungsantrags der LBK-Leitung vom 30.12.1996 vor der Einigungsstelle noch etwas verhindern, zerschlägt sich: Die Anwälte des LBK können geltend machen, daß es sich beim Hafenkrankenhaus nicht um einen eigenständigen Betrieb, sondern lediglich um einen Betriebs- teil handelt. Damit hat die LBK-Leitung das Druckmittel, einen Sozialplan von der Zustimmung des Personalrats zur Schließung des Betriebes abhängig zu machen. Aufgrund der Verunsicherung und Zukunftsängste vieler Beschäftigter sieht sich der Personalrat schließlich gezwungen, seine Einwilligung zu geben (das Votum für diese Zustimmung erhält der Personalrat auf einer Personalversammlung, trotz einiger Gegenstimmen). Formal ist damit das Ende des Hafenkrankenhauses für den von der LBK-Leitung vorgesehenen Termin zum 1.3.1997 besiegelt.

### **»Chefsache«**

Die Protestveranstaltungen und Montagsdemonstrationen gehen mit steigenden Teilnehmerzahlen (bis zu 5000) weiter, die Beschränktheit des Protests auf den lokalen Rahmen wird teilweise überwunden, die Hamburger Gesundheitspolitik als Beitrag zum Kürzungsprogramm der Bonner Regierung gekennzeichnet – zu Lasten kranker, arbeitsloser, wohnungs- loser, alter (Rentner) und sonst benachteiligter und ausgegrenzter Menschen: Folgen eines Systems, das nicht an den Bedürfnissen der Menschen, sondern am Profit orientiert ist. Auch das widersprüchliche Verhalten der Gewerkschaften wird zum Thema, hier eine ÖTV, die den Protest gegen die Schließung zumindest verbal unterstützt, da ein lokaler DGB-Vorsitzender, der in der Bürgerschaft für die Schließung des Hafenkrankenhauses die Hand hebt.

Der Hamburger Senat reagiert verunsichert, auch weil sich mit der inzwischen angekündigten Schließung der unmittelbar neben dem Hafenkrankenhaus gelegenen Bavaria-Brauerei deren Beschäftigte dem Protest angeschlossen haben. *»Die Welt«* warnt am 1.2.1997, *»daß sich die geplante Schließung des Hafenkrankenhauses als eine Art Lunte am*

*Pulverfaß entwickeln könnte*«. Nachdem das Angebot der Gesundheitssenatorin vom 21. Januar, an anderer Stelle in St. Pauli eine Notfallambulanz einzurichten, die Empörung nur noch steigert und am 3.2.1997, nach dem Abtransport der ersten Patienten, ein geräumter Gebäudeteil, Station D, besetzt wird, sehen sich die Stadtoberen zu Zugeständnissen gezwungen:

◆ Bürgermeister Henning Voscherau erklärt Anfang Februar die Angelegenheit zur »Chefsache« und gibt die Zusicherung, eine Ambulanz, angeschlossen an das AK St. Georg, auf dem Gelände des Hafenkrankehauses zu erhalten: im Stadtteil als »Pflaster-« bzw. im Hinblick auf die im Herbst anstehenden Bürgerschaftswahlen als »Wahlambulanz« gekennzeichnet. »Pflasterambulanz«, weil eine Ambulanz ohne stationäre Versorgungsmöglichkeit und ohne Intensivstation von keinem Rettungswagen angefahren werden würde, sondern nur zur »Verpflasterung« kleinerer Wunden aufgesucht werden könnte.

◆ Senator Mirow gibt seitens der Stadtentwicklungsbehörde die dauerhafte Einrichtung eines »Runden Tisches« bekannt, an dem mit Vertretungen aus Vereinen, Initiativen und sozialen Einrichtungen in St. Pauli die Probleme des Stadtteils, insbesondere die Sicherung der gesundheitlichen Versorgung diskutiert und Vorschläge erarbeiten werden sollen, über die der Senat dann entscheiden muß. Mirow hat aus dem – nach der Hafestraße – zweiten großen Konflikt auf St. Pauli seine Lehre gezogen: »*Menschen, die nicht in eine vernünftig funktionierende Gemeinschaft eingebunden werden, sind zu allem fähig. Wenn die Politik versagt, wird das zu irreparablen Schäden, zu Mord und Totschlag führen.*«

◆ Die Beschäftigten erhalten am 22. Februar – nach Zustimmung des Personalrats zur Schließung des Betriebes – von der LBK-Leitung die Garantie für »gleichwertige und zumutbare« Weiterbeschäftigung in einem der übrigen LBK-Krankehäuser, verbunden mit der Zusage, von anstehenden Entlassungen innerhalb von zwei Jahren einmal ausgenommen zu werden. Für Streitfälle wird eine Einigungsstelle vereinbart.

## Die Besetzung

Die Besetzung von Station D erfolgt mit dem Einverständnis der Mehrzahl der Beschäftigten und aktiver Unterstützung eines kleinen Teils bei freundlicher Duldung durch den Chefarzt Dr. Seidel, trotz zunehmendem Drucks auf ihn durch die LBK-Leitung. Die Besetzung wird getragen und organisiert von der Initiative »Ein Stadtteil steht auf«, dem »Büro für notwendige Einnisierungen«, HafestraßenbewohnerInnen und Einzelpersonen. Der ÖTV-Vorstand vermeidet es, sich mit den BesetzerInnen zu solidarisieren, Unterstützung kommt gewerkschaftlicherseits weiterhin nur von einzelnen Kolleginnen und Kollegen, vor allem der IG Metall (Vertreterversammlung, Vertrauensleuteausschuß), und Hamburger GEW-, IG Medien- und HBV-Vorständen.

Der LBK-Vorstand verzichtet, um die Stimmung nicht weiter aufzuheizen und unter Einflußnahme seitens der SPD darauf, von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen und die Räumung anzuordnen. Er nimmt die Besetzung jedoch zum Vorwand, die Notfallambulanz nicht mehr anfahren zu lassen, weil »*Sicherheit der Patienten gefährdet*« sei. Von den verbliebenen Patienten wird die Besetzung begrüßt, die Öffentlichkeit reagiert – nicht zuletzt wegen ihres friedlichen Verlaufs – freundlich zustimmend (eine Meinungsumfrage

im Auftrag einer Zeitung ergibt, daß sich noch zur Zeit der Besetzung über 85 Prozent der Hamburger Bevölkerung für den Erhalt des Hafenkrankehauses aussprechen). Die Besetzung dauert bis Mitte April.

## Krankehaus oder Gesundheitszentrum?

Der unausgeführte und wegen der drohenden Schließung vorzeitig vorgestellte Entwurf aus der o.a. Projektgruppe für ein Gesundheitszentrum wurde von vielen Beschäftigten und den Initiativen als Ausweg und mögliche Verhandlungsgrundlage gesehen, zumal das Projekt von der ÖTV unterstützt wurde. An die Stelle des Hafenkrankehauses soll ein Gesundheitszentrum treten, das im Zentrum eine ambulante und stationäre Notfallversorgung mit OP, Intensivstation Röntgenabteilung u.a. sowie eine ausreichende Anzahl Betten anbieten kann; angegliedert werden sollen (auch hier differieren die Vorschläge erheblich) Facharztpraxen, Drogenentzug, Betreuungs- und Übernachtungseinrichtungen für Obdachlose, eine Altentagesstätte, ein Kindertagesheim und andere Einrichtungen für die soziale Betreuung im Stadtteil. Als Träger wird u.a. eine gemeinnützige GmbH aus Krankenkassen, LBK, Behörde für Arbeit, Gesundheit und Soziales, Arztpraxen und Beschäftigten vorgeschlagen.

Das von den Beschäftigten erarbeitete »Urkonzept«, gedacht als Vorschlag für die Umstrukturierung und Modernisierung des Hafenkrankehaus-Betriebs, wird unter dem Druck der Schließung von mehreren Seiten, auch der ÖTV, ständig variiert – je nach Interessenlage werden unterschiedliche Vorstellungen damit verbunden.

Der Vorschlag für ein Gesundheitszentrum stößt auch auf vereinzelte, aber heftige und grundsätzliche Kritik, weil damit die gemeinsame und einheitliche Forderung nach Erhalt, bzw. Ausbau des Hafenkrankehauses preisgegeben würde. Daß sich die Kritiker mit ihrer Warnung vor einem Einschwenken auf die ÖTV-Linie gegenüber den BesetzerInnen nicht durchsetzen können, ist auf deren Sorge zurückzuführen, andernfalls isoliert zu bleiben – eine Folge auch ihrer Erfahrung unzureichender Unterstützung in der bisherigen Auseinandersetzung durch die Gewerkschaften. Hinzu kamen Einzel- und Gruppeninteressen im Hinblick auf die Nutzung der vorgesehenen sozialen Einrichtungen des geplanten Gesundheitszentrums und parteipolitisch zuzuordnende Aspekte – Erscheinungen, wie sie auch bei anderen sozialen Auseinandersetzungen unvermeidlich sind, wenn keine politische Kraft existiert, die Orientierung schaffen kann. Solange kein gemeinsames Klasseninteresse besteht, ist nicht zu verhindern, daß Einzel- und Gruppeninteressen Einfluß gewinnen.

## Zur Rolle der Gewerkschaften

Die zuständige Gewerkschaft ÖTV sieht sich erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik mit der Forderung nach Massenentlassungen im Gesundheitswesen konfrontiert. Ihre Vorstände bemühen sich – wie die der übrigen Einzelgewerkschaften – um Schadensbegrenzung. Sie gestalten – weil sie weder bereit noch in der Lage sind, den Kampf gegen die Gesundheitspolitik grundsätzlich zu führen – durch ihr Bemühen um Verbilligungsstrategien im Gesundheits- und Sozialbereich den Abbau mit: »*Wir können froh sein, wenn wir die Anforderungen der Zukunft mit den vorhandenen Ressourcen bewältigen können*«, lautet das Eingeständnis dieser Tatsache von Ulla Derwein, Mitglied des geschäfts-

führenden Hauptvorstands der ÖTV, unter der Überschrift »*Perspektiven für eine integrierte Gesundheitsversorgung*«. Entsprechend mehrdeutig die Feststellung, »*in Wahrheit muß die Verteilungspolitik insgesamt neu thematisiert werden*« – als Konsequenz aber keineswegs die Notwendigkeit der Mitglieder-Mobilisierung, sondern, wie von der SPD, die Forderung nach Finanzierung der Mindereinnahmen der Krankenkassen »*durch die Aufhebung der Pflichtversicherungs-grenze und die gleichzeitige Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze auf die Höhe der Rentenversicherung*«. Also keine »*neue Verteilungspolitik*«, sondern lediglich eine Variante zu der der Regierungsparteien: Konkurrenz sozialer Einrichtungen und Krankenhäuser auf dem »*Markt der Gesundheitsanbieter*«, das Verhältnis Arzt – Patient verkommt zur Geschäftsbeziehung, der Mensch als »*Kostenfaktor*« – wer nicht zahlen kann, stirbt früher.

In Hamburg bemüht sich die ÖTV durch ihren stellvertretenden Vorsitzenden Wolfgang Rose darum, betriebsbedingte Kündigungen im Gesundheitswesen zumindest vorerst zu verhindern – der Kampf um die Sicherung der Arbeitsplätze steht aber bereits nicht mehr zur Diskussion, die Notwendigkeit der Rationalisierung im Krankenhausbereich wird nicht in Frage gestellt. So wie die ÖTV die Umwandlung der städtischen Krankenhäuser in eine Anstalt öffentlichen Rechts mitgetragen hat, entspricht ihre »*Anregung*«, an Stelle des Hafenkrankehauses das von einem Teil der Beschäftigten geforderte Gesundheitszentrum als GmbH zu führen, dem von der Hamburger Gesundheitssenatorin zur Diskussion gestellten nächsten Teilschritt der Entstaatlichung der Gesundheitspolitik. ÖTV-Flugblatt, 6.2.1997: »*Wenn die politisch Verantwortlichen diese Initiative aufgreifen und unterstützen, kann daraus ein Modellprojekt von überregionaler Bedeutung werden*«.

Ihre Möglichkeiten zur Mobilisierung gegen die Schließung des Hafenkrankehauses blieben von der ÖTV-Führung weitgehend ungenutzt (Zwischenruf einer Ärztin im Plenum auf Station D: »*Die sind zum Behördenteil verkommen!*«). Der Protest gegen die Schließung beschränkte sich auf verbale Erklärungen und Flugblätter über die üblichen Verteiler und zwei Redebeiträge ihres stellvertretenden Vorsitzen auf Demonstrationen. Die in der ersten Zeit der Proteste überwiegend stadtteilbezogene Orientierung kam der ÖTV gelegen, weil dadurch die Thematisierung des gesamten Kürzungsprogramms im LBK mit der Streichung von 1800 Arbeitsplätzen an den Rand gedrängt wurde.

Auch durch den aktiven Teil ihrer Mitglieder wurde die ÖTV-Führung nicht zu konsequenter Mobilisierung gezwungen. Das erklärt sich zum Teil aus der Tatsache, daß die ÖTV in den meisten Hamburger Krankenhäusern nur einen relativ niedrigen Organisationsgrad (um 25 Prozent) hat. Im Hafenkrankehaus verfügte die ÖTV im Personalrat nicht über die Mehrheit. Die Unterstützung aus anderen Krankenhäusern blieb weit unter den Erwartungen der Initiatoren des Widerstands.

Der Beitrag des Hamburger DGB mit der Zustimmung seines Vorsitzenden Erhard Pumm zur Schließung tat ein übriges, um die Unterstützung des Widerstandes durch Gewerkschaftsmitglieder niedrig zu halten. Erst Proteste aus GEW und IG Medien und HBV bewirkten, daß der Hamburger DGB-Vorstand, nachdem Voscherau die Zustimmung der Bürgerschaft durch die Zusage für die Einrichtung einer Notfallambulanz wahltaktisch aufgeweicht hatte, sich der von

der ÖTV unterstützten Forderung nach Einrichtung eines Gesundheitszentrums anschloß: »*Am Standort des Hafenkrankehauses ist in Verbindung mit der Notfallambulanz ein Sozial- und Gesundheitszentrum einzurichten. Die Notfallambulanz muß einschließlich ihres stationären Bereichs dem spezifischen Bedarf dieses Problemstadtteils gerecht werden*.«

## Die Schließung

Der LBK-Vorstand nimmt die Besetzung zum Vorwand, um die Notfallambulanz nicht mehr von Rettungswagen anfahren zu lassen. Die Patienten werden in andere Krankenhäuser verlegt, am 19. Februar verläßt der letzte das Hafenkrankehaus. Wie vorgesehen wird zum 1.3.1997 der Betrieb eingestellt. Der Widerstand läßt, obwohl die Station D besetzt bleibt, nach. Die Gründe:

1. Das Hafenkrankehaus existiert nicht mehr.
2. Die Beschäftigten haben vorerst gesicherte Arbeitsplätze in anderen Krankenhäusern des LBK erhalten.
3. Das Gelände des Hafenkrankehauses soll laut Erklärung des Senats nicht veräußert, sondern für soziale Belange des Stadtteils erhalten bleiben.
4. Die Zusage der Stadt, eine Notfallambulanz auf dem Krankenhaugelände zu erhalten, wird von einem Teil der UnterstützerInnen zwar mit Mißtrauen in die Verlässlichkeit dieser (Wahl-)aussage, aber doch als vorläufiger Teilerfolg hingenommen.
5. Für die umstrittene Gesundheitssenatorin wurde der im Umgang mit sozialen Konflikten erfahrene Senator für Stadtentwicklung, Mirow, mit der »*Befriedung*« betraut – der Bürgerprotest wurde dadurch zum Teil in behördlich kontrollierbare Bahnen gelenkt.
6. Die Aufgabe der Forderung nach Erhalt des Hafenkrankehauses zugunsten eines nur in Umrissen vorgestellten Gesundheitszentrums hat dem Widerstand die Orientierung auf ein gemeinsames und eindeutig definiertes Ziel genommen.

## »War der Widerstand also vergebens?«

Die Auseinandersetzungen darum, was auf dem Gelände des Hafenkrankehauses geschehen soll, gehen weiter. Eine polizeiliche Räumung von Station D wäre nach der langen Zeit der Duldung rechtlich schwierig und politisch kaum durchsetzbar gewesen; so wird die Besetzung von Station D am 24. April für beendet erklärt, nachdem die Stadtentwicklungsbehörde und die Leitung des LBK mit der Initiative »*Ein Stadtteil steht auf*« die Nutzung der Station als »*Hafenkrankehaus-Planungszentrum*« bis Ende 1997 vertraglich vereinbart haben und die Bedingung der BesetzerInnen, die Notfallambulanz auf der Grundlage des Senatsbeschlusses wieder zu eröffnen und wieder von Rettungswagen anfahren zu lassen, erfüllt ist. Die Zusage des Senats von zehn bis zwanzig Ruhebetten für die Notfallambulanz wurde bisher nicht eingehalten.

Vorrangige Ziele der am Planungszentrum Beteiligten sind:

- ◆ Erstens, verhindern, daß medizinische Geräte und sonstiges Inventar abtransportiert werden, die für eine stationäre Versorgung, die Wiedereinrichtung einer Intensivstation u.ä. Voraussetzung wären. Die Erfahrung von 1975, als die Schließung schon einmal vorbereitet wurde, ist am Hafen unvergessen: damals kam es zu einer Kesselexplosion bei

Blohm & Voss, bei der viele Arbeiter getötet und verletzt wurden. Die Opfer konnten im Hafenkrankehaus, dessen medizinische Einrichtungen bereits reduziert wurden, nur unzureichend versorgt werden – die Mutmaßung, einige der Verletzten hätten gerettet werden können, ist bis heute nicht verstummt.

◆ Zweitens bleibt Anliegen der ehemaligen BesetzerInnen, der Forderung nach Einrichtung eines Gesundheitszentrums mit dem Kernstück »Krankehaus« Nachdruck zu verleihen.

Das Ergebnis entspricht den Kräfteverhältnissen. Die Schließung des Hafenkrankehauses konnte nicht verhindert werden. Erreicht wurden:

1. die Garantie der Weiterbeschäftigung für das gesamte Personal des Hafenkrankehauses und die Zusicherung, von der anstehenden Entlassungswelle vorläufig verschont zu bleiben;
2. die Verhinderung des Verkaufs und zumindest vorläufige Sicherung des Geländes für soziale Belange des Stadtteils;
3. der Erhalt einer – wenn auch unzureichenden – Notfallambulanz, um deren Erweiterung im Rahmen des geplanten Gesundheitszentrums weiter verhandelt wird;
4. die Einrichtung des Runden Tisches, vom Senat als regelmäßig tagendes »Forum St. Pauli« legitimiert – ein Ansatz direkter Demokratie;
5. die Bestellung eines externen Gutachters, der den Bedarf an Sozial- und Gesundheitsleistungen in St. Pauli im Auftrag der Stadtentwicklungsbehörde ermitteln soll und vorher die Bereitschaft zur Zusammenarbeit (auch finanziell) bei den Krankenkassen und Behörden erkundet.
6. die Orientierung auf den Abbau im Sozial- und Gesundheitswesen, der erst begonnen hat, auf weitere Schließungen von Krankenhäusern bzw. einzelner Abteilungen und den

*Wir geben nachstehend einen weiteren Bericht zum Hafenkrankehaus zur Kenntnis, der zu anderen Schlußfolgerungen kommt – Ausdruck der Tatsache, daß es zu den aktuellen gewerkschaftlichen Fragen unterschiedliche Auffassungen gibt. Wir werden darauf in der nächsten Ausgabe der Informationsbriefe ausführlich eingehen.* d. Red., 8.6.1997 ■

## **Die Auseinandersetzung um das Hafenkrankehaus Hamburg – eine Einordnung**

### **Hafenkrankehaus bleibt!**

**Die Auseinandersetzung um das Hafenkrankehaus (HKH) war von Beginn an durch zwei Konfliktebenen gekennzeichnet. Auf der einen Seite die Ebene der Beschäftigten und auf der anderen Seite die der Nutzer, Besetzer und Aktiven des Stadtteils.**

Für die Beschäftigten ging es um den Erhalt der Arbeitsplätze im Landesbetrieb Krankenhäuser (LBK). Ihre Zielrichtung war es, Rationalisierung und Arbeitsplatzabbau jetzt und in den nächsten Jahren zu verhindern, sowie Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen durch die Schließung des HKH's abzuwenden (wie beispielsweise weite Wege zum Arbeitsplatz, unpassende Arbeitsplätze, Kinderunterbringung etc.)

Abbau von 1800 Stellen; die aus dem Krankenhause in die übrigen LBK-Krankenhäuser versetzten Beschäftigten können dabei zur Aufklärung ihrer neuen Kolleginnen und Kollegen beitragen. Eine breite Öffentlichkeit wurde hergestellt, auch durch die auffallende Bereitschaft der Medien, sich des Themas anzunehmen. Die von Regierung, Parteien und zum Teil auch Gewerkschaftsführungen verbreitete Illusion einer »verlässlichen Gesundheitsversorgung für alle« bekam Risse.

Die herrschende Klasse beschränkt sich nicht mehr darauf, den Menschen in die Taschen zu greifen – sie tastet Gesundheit und Leben an. Der Widerstand gegen die Schließung des Hafenkrankehauses in Hamburg ist bei aller Unzulänglichkeit des Erreichten ein warnendes und ermutigendes Signal, das wir hiermit weitergeben:

**Nun zu Euch, Ärzte und Pfleger. Wir denken  
Auch unter euch muß es etliche geben  
Wenige vielleicht, aber doch etliche, die  
Sich erinnern an die Verpflichtung denen gegenüber, die  
Menschenantlitz tragen wie sie. Diese  
Fordern wir auf, unsere Kranken zu unterstützen  
In ihrem Kampf gegen die Krankenkassen und die  
Gebräuche der Krankenhäuser  
Die unterdrückte Klasse betreffend.  
Wir wissen, dazu müßt ihr  
Euch in Kämpfe verwickeln mit andern, den willfährigen  
Werkzeugen  
Der Ausbeutung und des Betrugs. (...)  
Kämpft mit uns!** (Bertolt Brecht)

In Zusammenarbeit mit der Initiative  
»Ein Stadtteil steht auf – Hafenkrankehaus bleibt«  
und ÖTV-Mitgliedern aus »Station D«, Hamburg, 5.6.1997 ■

Die Bevölkerung stellte sich gegen die Schließung des HKH's, da sie darin den Abbau von Gesundheitsleistungen aufgrund des Einsparungszwangs im Gesundheitswesen sahen. Die Schließung des HKH's im Stadtteil St. Pauli war für sie gleichbedeutend mit Ausgrenzung von Sozial- und Gesundheitsleistungen auf dem Rücken der Armen.

### **Die Entwicklung des Konflikts**

Der Fortbestand des HKH als einem von zehn Krankenhäusern im LBK in Hamburg war seit Jahren in Frage gestellt. Zwar hatte das HKH ein stabiles Belegungsstandbein durch Gelenkersatzoperationen und einen großen Anteil von Notfallpatienten mit einem hohen Anteil von Deklassierten. Trotzdem – oder vielleicht deswegen – sah bereits 1995 der Krankenhausbedarfsplan des Landes Hamburg die Schließung des HKH's zum Ende 1997 vor. Im gleichen Zeitraum änderte das Land Hamburg die Rechtsform des Betriebes der staatlichen Hamburger Krankenhäuser von einem Betrieb, der zur Hamburger Verwaltung gehörte, in eine Anstalt öffentlichen Rechts. Dies war ein Schritt, der als Weichenstellung für eine mögliche Privatisierung gewertet werden kann. Unter dem so erzeugten, politisch gewollten Druck reagierten die verschiedenen Betriebsteile und Krankenhäuser des LBK mit zunehmender Konkurrenz untereinander und versuchten, profitorientierte Profile zu entwickeln. Ausgelöst durch weiteren Einsparungsdruck aufgrund der Gesund-



heitsreform, tauchten Mitte bis Ende 1996 im HKH neue Gerüchte auf, die Schließung erfolge nicht Ende, sondern bereits Anfang 1997.

Eine Projektgruppe – u.a. unter Beteiligung des Chefarztes und des Personalrates des HKH's –, die bereits Mitte 1995 entstanden war, um Einfluß auf die Schließungspläne Einfluß zu gewinnen, hatte ein Nutzungskonzept erarbeitet, das die Erweiterung des HKH's um ein Gesundheitszentrum auf dem Gelände vorsah. Dieses Konzept wurde in der Zeit vor der Schließung zunehmend zur Perspektive für den Fortbestand des Krankenhauses. Nichtsdestotrotz fiel Ende 1996 der Beschluß des LBK, das HKH Ende Februar 1997 zu schließen. Dies löste anhaltende Proteste der Bevölkerung gegen die Verschlechterung der Gesundheitsversorgung in St. Pauli aus.

Die Intensität und Dauer der Proteste veranlaßte den Senat schließlich zu einer Beschwichtigungsgeste, in der er der Unterhaltung einer Ambulanz bis Ende 1997 (also nach den Wahlen) auf dem Gelände des HKH zustimmte. Ein Zugeständnis, das circa fünf Mio. kostet (falls nicht die Krankenkassen einen Teil der Kosten übernehmen) und einen sehr geringen Nutzen sowohl in ökonomischer als auch in gesundheitspolitischer Hinsicht hat. Die Schließung des HKH's wurde dadurch aber nicht in Frage gestellt.

Um die Erhaltung des HKH's durchzusetzen, wurde am 3.2.1997 die erste bereits stillgelegte Station des Krankenhauses von Aktiven aus dem Stadtteil besetzt. Die Beschäftigten des HKH's reagierten mit freundlicher und wohlwollender Duldung, der LBK hingegen mit der Anweisung an die Krankentransporte, das HKH nicht mehr anzufahren. Damit kamen keine neuen Patienten mehr ins Krankenhaus, und am 15.2.1997 wurde die gesamte Patientenversorgung eingestellt – die letzten Patienten wurden in andere Krankenhäuser verlegt. Der Personalrat hatte mittlerweile den Versetzungsanträgen der im HKH Beschäftigten und der Schließung zugestimmt. (Der LBK hatte die Vereinbarung über die Übernahmebedingungen der HKH-Beschäftigten an die Zustimmung zur Schließung des Krankenhauses gebunden.)

Die Medien bezweifelten noch vor der geplanten Eröffnung der Ambulanz zum 1.3.1997 auf dem Gelände des HKH ihren Sinn und ihre Notwendigkeit. Ihre Eröffnung ließ auch noch sieben Wochen auf sich warten. Denn der Senat mußte noch mit Hilfe seiner Stadterneuerungsgesellschaft STEG ein legalisiertes Verhältnis für die weiterhin besetzte Station herbeiführen, in dem sie juristisch geregelt den Besetzern diese Räumlichkeiten überließ. Am 24.4.1997 konnte die Ambulanz dann in Betrieb gehen.

### **Die Haltung der Beschäftigten**

In den Protesten der Belegschaft gegen die Schließung des HKH's waren der ärztliche Direktor und einige Personalratsmitglieder die Aktivsten und der kontinuierlichste Teil der betrieblichen Bewegung (es existierte keine ÖTV-Mehrheit im Personalrat). Da nur wenige von den in der ÖTV organisierten sich in dieser Situation aktiv einschalteten, und wenn, dann als Individuen, spielte die betriebliche ÖTV keine Rolle in der Auseinandersetzung. Auch in den anderen Krankenhäusern blieb eine deutliche und nachhaltige Aktivierung der KollegInnen aus. Ab Dezember 1996 schaltete sich die ÖTV mit einer großen Demo gegen Sozialabbau und gegen die Schließung des HKH ein.

Mit der massiven Androhung von personalrechtlichen Konsequenzen durch den LBK wurde dem ärztlichen Direktor und dem Personalrat quasi ein Redeverbot erteilt. In Folge dessen agierten sie zurückhaltend und die Äußerung der Besetzer und Aktiven rückten in den Vordergrund. In den Verhandlungen um die Bedingungen der Übernahme der HKH-Belegschaft in andere LBK-Krankenhäuser kam der Personalrat noch während der Besetzung zu einem Abschluß. Angesichts des Umstandes, daß es keine Belegschaftsforderungen gab und angesichts des bestehenden Kräfteverhältnisses wurden relativ gute Bedingungen ausgehandelt.

### **Die Ziele der Besetzer und der Aktiven des Stadtteils**

Die Besetzer wollten den politischen Druck zum Erhalt des HKH's erhöhen, als sie als Krankenhausfremde die bereits geschlossene Station besetzten. Sie argumentierten, daß das HKH eine Kiezklinik mit familiärer Atmosphäre sei, in der auch Ausgegrenzte gut behandelt würden, und es sei der kürzeste Weg bei Unfällen in St. Pauli. Kurz, alle würden sich wohl und gut versorgt fühlen und blieben in ihrer sozialen Umgebung. In ihren Augen war das Konzept des Gesundheitszentrums eine gute Erweiterung des Angebots an Gesundheitsleistungen im Stadtteil.

Ihre politische Legitimation zogen sie aus der Eingebundenheit in den Stadtteil und in seine Strukturen sowie aus ihren Besetzer- und Verhandlungserfahrungen bei den Hafestraßenhäusern. Die regelmäßig stattfindenden Montagsdemonstrationen, in denen zeitweise viele unterschiedliche Menschen und Initiativen zusammenkamen, waren eine zusätzliche Unterstützung für ihre Aktionen.

Doch die stadtteilbezogene Legitimation und Ausrichtung beinhaltete auch ein Problem der Bewegung. Das starke Lokalkolorit und die St.-Pauli-bezogene Erhaltsforderung der Gesundheitseinrichtungen im HKH förderten eben nicht die Ausbreitung und Verallgemeinerung der Forderung in andere Krankenhäuser. Es gelang trotz einiger Versuche nicht, dauerhafte Arbeitsgruppen über das Gesundheitswesen einzurichten – auch nicht mit einzelnen Beschäftigten aus anderen Krankenhäusern, die in Kontakt zu den Besetzern standen. Ebenso gelang es nicht, die wohlwollend distanzierte Haltung der Beschäftigten aus dem HKH zu überwinden.

Die Verbindungen der Besetzer in alternative Einrichtungen des Stadtteils waren stark personengebunden. Sehr viele, die kontinuierlich an der Diskussion um das Gesundheitszentrum beteiligt waren, wollten dort einen Job haben oder halten. Dies hat vermutlich einen nicht unerheblichen Anteil daran gehabt, daß sich die Besetzer mit den politischen Institutionen arrangierten. Es war klar, daß sich nicht aus eigener Kraft bzw. nur mit der Unterstützung aus dem HKH und dem Stadtteil, die eigenen Ziele erreichen ließen. Die Suche nach potenteren Unterstützern wie dem Senat (Mirow) und dem Gewerkschaftsapparat (Rose) waren damit folgerichtig. Diese versuchten natürlich ihre eigenen Interessen und Ziele in den Gesprächen und Verhandlungen durchzusetzen. Daß es sich bei diesen Kontakten nicht um eine gleichberechtigte Zusammenarbeit handelte, war aufgrund des bestehenden Kräfteverhältnisses offensichtlich. Eine Instrumentalisierung der Besetzer und eine Verwässerung ihrer Anliegen waren eine objektive Gefahr, in der die Aktiven ihre eigenen Kräfte überschätzten.

Die bestehende Ausrichtung der Aktivitäten auf den Stadtteil St. Pauli wurde von der ÖTV nicht korrigiert und erweitert, da sie kein Interesse an hamburgweiten krankenhausesübergreifenden Auseinandersetzungen hatte. Ebenso gelang es dem ÖTV-Apparat mit der Unterstützung des Gesundheitszentrumskonzeptes, sich einen vermeintlichen Fortschrittmantel umzuhängen. Und das, obwohl das derzeitige Gesundheitszentrumskonzept Privatisierung, Verbildigung und Deprofessionalisierung von Gesundheitsleistungen nahelegt.

### Wie geht es weiter?

Das Kapitel über die Auseinandersetzung um das Hafenkrankehaus ist nicht so abgeschlossen, wie es von außen erscheint. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang:

1. Der Senat hat eine Bedarfsanalyse zur Gesundheitsversorgung im Stadtteil in Auftrag gegeben.
2. Um eine Absegnung der künftigen Sozialmaßnahmen und anderer politischer Planungen durch Einrichtungen des Stadtteils zu erreichen, richtete der Senat das 'Forum St. Pauli' ein, zu dem auch Vertreter der ehemaligen Besetzer eingeladen werden.
3. Es wurde ein gemeinsames Projekt zum Thema Gesundheitszentrum initiiert unter Beteiligung der ehemaligen Besetzer, Behörden, Beschäftigten, Initiativen, ÖTV u.a.
4. Aus dem Kreis der Besetzer entwickelte sich eine derzeit schwache Initiative zur Wiedereröffnung des Hafenkrankehauses.
5. Unter Federführung der ÖTV, gemeinsam mit ehemaligen Besetzern, läuft eine Veranstaltungsreihe zur Gesundheitspolitik.

7.5.1997 ■

## ■ DOKUMENT AUS DEN USA

### »ITF betrügt Liverpooler Docker«

Erst in diesen Wochen haben wir von einer Korrespondenz im Internet Kenntnis erhalten, die dort bereits Ende 1996 öffentlich wurde. In einem »offenen Brief« an den Pressesprecher der ITF, Richard Flint, begründet Jack Heyman seinen Rücktritt als Inspektor der ITF zum 1.10.1996. Heyman ist Sekretär der Seefahrer-Gewerkschaft der US-Westküste, ILWU. Der Brief rekapituliert die Geschichte des Streiks und wirft ein Licht auf das Verhältnis der Londoner ITF-Zentrale zu den Dockern in Liverpool.

Doch zunächst ein paar Worte zu den Aktivitäten der ILWU zur Unterstützung der Docker: Während des internationalen Aktionstages, am 20.1., schafften es die Kollegen der Gewerkschaft ILWU »alle Häfen in Oregon einschließlich Portland für 24 Stunden zu schließen. Los Angeles, Long Beach, San Francisco, Oakland, Tacoma, Seattle, Dutch Harbour (Alaska) wurden für acht Stunden bestreikt. In Los Angeles wurden 100 Kräne blockiert, insgesamt 48 Schiffe aufgehalten.« Ein Sprecher der kalifornischen Reedereivereinigung sagte laut »Tribune Business News«: »Das ist eine schlimme Sache. (...) Eine halbe Billion Dollar wurde durch den Abfluß gespült.« Betroffen waren nach Angaben der Docker die entscheidenden Großreedereien, u.a. die, die Liverpool anfahren. Gemeinsam mit Eisenbahnarbeitern und anderen Gewerkschaften fand am 17.1. eine Demonstration vor dem britischen Konsulat in San Francisco statt. Man vergleiche diese Aktivitäten mit denjenigen, die die ÖTV und ihre Betriebsräte bisher in bundesdeutschen Häfen initiiert (oder besser: verhindert) haben.

Heyman begründet seinen Rücktritt als ITF-Sekretär wie folgt:

Er schreibt, daß er angesichts seines ersten Besuchs in Liverpool festgestellt habe, wie wichtig die internationale Solidarität für die Liverpooler Kollegen sei: »Nachdem vier Monate lang die Stimmung schlecht war, bekamen die Kollegen wieder Hoffnung, nachdem die ILA (die Seefahrer-

Gewerkschaft der US-Ostküste) einen Solidaritäts-Streik begonnen hatte, als Reaktion auf die Aufstellung von Liverpooler Streikposten in New Jersey.«

Bereits auf dem Treffen der ITF-Inspektoren im Januar fiel, so Heyman, »der Widerspruch auf, daß die ITF die Liverpooler einerseits unterstützten und andererseits boykottierten.« Dort wurde über die Zweitregister-Kampagne der ITF gesprochen. Aufgrund der Zerschlagung der gewerkschaftlichen Organisation in den Häfen wurde Großbritannien nicht in diese Aktion einbezogen. »Mir wurde klar, was diese Zerschlagung bedeutet«. Es sei nur logisch, daß die ITF auf dieser Konferenz wenigstens den Liverpoolern ein Forum geben sollte. Nur aufgrund der Entscheidung der überwiegenden Mehrheit der anwesenden Inspektoren sei dies dann durchgesetzt worden. Es sei vielen Inspektoren klar gewesen, daß die Unterstützung der Liverpooler von entscheidender Bedeutung sei.

Ein Kollege aus Süd-Afrika bemerkte die Wichtigkeit der Unterstützung aus Liverpool für den Kampf gegen die Apartheid. Die Resolution, die während dieser Konferenz angenommen wurde, enthält die Formulierung, die der ITF angeschlossenen Gewerkschaften mögen »finanzielle und moralische Unterstützung und, wenn möglich, Streik- und Boykottaktionen zur Unterstützung der Docker organisieren.« Sie kam aufgrund der Initiative von unten zustande.

»Wunderbar, dachten wir, die ITF unterstützt die Docker. Kaum zuhause angekommen, wurden wir von der Realität eingeholt. Die der ITF angeschlossenen Gewerkschaften müssen in der Zentrale der ITF in London um Erlaubnis bitten, bevor sie in Aktionen eintreten, hieß es in einem Rundschreiben.«

Obwohl Heyman zum Delegierten der ILWU beim Liverpooler Hafenarbeiter-Kongreß im Februar letzten Jahres



gewählt wurde, versuchte die ITF, seine Teilnahme zu verhindern. Er wurde von Kees Marges, der für Seefahrt verantwortliche Sekretär der ITF in London, aufgefordert, seine Teilnahme abzusagen. Heyman schreibt, Marges hätte ihm zur Begründung mitgeteilt, daß der Streik illegal und inoffiziell sei, daß die TGWU (die zuständige britische Gewerkschaft) den Streik nicht unterstütze und auch nicht um Unterstützung der ITF nachgefragt habe und daß die Docker keine Chance hätten, die Auseinandersetzung zu gewinnen. Heyman fuhr dann dennoch zu der Konferenz, sprach dort aber nicht als ITF-Sekretär. Heyman kann nachweisen, daß dieses Vorgehen mit dem Generalsekretär der ITF, David, und seinem Stellvertreter, Dickinson, abgesprochen war.

Im Juli besetzten Liverpooler Hafentarbeiter einen Kran in Montreal. Während dieser Aktion gelang es den Kollegen, die

»Die Führung der Docker nutzt Taktiken des Klassenkampfes, die die Eigentums-Rechte der Unternehmer in Frage stellen, indem sie Kräne besetzen und Streikposten aufstellen. (...) Gegen alle Vorhersagen, gegen eine arbeiterfeindliche Regierung, arbeiterfeindliche Streikgesetzgebung und eine Gewerkschaftsbürokratie, die mit den Gegnern kollaboriert haben es die Liverpooler geschafft, wirkliche und praktische internationale Solidarität zu erzeugen, wie es in den letzten Jahren nie möglich war. Wenn sie ihren Kampf gewinnen, könnte das ein Katalysator sein, die Entwicklung seit den Niederlagen nach 1989, die zu einer Deregulierung, zu Tagelöhnerarbeit und zu Privatisierungen geführt haben, zurückzudrehen. Aber ein Sieg der Liverpooler würde die sich selbst erfüllende Voraussage der ITF-Zentrale, daß die Docker nicht gewinnen können, zerstören. Dies würde auch eine Alternative zu der defaitistischen Strategie der ITF/TUC/TGWU anbieten, die Arbeitskämpfe im legalen, verantwortlichen und offiziellen Rahmen halten will, eine Strategie, die überall auf der Welt zu den Niederlagen der vergangenen Jahre geführt hat. (...) Während diese Arbeiteraristokratie die Anti-Gewerkschaftsgesetze Thatchers bejammert, nutzt sie diese gleichzeitig zur Entschuldigung ihrer Inaktivität! Die Wahl Tony Blairs verlangt den Frieden mit den Unternehmern. Ein großer Philosoph hat dagegen mal gesagt: Es kommt darauf an, etwas zu verändern«

Was hinter der Angst der ITF steht, die Liverpooler könnten gewinnen, ist, daß sich eine Alternative Organisation der Hafentarbeiter als attraktiv erweist. Die Diskussionen und die konkrete Solidarität, die sich im Hafentarbeiterstreik weltweit gezeigt hat, hat einen koordinierten, aktiven, internationalen Versuch notwendig gemacht, die Privatisierungen und die anhaltenden Angriffe der organisierten Schiffsbesitzer zurückzudrängen. Wenn daraus ein dauerhaftes Netzwerk entsteht, dann soll das eben so sein. Es ist eine Ironie der Geschichte, daß die ITF dieses Jahr hundert Jahre alt wird. Die ITF wurde gegründet, als 1896 britische Seefahrer in einen holländischen Hafen fuhren und sich dort einem Streik der Hafentarbeiter anschlossen. Sie taten das einfach und schickten kein Fax an die Zentrale, um sich eine Erlaubnis zu holen. So entstand die ITF. Jetzt werden britische Docker von Ken Marges als Streik-Touristen diffamiert, wenn sie ohne Genehmigung der Zentrale nach Holland fahren. (...) Das ist eine Schande! (...) An der Wand im ITF-Büro im Haus der Hafentarbeiter in San Francisco hing ein Bild, daß mir einer der Streikenden gegeben hat. Es war eine Fotografie der Streikleitung der Liverpooler Hafentarbeiter von 1911, unter ihnen war der Urgroßvater des Kollegen. Viele Hafentarbeiter sind Enkel und Urenkel von Hafentarbeitern. Ihre Wurzeln reichen tief in die Geschichte der Klassenkämpfe von England und Irland. In scharfem Kontrast zu den Leuten in der ITF-Führung, die niemals im Hafen gearbeitet haben und ihn nur als Touristenattraktion kennen.«

■

---

**Der komplette offene Brief von Jack Heymann ist zusammen mit einigen Antworten – alles auf englisch – bei der Redaktionsadresse der »Arbeiterpolitik« erhältlich (4,- DM in Briefmarken beilegen). Die email-Adressen sind dabei.**

---

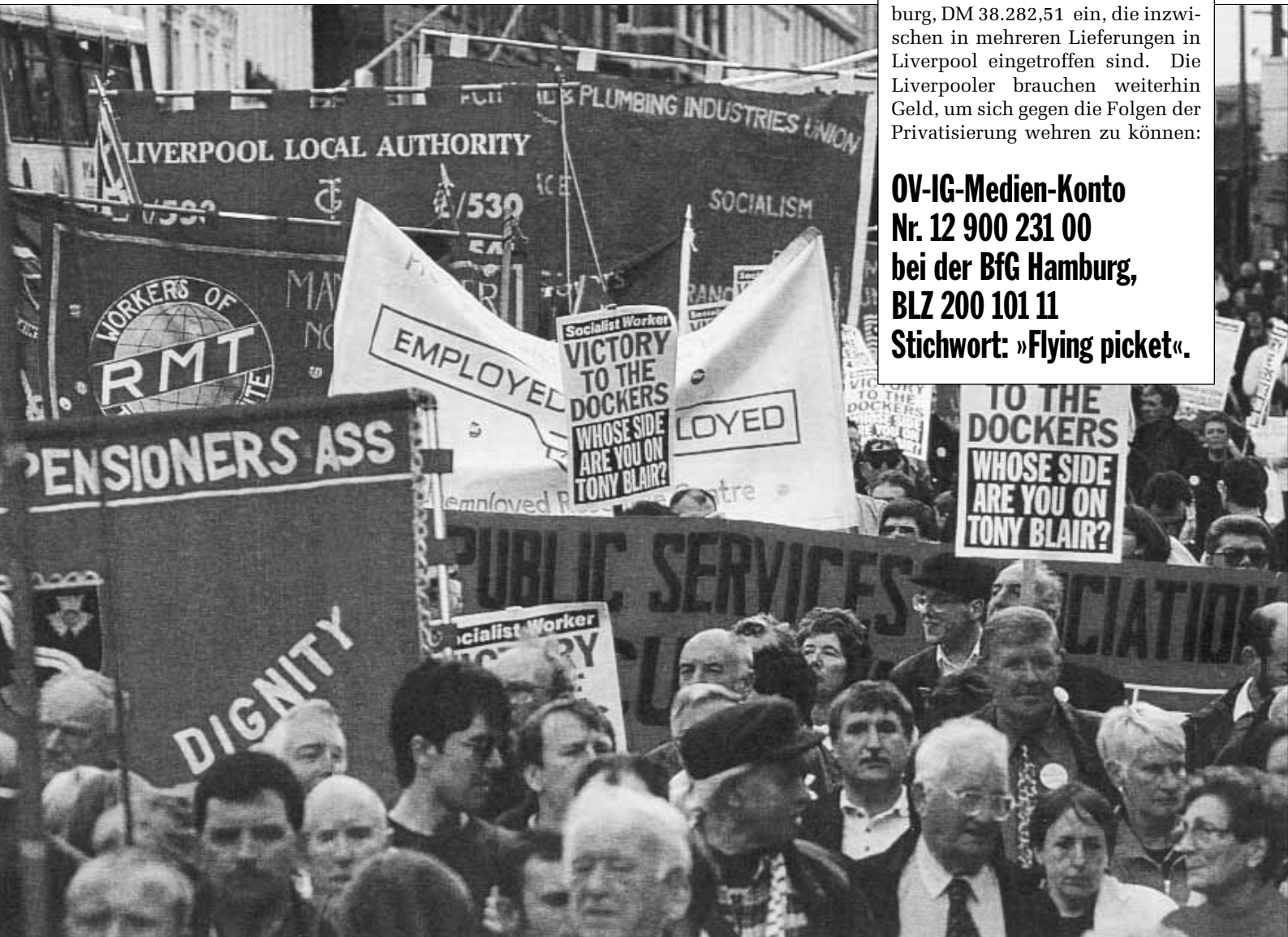
Unterstützung der Hafentarbeiter Kanadas zu gewinnen. Der zuständige Inspektor der ITF wollte, in Umsetzung der Aufforderung der ITF, die Seefahrer sollten nicht als Streikbrecher, die Arbeit der Hafentarbeiter beim Be- und Entladen der Schiffe übernehmen, ein Schiff aufsuchen, das während dieser Aktion entladen wurde. Der Kollege wurde von der ITF in London aufgefordert, das zu unterlassen. »Wie unterstützte die ITF die Docker?« fragt Heyman und antwortet: »Wie ein Strick einen unterstützt, der erhängt werden soll.« Im August sei dann wieder zentral versucht worden, die ITF-Inspektoren an einem Besuch der Konferenz der Docker in Liverpool zu hindern.

Heyman kritisiert, daß die ITF Befehle von oben nach unten verteilt. Dies stünde im Gegensatz zum demokratischen Anstrich, den sich die Organisation gebe. »Der derzeit wichtigste Streik in britischen Häfen wird bisher mit einer Summe von 10.000 Pfund unterstützt. Kollegen von der US-Westküste haben bislang zehnmal soviel gespendet. Kollegen von der Ostküste haben noch mehr gegeben, indem sie auf Löhne verzichteten während ihrer Streikaktionen. Die Spenden der ITF an religiöse und UN-Organisationen betragen nach Cockcroft 8,5 Millionen Pfund. Die ITF hat fünf Mio. Mitglieder«, schreibt Heyman.

Interessant zu lesen, was Heyman zu den Gründen für diese mangelnde Unterstützung schreibt:



■ Im Juni stellten Mitglieder der der ITF angeschlossenen Transportarbeiterföderation ELA-STV in Bilbao (Spanien) ihre uneingeschränkte Unterstützung für die Hafentarbeiter in Liverpool unter Beweis, als sie nach dem Einlaufen der Churruca, die zwischen Liverpool und Bilbao verkehrt, 45 Minuten lang dafür sorgten, daß die Löscharbeiten nicht beginnen konnten.



Bis zum 16. Mai 97 gingen auf das Konto der IG Medien, OV Hamburg, DM 38.282,51 ein, die inzwischen in mehreren Lieferungen in Liverpool eingetroffen sind. Die Liverpooler brauchen weiterhin Geld, um sich gegen die Folgen der Privatisierung wehren zu können:

**OV-IG-Medien-Konto  
Nr. 12 900 231 00  
bei der BfG Hamburg,  
BLZ 200 101 11  
Stichwort: »Flying picket«.**

## Solidarität mit den Liverpooler Hafenarbeitern fortsetzen!

Seit jetzt schon 21 Monaten kämpfen rund 500 englische Hafendarbeiter darum, daß sie auf ihre Arbeitsplätze zurückkehren können. (Wir berichteten zuletzt in Arpo Nr. 5, Dez. 1996 darüber.) Seit Anfang dieses Jahres gab es verschiedene Aktivitäten, mit denen Kollegen in aller Welt den Kampf der Liverpooler Docker unterstützen.

Am 20. Januar 1997 gab es einen Internationalen Aktionstag, an dem in rund 30 Ländern Reedereien bestreikt und boykottiert wurden, deren Schiffe Liverpool anlaufen. Auch in Bremerhaven wurde ein Schiff für zwei Stunden am Auslaufen nach England gehindert. Die Kollegen erklärten sich solidarisch mit den Zielen der Liverpooler Arbeiter: Wiedereinstellung zu den alten Bedingungen, keine Tagelöhnerarbeit, gegen Privatisierung des Hafens.

Dabei soll es aber nicht bleiben! Bei einem Besuch Ende April dieses Jahres in Hamburg warben zwei Kollegen aus Liverpool um weitere Unterstützung. Die beiden erklärten, nach wie vor sei es ihr Hauptanliegen, daß Reedereien boykottiert würden, die mit ihrem Hafen zusammenarbeiten. Das ist vor allem das US-Unternehmen ACL. Und in Hamburg macht immer noch an jedem Wochenende einmal ein Schiff der Reederei Can Mar am Eurokai fest, das dann nach

Liverpool weiterfährt. Die beiden Liverpooler Docker haben aber keine Gelegenheit wahrnehmen können, mit ÖTV-Kollegen im Hafen darüber zu sprechen.

Solidarität auf anderer Ebene leistet die IG Medien in Hamburg. Sie richtete vor knapp einem Jahr ein Spendenkonto ein, auf das Kolleginnen und Kollegen aus den verschiedensten Berufen und Branchen bislang knapp 40.000 DM einzahlten. Eine Gruppe von Lehrern und Metallern aus Bremen hält es zum Beispiel so, daß sie regelmäßig einen bestimmten Betrag spendet. Finanzielle Unterstützung hat für die Docker und ihre Familien große Bedeutung, weil sie kein Streikgeld bekommen, einige inzwischen ihr Haus verkaufen mußten (Konto-Nr. siehe Kasten).

Einen Einblick in Geschichte und Verlauf der Auseinandersetzung in Liverpool gibt ein knapp einstündiger Dokumentarfilm des englischen Regisseurs Ken Loach. Er ist am 25. Juni, 20.30 Uhr, in dem Hamburger Kino 3001, Schanzenstraße 75-77, zu sehen. Man/Frau erfährt hier auch etwas über die »Woman of the Waterfront«, das ist die Organisation von Frauen, Freundinnen und Schwestern der Hafendarbeiter, die schon manch einem englischen Gewerkschaftsführer schwer auf die Füße getreten sind. (Als Video ist der Film auch unter unserer Redaktionsadresse gegen 15,- DM in Briefmarken erhältlich.) ■